

**HESSISCHER LANDTAG**

07. 06. 2022

108. Sitzung

Wiesbaden, den 7. Juni 2022

Amtliche Mitteilungen	8625	Ministerpräsident Boris Rhein	8625
<i>Entgegenommen</i>	8625	Günter Rudolph	8633
Präsidentin Astrid Wallmann	8625	Jürgen Frömmrich	8641
		Robert Lambrou	8647
		René Rock	8652
1. Regierungserklärung		Jan Schalauske	8659
Hessischer Ministerpräsident		Christian Heinz	8665
Sicherheit in unsicheren Zeiten – Die Hesen-Agenda für ein modernes Morgen	8625	Rolf Kahnt	8668
<i>Entgegenommen</i>	8669		
2. Dringlicher Antrag			
Fraktion DIE LINKE			
Übergewinnsteuer einführen			
– Drucks. 20/8604 –	8625		
<i>Abgelehnt</i>	8669		

Im Präsidium:

Präsidentin Astrid Wallmann
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsidentin Karin Müller
Vizepräsidentin Heike Hofmann

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Boris Rhein
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes
Hessen beim Bund Lucia Puttrich
Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung Prof. Dr. Kristina Sinemus
Minister der Finanzen Michael Boddenberg
Minister der Justiz Prof. Dr. Roman Poseck
Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn
Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz
Minister für Soziales und Integration Kai Klose
Staatssekretär Tobias Rösmann
Staatssekretär Uwe Becker
Staatssekretär Patrick Burghardt
Staatssekretär Dr. Philipp Peter Nimmermann
Staatssekretär Jens Deutschendorf
Staatssekretär Dr. Martin J. Worms
Staatssekretärin Tanja Eichner
Staatssekretär Dr. Manuel Lösel
Staatssekretärin Ayse Asar
Staatssekretär Oliver Conz
Staatssekretärin Anne Janz

Abwesende Abgeordnete:

Lena Arnoldt
Dirk Bamberger
Elke Barth
Holger Bellino
Peter Beuth
Christiane Böhm
Taylan Burcu
Ines Claus
Frank Diefenbach
Arno Enners
Klaus Gagel
Axel Gerntke
Gernot Grumbach
Bijan Kaffenberger
Kaya Kinkel
Elisabeth Kula
Heinz Lotz
Felix Martin
Regine Müller (Schwalmstadt)
Dr. Dr. Rainer Rahn
Florian Schneider
Dimitri Schulz
Saadet Sönmez
Mathias Wagner (Taunus)

(Beginn: 13:02 Uhr)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 108. Plenarsitzung des Hessischen Landtags und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Übergewinnsteuer einführen, Drucks. 20/8604. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 2 und kann, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Tagesordnungspunkt 1, der Regierungserklärung, aufgerufen werden. – Dann machen wir das so.

Nach dem vorliegenden Ablaufplan tagen wir heute voraussichtlich bis 18 Uhr. Wir beginnen im Anschluss an die amtlichen Mitteilungen mit dem einzigen Tagesordnungspunkt, der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten mit dem Titel „Sicherheit in unsicheren Zeiten – Die Hessen-Agenda für ein modernes Morgen“.

Die Rednerreihenfolge für eine Regierungserklärung haben wir zu Beginn dieser Wahlperiode miteinander vereinbart. Heute Morgen in der Runde der parlamentarischen Geschäftsführer haben wir die Reihenfolge noch einmal besprochen. Diese wäre auch heute wie folgt: Zunächst spricht die Landesregierung, dann die Fraktion der SPD, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion der AfD, die Fraktion der Freien Demokraten, die Fraktion DIE LINKE, die Fraktion der CDU und die fraktionslosen Abgeordneten.

Jetzt darf ich zu einem etwas längeren Punkt kommen, nämlich den Entschuldigungen. Entschuldigt fehlen heute ganztätig Herr Abg. Dr. Dr. Rainer Rahn von der AfD, Herr Abg. Arno Enners von der AfD, Herr Abg. Klaus Gagel von der AfD, Herr Abg. Dimitri Schulz von der AfD, Herr Abg. Florian Schneider, SPD, Frau Abg. Elke Barth, SPD, Frau Abg. Regine Müller (Schwalmstadt), SPD, Herr Abg. Bijan Kaffenberger, SPD, Herr Abg. Heinz Lotz, SPD, Herr Abg. Gernot Grumbach, SPD, Frau Abg. Ines Claus, CDU, Herr Abg. Holger Bellino, CDU, Frau Abg. Lena Arnoldt, CDU, Herr Abg. Dirk Bamberger, CDU, Herr Staatsminister Peter Beuth, Herr Staatssekretär Stefan Sauer, Herr Abg. Mathias Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abg. Kaya Kinkel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Abg. Frank Diefenbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Abg. Felix Martin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abg. Elisabeth Kula, DIE LINKE, Herr Abg. Axel Gerntke, DIE LINKE, Frau Abg. Saadet Sönmez, DIE LINKE, und Frau Abg. Christiane Böhm von der LINKEN. Ich frage zunächst: Gibt es weitere Entschuldigungen? – Das ist nicht der Fall.

(Zuruf: Ist noch jemand da?)

Es scheint auch nur ganz wenige Fraktionen zu geben, die nicht betroffen sind.

(Abgeordnete der Freien Demokraten winken.)

Ich darf aber zumindest den Kolleginnen und Kollegen, die heute krankheitsbedingt fehlen, im Namen des ganzen Hauses gute Besserung wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt darf ich noch ganz herzlich Herrn Staatssekretär Dr. Martin Josef Worms im Namen des ganzen Hauses zu seinem heutigen Geburtstag, nämlich seinem 68. – ich glaube, das darf man bei einem Mann noch sagen –, gratulieren

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Na, na, na! Diskriminierung!)

und möchte ihm gern ein Geschenk überreichen.

(Allgemeiner Beifall – Präsidentin Astrid Wallmann überreicht ein Weinpräsent.)

Als letzten Punkt, bevor wir zum Ende der amtlichen Mitteilungen kommen, möchte ich ganz herzlich auf der Besuchertribüne Frau Staatsministerin a. D. Dorothea Henzler begrüßen. Schön, dass Sie heute da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Nun kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 1**, verbunden mit **Tagesordnungspunkt 2**:

**Regierungserklärung
Hessischer Ministerpräsident
Sicherheit in unsicheren Zeiten – Die Hessen-Agenda
für ein modernes Morgen**

Ich darf Ministerpräsident Boris Rhein das Wort geben. Als Redezeit wurden 40 Minuten vereinbart.

Boris Rhein, Ministerpräsident:

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, Frau Präsidentin, dass ich meiner Freude Ausdruck verleihen, das erste Mal wieder nach zwei Jahren Schülergruppen im Hessischen Landtag zu sehen. Das ist ein gutes Gefühl. Seid herzlich willkommen. Das ist der Raum für politische Bildung, und deswegen freuen wir uns besonders, dass ihr da seid.

(Allgemeiner Beifall – Dem Redner wird ein Glas Wasser gereicht.)

– Vielen herzlichen Dank.

Frau Präsidentin, ich trete mein Amt an in einer Zeit voller Umbrüche, in einer Zeit der Krisen. Corona-Pandemie und jetzt der Ukraine-Krieg bestimmen unser Leben, und der geopolitische Systemwettbewerb ist mit einer undenkbar Wucht zurückgekehrt. Ich bin zuversichtlich, dass wir diese Herausforderungen meistern werden.

Meine Damen und Herren, um die bevorstehenden Umbrüche zu bewältigen, braucht es aber Führung, und es braucht eine Zukunftserzählung. Die Menschen in Hessen können darauf vertrauen, dass ihr Bundesland weiterhin sicher geführt wird, dass ihr Bundesland weiterhin vorausschauend geführt wird. Deswegen stelle ich Ihnen heute die Hessen-Agenda dieser Regierung für die nächsten Monate bis zur nächsten Landtagswahl – aber ich will sehr deutlich betonen – und darüber hinaus vor.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Agenda der Hessischen Landesregierung wird ein Bündel an Maßnahmen der Sicherheit und der Zuversicht für ein modernes Hessens von morgen sein. Den Bürgerinnen und Bürgern Freiheit in Sicherheit zu gewähren, das ist die wichtigste Aufgabe eines demokratischen Rechts-

staates. Sicherheit umfasst alle Aspekte der Existenz einer Gesellschaft.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit „Sicherheit“ meine ich zuallererst Zukunftssicherheit. Das meint innere und äußere Sicherheit. Ich spreche von wirtschaftlicher, sozialer und vor allem auch von Arbeitsplatzsicherheit. Sicherheit heißt Bewahrung der Schöpfung und der natürlichen Lebensgrundlagen für uns und für die kommenden Generationen. Sicherheit bedeutet auch Sicherheit in der Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln und bezahlbarem Wohnraum. Sicherheit erfordert einen modernen Staat. Sicherheit ist die Voraussetzung für Bildung, Forschung und Innovation. Sicherheit bedeutet natürlich auch eine sichere Energieversorgung mit erneuerbaren Energien, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich sage in diesem Zusammenhang in aller Deutlichkeit: Wir müssen alle Instrumente prüfen, wie wir Gewinnsteigerungen verhindern können, die nicht das Ergebnis wirtschaftlichen Handelns sind, sondern das Ergebnis von Marktverwerfungen in der Krise.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist völlig inakzeptabel, dass sich einige in der Krise die Taschen noch voller machen; denn das ist auch eine Frage – ich werde darauf zurückkommen – des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Alles, was wir hier machen, lebt von der gesellschaftlichen Akzeptanz. Solche Krisengewinnler gefährden genau dies, nämlich die gesellschaftliche Akzeptanz. Damit meine ich ausdrücklich – das will ich auch hier heute unterstreichen – nicht die, die in der Krise helfen und Gewinn machen; denn Gewinn ist eben nicht gleich Gewinn. Das in aller Deutlichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine Agenda für ein modernes Morgen, eine Agenda für zukunftsgewandte Wirtschaftspolitik, für Klimaschutz, für einen echten Schub in der Digitalisierung, für die Stärkung des ländlichen Raums und natürlich auch für einen stabilen Zivil- und Katastrophenschutz und für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Menschen in Hessen machen sich Sorgen um ihre persönliche Sicherheit, und sie machen sich auch Sorgen um die Sicherheit ihres Landes. Deswegen werde ich alles dafür tun, dass unser Land durch eine umsichtige, durch eine entschlossene und vor allem auch durch eine vorausschauende Politik eine gute und eine sichere Zukunft haben wird. Darauf gebe ich Ihnen mein Wort.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen mein Wort leider nicht darauf geben, lieber Herr Kollege Günter Rudolph, dass ich mit der Redezeit zurechtkomme. Aber es gibt Traditionen in diesem Hause, die müssen auch gepflegt werden.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, der Klimaschutz gehört ohne jeden Zweifel in das Zentrum unserer Politik; denn es ist die Aufgabe unserer Generation, dieser Generation, die heute Verantwortung trägt, unseren Kindern und Enkeln ein lebenswertes Hessen zu hinterlassen. Deswegen müssen wir unsere Lebensgrundlagen schützen. Deren größte Bedrohung ist der von Menschen verursachte Klimawandel. Extremwetterereignisse mit tragischen Folgen und

kahle Flächen, wo einst Wald war, sind nicht zu übersehen; und die Bewältigung dieser Schäden erfordert schon heute allergrößte Kraftanstrengungen. Wenn wir die Folgen des Klimawandels begrenzen wollen, wenn wir unsere Kinder vor Schlimmerem bewahren wollen und wenn wir ihnen noch einen eigenen Gestaltungsspielraum für ihr Leben bieten wollen, dann müssen wir jetzt handeln.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die schwarz-grüne Landesregierung erkennt den Klimaschutz als ein zentrales Zukunftsthema. Eines unserer Kernziele liegt darin, Ökonomie und Ökologie sozialverträglich zu vereinen. Dabei achten wir sehr sorgsam darauf, die Balance zu halten und insbesondere die Menschen nicht zu überfordern, sondern sie mitzunehmen.

Wir wollen Hessen bis 2045 klimaneutral machen – fünf Jahre früher als zuvor geplant. Dazu werden wir noch in diesem Jahr ein hessisches Klimagesetz vorlegen, mit dem wir Klimazielen erstmalig in Hessen Gesetzesrang verleihen.

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört!)

Alle staatliche Gewalt in Hessen soll darauf verpflichtet werden, einen Beitrag dazu zu leisten, dass wir bis 2030 im Einklang mit dem Pariser Klimaschutzabkommen und den Klimazielen der Europäischen Union und des Bundes die hessischen Treibhausgasemissionen reduzieren. Dieses Vorhaben werden wir wiederum in einem neuen Klimaschutzplan mit Zielen und mit ganz konkreten Maßnahmen für alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche hinterlegen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Besonders hervorheben will ich den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Dieser betrifft alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche, und er ist ein zentraler Baustein für die klimaneutrale Mobilität in Hessen. Den Ausbau des ÖPNV gehen wir dabei von zwei Seiten an; ich will es Ihnen schildern.

(Beifall Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Vizepräsidentin, vielen Dank. Ich freue mich sehr über Ihren Applaus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Zum einen wollen wir ein vernetztes, klimaschonendes und leistungsfähiges Verkehrssystem aufbauen, das alle Hessinnen und Hessen im Alltag an ihre Ziele bringt. Entsprechend erweitern wir kontinuierlich die Infrastruktur für Bus- und Bahnverkehre sowie für die E-Mobilität. Noch in diesem Jahr wird die weltweit größte Brennstoffzellen-Zugflotte in Hessen ihren Betrieb aufnehmen.

Zum anderen fördern wir preisgünstige Fahrtickets. Mit dem Semesterticket, dem Schüler-, Landes-, Job- und Senienticket haben wir bereits über 50 % aller Hessinnen und Hessen den Zugang zu einem bezahlbaren Flatrate-Ticket ermöglicht. Meine Damen und Herren, unser nächstes Ziel ist das Kommunticket für alle Beschäftigten der hessischen Kommunen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Derzeit verhandeln wir mit den Verkehrsverbänden über die Finanzierung des ÖPNV in den nächsten Jahren. Und wir werden den Kommunalen Spitzenverbänden Verhand-

lungen über das Kommunticket und dessen Finanzierung als Teil des Finanzierungsvertrages mit Kommunen und Verkehrsverbänden anbieten.

Wir werden zusätzlich zum hessischen Klimagesetz einen Vorschlag zur Überarbeitung des Hessischen Energiegesetzes in den Landtag einbringen. Hierdurch können wir neue, wichtige Impulse für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für eine höhere Energieeffizienz von Gebäuden setzen.

Jeder ist gefordert, aber das Land muss vorangehen; und deswegen wird diese Regierung eine Roadmap vorlegen mit Sanierungs- und Finanzierungsfahrplänen für landeseigene Gebäude und einem Umstellungsplan für die Fahrzeugflotte. Der rasche Ausbau der Solarenergie ist ein unverzichtbarer Baustein der Energiewende. Die 200.000 m² Dachflächen, die der Landesverwaltung zur Installation von Fotovoltaikanlagen zur Verfügung stehen, werden wir so schnell wie möglich mit Fotovoltaik bestücken.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hochschulen sind aufgrund ihrer Größe gemäß der CO₂-Bilanz des Landes annähernd für die Hälfte der CO₂-Emissionen verantwortlich. Im Bereich der Hochschulen wird schon enorm viel getan, aber wir erhöhen jetzt das Tempo und ergänzen mit einem COME-plus-Programm das bestehende Programm.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für den Klimaschutz in Hessen ist es aber mindestens genauso wichtig, dass wir die Natur und die Artenvielfalt schützen; denn die Natur ist unser Verbündeter im Klimaschutz. Hessen ist das walddreichste Bundesland, und unsere Wälder speichern CO₂. Meine Damen und Herren, 90.000 ha Wald sind sage und schreibe in den letzten fünf Jahren der Trockenheit zum Opfer gefallen. Jeder, der heute einen Wald besucht, weiß, wovon ich rede, und sieht diesen traurigen Anblick. Deswegen werden wir das größte Waldaufbauprogramm in der Geschichte des Landes Hessen auflegen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Klimawandel macht vor der Natur, wie wir sie kennen, nicht halt. Unser hessisches Naturerbe ist vom Klimawandel bedroht. Mit einem modernen Naturschutzgesetz wollen wir dem Naturverbrauch Grenzen setzen und Kooperation ermöglichen. Wir wollen die Verbindung der Lebensräume weiter ausbauen und vorantreiben.

Auch die Bewirtschaftung unserer Böden spielt eine große Rolle. Wir unterstützen unsere Landwirte dabei, wenn sie im Einklang mit der Natur und dem Klima wirtschaften wollen, beispielsweise durch die Errichtung eines Innovationszentrums für Agrarsystemtransformation.

Ich betone allerdings nicht nur wegen des Ukraine-Kriegs sehr deutlich, dass die Landwirtschaft in Hessen unser aller Wertschätzung verdient.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt ganz unabhängig davon, ob sie konventionell oder ökologisch ausgerichtet ist; denn sie trägt seit jeher ganz wesentlich zur Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln im Land bei. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei den Landwirtinnen und Landwirten in Hessen herzlich bedanken, ich möchte meinen großen Dank und Respekt für die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte aussprechen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen ist ein starkes Land mit einer starken Wirtschaft, mit einem Flughafen von Weltrang, mit dem wichtigsten Finanzplatz Kontinentaleuropas, mit dem drittgrößten Messegelände und als Deutschlands führender Standort sowohl für Rechenzentren wie auch für Distributionslogistik. Die drängendsten Herausforderungen der Wirtschaft werden in den kommenden Jahren vier große Punkte sein: die Digitalisierung, die Dekarbonisierung, die Deglobalisierung und natürlich auch die Demografieentwicklung.

Aber Hessen ist vor allem auch ein bedeutender Industriestandort. So ist Hessen etwa einer der größten Standorte der chemisch-pharmazeutischen Industrie und hat eine starke und kräftige Automobilindustrie. Sie steht beispielhaft für die strukturellen Umbrüche, die dort besonders tiefgreifend sind. Ich möchte sie daher in dieser Regierungserklärung besonders beleuchten.

In unserem Land arbeiten 240.000 Menschen in Jobs, die direkt oder indirekt mit der Automobilindustrie zusammenhängen. Es sind 20 Milliarden € Bruttowertschöpfung, die 2020 daraus entstanden sind. Aktuell liegen die Umsätze der Automobilindustrie noch sage und schreibe 11 % unter dem Vor-Corona-Niveau, während die Branche gleichzeitig von einem tiefgreifenden strukturellen Wandel betroffen ist: Vor allem Automobilhersteller und große Zulieferer investieren stark in die Transformation. Aber gerade KMU, kleine und mittelständische Unternehmen, Unternehmen im Bereich des konventionellen Antriebs und Unternehmen im ländlichen Raum stehen unter einem größeren Anpassungsdruck. In den Wirtschaftszweigen Automobilherstellung, Zulieferung und Elektroindustrie sind KMU am stärksten insolvenzgefährdet. Das muss uns hier in Hessen in einem ganz besonderen Maße alarmieren, da viele solcher KMU gerade bei uns in Hessen ihren Sitz haben.

Der Expertenausschuss der Bundesregierung zum Zukunftsfonds Automobilindustrie hat Mittelhessen als eine der 23 Regionen identifiziert, in denen die Probleme der Zulieferer am größten sind. Alleine hier sprechen wir von 200 Autozulieferern. Die Landkreise Kassel, Groß-Gerau, Waldeck-Frankenberg, Marburg-Biedenkopf, Darmstadt-Dieburg, Offenbach, der Odenwaldkreis und der Main-Kinzig-Kreis sind Regionen mit besonderer Prägung durch die Automobilwirtschaft. Allein im Landkreis Kassel und im Landkreis Groß-Gerau liegt der Anteil an der Gesamtwirtschaft bei jeweils 30 %. Das macht meines Erachtens die Dimension des Themas sehr deutlich.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Hessen ist auch Vorreiter, gerade bei der Elektrifizierung mit Batterietechnologie: In Rüsselsheim ist der Umbau des Opel-Werks für die Produktion des E-Astra der umfangreichste in der Geschichte des Standortes. Baunatal ist das VW-Kompetenzzentrum für E-Antriebe. Im Daimler-Werk in Kassel soll im größten europäischen Werk für Nutzfahrzeugachsen in elektrische Antriebssysteme investiert werden. Die Isabellenhütte Heusler in Dillenburg ist führend in Batteriemanagementsystemen. Akasol in Darmstadt investiert 100 Millionen € in eine Batteriesystemfabrik für Nutzfahrzeuge, und die Schunk Group in Heuchelheim stellt Produkte für die E-Mobilität her.

Das alles zeigt, dieser Unternehmenssektor ist der Motor für die Transformation, und er benötigt die Landesregierung als Partner dieser Transformation; denn mit einer entschlossenen politischen Flankierung können Unternehmen

dabei unterstützt werden, neue Produkte, neue Prozesse und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, hier in Hessen zu produzieren und insbesondere hier in Hessen den Strukturwandel mitzugestalten.

Deswegen werde ich in einen Zukunftsdialog mit der Industrie unter Einbindung verschiedener Partner eintreten und einen hessischen Strategiedialog Automobilwirtschaft zur Gestaltung der Transformation ins Leben rufen. Ich will aber auch hinzufügen: Unser erklärtes Ziel ist es, diesen industriepolitischen Weg auf die Transformation weiterer Schwerpunktindustrien insgesamt auszuweiten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden den Finanzplatz Frankfurt zum führenden Standort Kontinentaleuropas für die Regulierung des Finanzsektors und für Green and Sustainable Finance ausbauen. Die Rhein-Main-Region wollen wir zu einem der wichtigsten Standorte Europas für Cybersicherheit, für Raumfahrt und für Rechenzentren ausbauen. Wir wollen uns außerdem als einstige „Apotheke Europas“ zu einem internationalen Kompetenzzentrum der Gesundheitswirtschaft weiterentwickeln, sozusagen zu einer Apotheke 2.0. Hier spielt die Initiative Gesundheitsindustrie Hessen eine ganz entscheidende Rolle.

Und wir legen einen Schwerpunkt darauf, Hessen zu einem Start-up-State mit Fokus auf grüne Technologien fortzuentwickeln.

(Beifall Freie Demokraten)

– Ich freue mich ausdrücklich darüber, dass meine liberalen Freunde sich offensichtlich auch darüber freuen. Ich glaube, die Freude bei Ihnen wird jetzt noch gesteigert. – Wir wollen Hessen als Standort für nachhaltige Mobilität und zugleich den Messestandort Frankfurt stärken, lieber Kollege Dr. Naas.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Demonstrativer Beifall Freie Demokraten)

Deshalb werden wir uns – und ich mich ganz persönlich – dafür einsetzen, die IAA nach Frankfurt zurückzuholen. Ich kann Ihnen nicht vorhersagen, ob uns das gelingt; aber wir müssen doch wenigstens den Versuch unternehmen, diese Traditionsmesse dahin zurückzuholen, wo sie hingehört. Sie gehört nicht nach München, sondern sie gehört nach Frankfurt.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jan Schalauske (DIE LINKE): So viel zum Thema Klimaschutz! – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

– Lieber Kollege Dr. Naas, glauben Sie denn, dass irgendwas, was ich hier vortrage, nicht mit dem Koalitionspartner abgestimmt ist? Das glauben Sie doch nicht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe)

– Ich wollte gerade läuten, aber ich habe gar keine Glocke mehr, die hat ja die Präsidentin.

(Heiterkeit)

Jetzt kommt noch etwas, worüber Sie sich freuen können. Zur Finanzierung unserer Vorhaben halten wir an tragfähigen Staatsfinanzen fest. Wir bekennen uns zur Schuldenbremse.

(Zurufe)

Alle hier vorgestellten Maßnahmen können nur im Rahmen der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten durchgeführt werden; denn solide Finanzen sind und bleiben ein Markenzeichen der hessischen Politik.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen und Zurufe SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

– Ich frage mich, warum Sie da geradezu körperliche Reaktionen zeigen. Wenn ich mir anschau, was in Berlin passiert, muss man schon sagen, dass es ein Markenzeichen hessischer Politik ist. Was die in Berlin machen, ist eine ganz andere Frage. Aber das sollen sie dort diskutieren, das wollen wir hier gar nicht vertiefen.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Meine Damen und Herren, einer der zentralen Schlüssel für ein modernes und für die Zukunft gerüstetes Land ist die Digitalisierung. Hier ist Hessen mit einem eigenen Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung einen bundesweit einmaligen Weg gegangen.

(Lachen Tobias Eckert (SPD))

– Ihr Lachen ist mir sehr willkommen, Herr Kollege Eckert; denn dieser bundesweit einmalige Weg ist sehr erfolgreich. – Die Strategie „Digitales Hessen – Wo Zukunft zuhause ist“ ist dabei unser Fahrplan für den digitalen Fortschritt in Hessen. Da nenne ich beispielsweise den Glasfaserpakt, dessen Ziel es ist, bis Mitte des kommenden Jahres rund ein Viertel der Haushalte anzuschließen. Wir haben den Mobilfunkpakt verlängert mit dem Fokus darauf, insbesondere die Netzverdichtung sowie die Netzqualität zu erhöhen. Mit dem Programm – dessen Namen ich nicht so gerne mag, das aber trotzdem toll ist – Digitale Dorfline haben wir fast 2.600 Hotspots mit mehr als 2 Millionen € gefördert. Damit stärken wir das freie WLAN-Angebot in Städten und Gemeinden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber damit geben wir uns nicht zufrieden; denn wir wollen Hessen als einen international führenden Standort der Digitalisierung und vor allem für künstliche Intelligenz entwickeln. Unsere Marke „KI made in Hessen“ wollen wir auf der ganzen Welt bekannt machen, unter anderem mit dem Hessischen Zentrum für Künstliche Intelligenz und dem deutschlandweit einzigartigen KI-Innovationslabor – deutschlandweit einzigartig. Das kommt aus Hessen, das ist hessische Digitalpolitik, und die ist erfolgreich.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das reicht uns aber immer noch nicht. Wir werden einen weiteren Schwerpunkt setzen, und zwar setzen wir im Bereich der künstlichen Intelligenz mit dem Kompetenzzentrum für Digitalisierung im ländlichen Raum einen weiteren Schwerpunkt. Damit bringen wir auch in den ländlichen Gebieten Hessens die digitale Transformation weiter voran.

(Wiebke Knell (Freie Demokraten): Wir sind gespannt!)

– Ja, seien Sie gespannt. Wir werden es uns gemeinsam anschauen, und ich bin der festen Überzeugung, Frau Kollegin Knell: Wahrscheinlich wird das der Zeitpunkt sein, zu dem Sie endgültig von der FDP zur CDU wechseln,

weil Sie sehen, Digitalisierung machen wir und nicht die anderen.

(Heiterkeit und Beifall CDU – Zurufe – Glockenzeichen)

– Hören Sie mir doch bitte zu, ich will doch so gern bei den ländlichen Räumen bleiben. – Die Digitalisierung ist eine zentrale Säule, wenn es darum geht, die Attraktivität der ländlichen Räume in Hessen weiter zu steigern. Schließlich ermöglicht sie flexible Arbeitsmodelle.

Eine Stärkung der ländlichen Räume kann also die Metropolregionen entlasten. Die ländlichen Räume aber alleine darauf zu reduzieren, ist aus meiner Sicht vollkommen falsch. Gerade weil es immer mehr Menschen in die Großstädte zieht, kommt den ländlichen Räumen eine nicht weniger wichtige Bedeutung zu. Für das „Dorfleben“ und den gemeinschaftlichen Zusammenhalt sind dabei Orte der Begegnungen, insbesondere Dorfgemeinschaftshäuser und Dorfgaststätten, auch im 21. Jahrhundert von immenser Bedeutung: Sie stärken das Gemeinschaftsgefühl und die lokale Identität. Es fehlt aber auf dem Land häufig noch an mehr sozialen Treffpunkten und kulturellen Angeboten – Herr Kollege Yüksel, hören Sie zu, das ist auch für uns Frankfurter interessant –, wie z. B. an Wanderkinos, Bühnengastspielen und Künstlerresidenzen.

Die Stärkung der ländlichen Räume leistet somit einen wesentlichen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Ich bedauere es daher sehr, dass oftmals verkannt wird, welche außerordentlich wichtige Bedeutung die ländlichen Räume für unsere Gesellschaft haben. Diese Landesregierung verschreibt sich unter meiner Führung der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als einer unserer zentralen Aufgaben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich doch an, welche wichtigen Projekte die Kollegin Hinz auf den Weg gebracht hat. Wir haben im Rahmen unserer Offensive „Land hat Zukunft – Heimat Hessen“ erste wichtige Akzente setzen können, die später in einem Aktionsplan „Starkes Land – gutes Leben“ konkretisiert wurden. Hierbei handelt es sich um eine Vielzahl von Förderprogrammen und Maßnahmen, die das Leben in den ländlichen Gemeinden seitdem attraktiver machen.

Denken Sie an unsere innovativen wie nachhaltigen Modellprojekte der Nahmobilität wie z. B. Mobility on Demand, Carsharing oder den verstärkten Einsatz von Kleinbussen im ÖPNV. Oder denken Sie an unser sehr erfolgreiches Programm „Starkes Dorf“, mit dem wir den Zusammenhalt und die Lebensqualität in den Dörfern Hessens fördern. Auch die Reaktivierung stillgelegter Schienensektoren gehört zu unseren wichtigen Maßnahmen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will mich an dieser Stelle allerdings auf die Gesundheitsversorgung in den ländlichen Räumen konzentrieren. Mit dem Aufbau medizinischer Versorgungszentren, mit der Schaffung zusätzlicher Medizinstudienplätze, mit der stärkeren Förderung von E-Health und vor allem mit der Einführung der Landarztquote, die schon jetzt,

(Zurufe Freie Demokraten)

kurz nach der Einführung, ein voller Erfolg ist, haben wir dort wichtige Grundpfeiler für die ärztliche Versorgung der Zukunft geschaffen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In naher Zukunft wird es darum gehen, dass diese Landesregierung mit allen Beteiligten und vor allem mit der kommunalen Familie, den frei-gemeinnützigen, aber auch den privaten Trägern in eine umfassende Diskussion einsteigt, wie wir Krankenhäuser in Hessen zukunftssicher aufstellen. Wir brauchen eine noch tiefer gehende Analyse der aktuellen stationären Versorgungssituation in Hessen. Wir brauchen eine bessere Identifizierung von Über-, Unter- oder Fehlversorgung. Wir brauchen eine genauere Bedarfsprognose für die Zukunft, und wir müssen Handlungsempfehlungen für eine Krankenhausversorgung erarbeiten, die eine ortsnahe,

(Unruhe – Glockenzeichen)

bedarfsgerechte, leistungsfähige, qualitativ hochwertige und wirtschaftliche Versorgung ermöglicht. Deswegen werden wir zeitnah einen Krankenhauspipfel durchführen, der auch die Erfahrungen der Corona-Pandemie einbezieht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Entschuldigung, ganz kurz. – Ich habe es mir eine Weile angeschaut. Ich wäre dankbar, wenn die Zwischengespräche eingestellt würden. Darauf werden wir heute bei allen Rednern achten, dass das der Fall ist, sodass alle Redner in Ruhe vortragen können. Ich möchte noch einmal ans Haus appellieren, die Gespräche einzustellen. Danke.

Boris Rhein, Ministerpräsident:

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist es, dass jede Hessin und jeder Hesse im Notfall innerhalb von 30 Minuten ein Krankenhaus erreichen kann.

Aber auch die Finanzierung der Universitätsmedizin gehört wieder auf die Tagesordnung. Die Fehlentwicklungen in der Krankenhausfinanzierung treffen die Universitätsklinik besonders hart, da sie sich als Supramaximalversorger eben nicht auf lukrative Bereiche spezialisieren können. Deswegen werde ich auf Bundesebene die Diskussion über einen entsprechenden Systemzuschlag – oder nennen Sie es eine dritte Säule – rasch wieder aufnehmen; denn hier steht der Bund in klarer Verantwortung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da der Bund bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse insgesamt aufgefordert ist, aber wenig tut und seine Hausaufgaben nicht macht, werde ich mich starkmachen für einen nationalen Pakt zur Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

Meine Damen und Herren, wir müssen angesichts der zunehmenden Folgen des Klimawandels und der Bedrohung von außen unseren Staat widerstandsfähiger aufstellen.

Unser hessischer Katastrophenschutz ist schlagkräftig, unser hessischer Katastrophenschutz ist modern. Er nimmt im bundesweiten Ländervergleich eine Spitzenstellung ein, auch weil wir in den letzten 14 Jahren enorme Investitionen getätigt haben. Allein in unsere Ausstattungsoffensive haben wir über 70 Millionen € investiert, und dieses hohe Niveau werden wir weiter ausbauen. Dazu gehört eine ausreichende technische Ausstattung, etwa in Form hoch geländegängiger Fahrzeuge.

Dazu gehören aber auch die über 80.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die wir umfassend ausbilden und denen wir so die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihren oftmals aufopferungsvollen Dienst für die Gemeinschaft schaffen.

Ich möchte an dieser Stelle im Namen der gesamten Landesregierung diesen Menschen, den Kameradinnen und Kameraden der freiwilligen Feuerwehren unseres Landes, die mehr machen, als sie müssen, und den Verbänden einen ganz herzlichen Dank für dieses enorme Engagement sagen.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vereinzelter Beifall SPD und DIE LINKE)

Die verheerenden Flutkatastrophen im letzten Jahr haben uns einmal mehr vor Augen geführt, wie wichtig leistungsfähige Stabsstrukturen auf sämtlichen Verwaltungsebenen sind. Darum werden wir den Kommunen konkrete Unterstützungsangebote zur Ertüchtigung ihrer Stäbe machen.

Aber wir werden noch mehr tun, um die vielfältigen Krisen – Pandemien, Klimafolgen und Kriegsgefahren – zu bewältigen. Der Schutz der Bevölkerung gehört aus unserer Sicht zu den Kernaufgaben des Staates und muss deswegen im Mittelpunkt jeder sicherheitspolitischen Debatte stehen. Was wir benötigen, das ist ein ganzheitlicher Ansatz, der gesamtstaatliche Resilienz verfolgt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Flutkatastrophe im Ahrtal hat gezeigt, dass das bestehende Sirensystem wieder ausgebaut werden und dass es weiterhin moderne Warnsysteme geben muss, dass sie hinzugefügt werden müssen.

Wir werden außerdem prüfen, welche weiteren Schutzvorkehrungen notwendig sind. Das betrifft nicht nur technische Fragen, sondern auch die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten und Sanitätsmaterialien. Es braucht Reserven, auf die schnell zurückgegriffen werden kann. Wir werden deshalb eine „Hessenreserve Sanitätsmaterial“ und eine „Hessenreserve Gesundheitsschutz“ schaffen. Außerdem müssen wir Hessen als Produktionsstandort von persönlicher Schutzausstattung stärken, um auch bei lang anhaltenden Krisen eine bestmögliche Versorgung sicherstellen zu können. Das ist eine Lehre aus der COVID-19-Pandemie.

Ein Gesundheitssicherstellungsplan wird regeln, wie die Versorgung mit Medizinprodukten, mit Medikamenten und persönlicher Schutzausstattung auch in Krisenlagen sichergestellt werden kann und welche personellen und materiellen Vorhaltungen im Gesundheitswesen getroffen werden müssen.

Wir werden auch Schutzräume reaktivieren müssen. Diese Landesregierung wird sich deshalb aktiv dafür einsetzen, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern ein Schutzraumkonzept erstellt, in das auch geeignete Bauten wie U-Bahnhöfe, Tiefgaragen oder Keller in öffentlichen Gebäuden einbezogen werden. Mit dem Schutzraumkonzept müssen zugleich auch Maßnahmen zur Förderung des Baus von privaten Schutzräumen in die Überlegungen einbezogen werden.

Meine Damen und Herren, regelmäßige Übungen helfen dabei, Routine zu gewinnen und Fähigkeitslücken und Fehler zu erkennen. Deswegen werden wir gemeinsam mit allen Beteiligten das System der länderübergreifenden Kri-

sen-Übungen, das LÜKEX, ausbauen und vor allem auch das Training für kommunale Stäbe intensivieren.

Ich sage das sehr bedacht und sehr deutlich: Hessen braucht nicht zuletzt ein Gefahrenradar. Das Land muss alle seine Abhängigkeiten erkennen. Das Land muss alle seine Abhängigkeiten vermessen. Dazu zählen militärische Bedrohungen, dazu zählen Gefahren durch Terrorismus, dazu zählt organisierte Kriminalität, dazu zählen natürlich auch gezielte Desinformationskampagnen, und dazu zählt auch jede Form des Extremismus. Aber auch Klimafolgeschäden zählen dazu, Abhängigkeiten in der Wirtschaft, in der Energieversorgung, bei Nahrungsmitteln, Gefahren durch bislang unbekannte Erreger und natürlich auch Schwächungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch ungleichwertige Lebensverhältnisse.

Wir werden dafür einen hessischen Sicherheits- und Resilienzrat einrichten, der aus Vertretern aller Ressorts der Landesregierung, aus Experten betreffender Behörden und Experten aus der Wissenschaft besteht. Unter Führung dieser Landesregierung erhält Hessen eine wirksame Resilienzstrategie.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, innere Sicherheit bedeutet in erster Linie natürlich die Stärkung und die Unterstützung unserer hessischen Polizei; denn wir wollen und brauchen ein sicheres Hessen.

Wir setzen großes Vertrauen in unsere Beamtinnen und Beamten, und ich weiß aus eigener Erfahrung als Innenstaatssekretär und als Innenminister, welche großartige Arbeit Polizistinnen und Polizisten leisten. Der Abschlussbericht der von Innenminister Peter Beuth eingesetzten Expertenkommission ist eine wichtige Grundlage, die gute Arbeit der Polizei zu stärken und eventuelles Fehlverhalten frühzeitig zu erkennen und zu ahnden.

Im Jahr 2025 – lieber Kollege Rudolph, ich erinnere mich an die Debatte in der letzten Woche – werden in Hessen aufgrund unserer Weichenstellungen mehr als 16.000 Polizistinnen und Polizisten ihren Dienst tun. Das ist die höchste Anzahl in der Geschichte des Landes Hessen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf AfD: Warum?)

– Weil es gut ist. – Meine Damen und Herren, dazu gehört eine andere Zahl; die muss man sich vergegenwärtigen. Denn, wenn man die Frage stellt, wer sich um die Polizei kümmert und wer sich nicht um die Polizei kümmert, dann sprechen die Zahlen die beste Sprache. Vor 20 Jahren umfasste der Polizeihaushalt 844 Millionen €, im Jahr 2022 sind es mehr als 1,9 Milliarden €. Das ist ein neuer Rekord, genauso wie es ein Rekord ist, dass wir eine Aufklärungsquote von sage und schreibe 65,6 % haben – der höchste jemals gemessene Wert in Hessen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich es richtig verstanden habe, hat vorhin jemand hineingerufen, als ich die Zahl 16.000 nannte: „Warum?“ – Ich will es Ihnen gerne begründen: Wir werden mit entschiedener Polizeipräsenz und mit konsequentem Durchgreifen auch in Zukunft verhindern, dass Kriminalitätsbrennpunkte entstehen, dass sogenannte Angsträume entstehen. Wir wollen und wir müssen das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung weiter stärken. Es darf in Deutschland keine No-go-Areas geben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die hessische Justiz ist hoch belastet. Das gilt für Richter und Staatsanwälte, das gilt aber auch für andere Berufsgruppen in der Justiz, z. B. in den Serviceeinheiten oder bei den Wachtmeistern. Ich will in aller Deutlichkeit sagen: Die Berichte aus der Praxis nehmen wir ernst. Wir werden sie aufgreifen, und wir werden einen Pakt für den Rechtsstaat auflegen, mit dem wir die Stellensituation in der Justiz deutlich verbessern und mit dem wir die Attraktivität der hessischen Justiz für Nachwuchskräfte erhöhen werden. Hierzu werden wir ein Maßnahmenpaket schaffen, das auch eine Verbesserung der R-Besoldung einschließt.

Das Bundesverfassungsgericht hat in der Bemessung der Amtsangemessenheit der Alimentation der Beamten mit seiner Rechtsprechung im Jahre 2020 einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Ich wiederhole das, was ich eingangs gesagt habe: Ein stabiler Staat braucht einen starken öffentlichen Dienst. Deswegen sage ich Ihnen heute hier zu, dass eine Regierung unter meiner Führung dem Parlament einen Gesetzentwurf zur schrittweisen Neugestaltung der Beamtenbesoldung unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung zuleiten wird. Mein klar erklärtes Ziel ist es, diesen Gesetzentwurf unter frühzeitiger Einbeziehung der Gewerkschaften zu erarbeiten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, seit dem 24. Februar werden Europa und die Welt durch einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine erschüttert. Wir stehen solidarisch zur Ukraine. Unterstützung für die Flüchtlinge aus der Ukraine ist für uns eine humanitäre Verpflichtung. Ich möchte an dieser Stelle all den Hessinnen und Hessen Danke sagen, die sich seit Beginn des Krieges mit großem Engagement um die Menschen aus der Ukraine gekümmert haben.

(Lebhafter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vereinzelter Beifall Freie Demokraten)

Hessen macht eines aus. Hessen macht aus, dass es eine Heimat ist für Menschen mit unterschiedlichen nationalen, ethnischen, religiösen, kulturellen und auch sozialen Bezügen. Wir wissen alle, dass diese Vielfalt unsere Stärke ist. Aber sie bedeutet für uns als Staat natürlich immer auch eine Herausforderung. Wir haben in Hessen vieles auf den Weg gebracht und werden in dieser Wahlperiode noch etwas Weiteres machen: Wir werden mit einem Integrationsgesetz einen institutionellen Rahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein respektvolles Miteinander in unserem Lande schaffen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Aktionsplan zur Ukraine kümmern wir uns bundesweit beispielhaft um die Unterstützung der Geflüchteten aus diesem Land. Wir behalten aber auch die Flüchtlinge aus anderen Ländern, die durch Krieg, durch Gewalt und auch Verfolgung zur Flucht gezwungen werden, im Blick. Deswegen wollen wir noch in diesem Jahr ein eigenes Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge auf den Weg bringen. Dabei schauen wir insbesondere auf die Situation in den Flüchtlingslagern in Jordanien, in Syrien und auf die Lage in Afghanistan.

Aber, meine Damen und Herren, den entscheidenden Schritt muss der Bund tun. Wir erwarten, dass die Bundesinnenministerin ihre bislang zurückhaltende Haltung

gegenüber solchen Landesaufnahmeprogrammen aufgibt. Ohne die Zustimmung des Bundes können wir als Land dieses Signal nicht senden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jan Schalauske (DIE LINKE): Horst Seehofer wollte das unbedingt!)

Die Bundesregierung will für gut integrierte Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus eine Bleibeperspektive schaffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nichts Neues, das gab es bereits früher. Ich habe das als Ordnungsdezernent in der Stadt Frankfurt erlebt, und wir haben immer wieder gehofft, dass wir durch entsprechende Anschlussperspektiven Menschen, die sich gut integriert haben und sich gut integrieren wollten, die unsere Sprache sprechen, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, hierbehalten können.

Bei dem jetzt vorgelegten Vorschlag geht es um Menschen, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben, die nicht straffällig geworden sind und die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Sie sollen durch ein Chancen-Aufenthaltsrecht eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten können, um in dieser Zeit die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen.

Die Landesregierung erwartet auch hier von der Bundesregierung, dass sie ihre Pläne zügig angeht, damit wir in Hessen eine entsprechende Vorgriffsregelung – wie es sie in Schleswig-Holstein und Niedersachsen gibt – vornehmen können.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie im Koalitionsvertrag formuliert, wollen wir den Bedürfnissen der Spätaussiedler vor dem Hintergrund ihrer weiterhin bestehenden Belastungen in besonderer Weise Rechnung tragen. Außerdem ist im Sinne eines Ausgleichs von Humanität und Ordnung – das ist die Politik, die uns von Schwarz-Grün auszeichnet – eine effiziente und schnelle Rückführung derer, die kein Bleiberecht haben, von Relevanz. Dies ermöglicht uns, die Akzeptanz der Regeln zu wahren, und ebenso ermöglicht es uns, Menschen nicht erst nach Jahren der Unsicherheit zurückzuführen. Meine Damen und Herren, ein Staat, der seine Regeln nicht durchsetzt, verliert an Vertrauen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Mord an Dr. Walter Lübcke und der rechtsterroristische Anschlag in Hanau sind uns nicht nur Mahnung, sondern zugleich eine stetige Verpflichtung, Haltung zu zeigen, extremistischen Strömungen immer und überall die Stirn zu bieten und klar und deutlich für die demokratischen Prinzipien einzustehen. Das ist unser unmissverständlicher Auftrag.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Rechtsextremismus ist zweifellos eine der ganz großen Bedrohungen unserer Zeit – gesellschaftspolitisch wie sicherheitspolitisch. Deswegen müssen wir das Übel an der Wurzel packen. Was wir brauchen, ist ein Bündel an präventiven, aber auch an repressiven Maßnahmen. Deswegen werde ich mich für mehr politische Bildung einsetzen. Aber eines will ich hier in aller Klarheit sagen: Waffen gehören nicht in Extremistenhände.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist im Hinblick auf eine nachhaltige und schnelle Entwaffnung von Extremisten eine weitere Verschärfung des Waffenrechts, hin zu einer Regelvermutung der Unzuverlässigkeit bei Personen, die als Extremisten gespeichert sind, notwendig.

Wir in Hessen bekämpfen alle Formen des Extremismus und haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wir werden deshalb unsere Anstrengungen in diesem Bereich in dieser Wahlperiode nochmals weiterentwickeln, und zwar durch die Vorlage eines Demokratiefördergesetzes.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch hier warten wir auf den Bund. Wir wollen unmittelbar nach der Vorlage des auf der Bundesebene durch die Bundesregierung angekündigten Gesetzentwurfs prüfen, ob dieser als Vorbild für entsprechende hessische Regelungen zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts dienen kann.

Meine Damen und Herren, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt spielt die Kultur eine enorme Rolle. Wir werden daher unsere Kulturpolitik neu ordnen, auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Mit dem Masterplan Kultur wollen wir die wesentlichen Leitplanken für die Kulturpolitik des Landes in den nächsten zehn Jahren setzen. Am Ende des Beteiligungsprozesses soll bis Anfang 2023 ein Beschluss des Kabinetts stehen, damit wir Ziele für die Kulturpolitik in den nächsten zehn Jahren setzen können. Dabei werden wir ganz konkret: Wir wollen die Kulturförderung transparenter machen und digitaler gestalten. Wir setzen auf kulturelle Bildung, damit die Menschen von jung bis alt unsere Kulturschätze erleben können.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten)

Damit komme ich zur klassischen Sozialpolitik. Sie muss für uns alle ein Herzenthema werden. Meine Damen und Herren, wenn wir über den gesellschaftlichen Zusammenhalt sprechen, dann gehören die Familien in den Fokus unserer Politik. Die Familien sind die Keimzellen unserer Gesellschaft. Überall dort, wo Kinder sind, wird das deutlich. Deshalb stehen die Kinder und die Familien im Mittelpunkt unserer Anstrengungen. Das gilt gerade für diejenigen, die besonderen Schutz benötigen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe AfD)

Mit der Eröffnung des Childhood-Hauses in Frankfurt setzen wir ein deutlich sichtbares Zeichen. Für mich gibt es nicht den geringsten Zweifel: Gewalt ist nie privat, und wer Kinder misshandelt, der begeht das denkbar abscheulichste Verbrechen. Kinder und Jugendliche, die Gewalt oder Missbrauch erlitten haben oder erleiden, haben Anspruch auf den besonderen Schutz durch den Staat.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt AfD)

Uns geht es außerdem darum, wie wir die Familien besser unterstützen können. Dazu gehört die Möglichkeit, Familie und Beruf nicht gegeneinander ausspielen zu müssen, sondern miteinander vereinbaren zu können. Deswegen werden wir in einen Dialog mit den Kommunen über die Frage eintreten, wie wir es schaffen, künftig ausreichend Kindergarten- und Ganztagsbetreuungsplätze an Grundschulen

bereitzustellen. Fast 340 Millionen € für den Bau und die Sanierung von Kinderbetreuungseinrichtungen haben der Bund und das Land in den letzten Jahren zur Verfügung gestellt. Das ist eine riesige Kraftanstrengung, die wir als Land geleistet haben – daran gibt es keinen Zweifel –, aber es gibt noch mehr Bedarf.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Bauen und das Zurverfügungstellen von Plätzen ist das eine; das andere ist, dafür zu sorgen, dass wir noch mehr qualifiziertes Personal haben. Deshalb werden wir die Förderung von Teilzeitausbildungen weiterführen. Wir werden außerdem für eine verbesserte Anerkennung ausländischer Abschlüsse und vor allem für eine Ausweitung der praxisintegrierten Erzieherausbildung sorgen. Die praxisintegrierte vergütete Erzieherausbildung hat die Attraktivität des Berufs erheblich und spürbar gesteigert. Deshalb werden wir das Programm deutlich ausbauen. Im Ausbildungsjahr 2022/2023 werden wir 600 Plätze fördern, und im Ausbildungsjahr 2023/2024 sollen es 1.000 Plätze sein.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden für die Familien und die Kinder aber noch mehr tun. Wir werden die Kinderbetreuung an den Grundschulen fortführen und weiterhin pro Schuljahr mindestens 350 zusätzliche Stellen für das Ganztagsschulprogramm zur Verfügung stellen. Außerdem werden wir den Ganztagsausbau an den weiterführenden Schulen vorantreiben. Dabei werden wir einen Schwerpunkt auf Ganztagschulen im Profil 3 legen. Unser konkretes Ziel ist, jedes Schuljahr 50 weiterführende Schulen mehr im Profil 3 zu haben. Dafür wird es vom Kultusministerium eine besondere Stellenzuweisung geben; und nur dann, wenn diese Zuweisung auf der Grundlage des Ganztagsschulprogramms durch die Schulträger nicht in Anspruch genommen wird, stehen sie für den Ganztagschulausbau in anderen Profilen zur Verfügung. Das ist eine ganz bewusste Prioritätensetzung dieser Landesregierung. Zugleich bleibt es selbstverständlich dabei – ich komme auf das zurück, was ich eingangs sagte –, dass diese vor Ort von den Eltern sowie den Schülerinnen und Schülern auch gewollt sein muss.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu einer guten Zukunft für unsere Kinder gehört selbstverständlich auch, dass wir für gute Bildung sorgen. Dabei setzen wir ganz zuvorderst auf die Bildungssprache Deutsch. Die Stärkung entsprechender Kompetenzen nahm eine zentrale Rolle in der Bildungspolitik der vergangenen Jahre ein. Erst kürzlich haben wir sie mit einem Maßnahmenpaket gestärkt, das vom verpflichtenden Charakter der Vorlaufkurse bis hin zu einer Deutschstunde mehr an der Grundschule verschiedene Bausteine umfasst. Dazu gehört, dass die Kulturtechnik der verbundenen Handschrift an hessischen Schulen unterrichtet wird. Dazu gehört die Handreichung zum Grundwortschatz Hessen, dazu gehört die Einführung des Fehlerindex, dazu gehört, dass die Methode „Lesen durch Schreiben“, die oftmals nur sehr unscharf von dem Begriff „Schreiben durch Gehör“ abgegrenzt wird, in Hessen unzulässig ist, und dazu gehört selbstverständlich auch Literatur, weil Literatur bei der Vermittlung grundlegender bildungssprachlicher Kompetenzen eine besondere Bedeutung hat. Daher ist ab dem Schuljahr 2022/2023 in der Sekundarstufe I mindestens eine Ganzschrift zu behandeln.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Stärke eines Landes zeigt sich in der Frage, wie es mit großen sozialen Fragen umgeht. Eine der größten sozialen Herausforderungen unserer Zeit ist die Pflege. Die Frage, wie wir mit unseren Eltern umgehen, wie wir uns um unsere Großeltern kümmern, ist ein Thema, das gerade Familien umtreibt – und zwar völlig unabhängig vom Alter eines Menschen. Immer mehr Menschen sind auf Unterstützungsleistungen angewiesen. Rund vier von fünf Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt. Meist erfolgt die Pflege dabei durch Angehörige. Diese müssen wir unterstützen und hierfür unsere Angebote verbessern und vernetzen. Im Rahmen einer Pflegestrategie werden wir dazu einen Plan für die nächsten Jahre vorlegen.

Dabei setzen wir auch auf ehrenamtliches Engagement, das wir stärker unterstützen wollen. Wir tun aber noch mehr als das: Wir wollen einen weiteren zentralen Baustein schaffen, ein Förderprogramm zur Errichtung von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen, um Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätze sowie ambulant betreute Wohngemeinschaften zu fördern. Das Modellprojekt zum Ausbau der Pflegestützpunkte, zu Case-Management-Einrichtungen soll deswegen auch weiterhin über das Land ausgerollt werden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden überdies den öffentlichen Gesundheitsdienst weiter stärken. Wir richten ein hessisches Landesamt für Gesundheit ein und tragen so landesseitig dazu bei, die Ebenen des öffentlichen Gesundheitsdiensts besser zu vernetzen und ihre Schlagkraft – insbesondere in Krisenzeiten – weiter zu stärken.

Meine Damen und Herren, für viele Familien – gerade im Ballungsraum – hat das Thema Wohnen im wahrsten Sinne des Wortes eine existenzielle Bedeutung erlangt. Eine der großen Herausforderungen unserer Tage ist die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Wir haben die Trendwende bei der Zahl der Sozialwohnungen geschafft: Erstmals seit Mitte der Neunzigerjahre steigt die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen wieder an. 2021 gab es erstmals wieder mehr Sozialwohnungen als im Vorjahr, und unser erklärtes Ziel ist es, dass es weiterhin Jahr für Jahr mehr Sozialwohnungen als im jeweiligen Vorjahr gibt.

Das reicht uns aber nicht. Die Anstrengungen müssen weitergehen. Für die Förderung von Wohnraum stellt das Land bis 2024 insgesamt 2,2 Milliarden € bereit. Der Erwerb sogenannter Belegungsrechte wird deswegen weiterhin ermöglicht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe es in der letzten Woche schon gesagt: Wer sich auf den Weg gemacht hat, ein Land zu führen, der muss eine Vorstellung davon haben, wie die Zukunft dieses Landes aussehen soll. Wir haben als schwarz-grüne Koalition diese Vorstellung. Wir sind uns in der Koalition bewusst: Vor uns liegen gewaltige Aufgaben, die bewältigt werden müssen. Deswegen habe ich Ihnen heute meine Agenda für unser Land für die nächsten Monate, bis zur Landtagswahl und – ich habe es schon betont – auch darüber hinaus, vorgestellt. Nur mit Sicherheit und Zuversicht werden wir ein modernes Morgen erleben. Deshalb brauchen wir für Hessen eine umsichtige, eine entschlossene und vor allem eine vorausschauende Politik.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Landesregierung hat eine Vorstellung davon, wie das Land Hessen in Zukunft aufgestellt werden muss und wie wir die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen können.

Lassen Sie mich abschließend eine Perspektive darstellen, die mir in diesem Zusammenhang außerordentlich wichtig ist. Lassen Sie uns – jenseits des politischen Tagesgeschäfts und jenseits all unserer Leidenschaft im Ringen um die verschiedensten politischen Fragen – über die Grenzen der politischen Lager hinweg versuchen – auch das habe ich in der letzten Woche bereits gesagt –, gerade in so schwierigen Zeiten wie die, in denen wir leben, stets die Bereitschaft zum Gespräch miteinander zu haben – ich kann das von meiner Seite aus signalisieren – und den Dialog zu pflegen und zu intensivieren. Die großen Herausforderungen dieses Landes – davon bin ich mehr denn je überzeugt – können nämlich nur auf der Grundlage eines demokratischen Konsenses aller bewältigt werden.

Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als der Auftrag der Bürgerinnen und Bürger an uns alle in diesem Haus. Mit diesem Auftrag haben sie uns in dieses Haus gewählt, und ich finde, wir sollten diesen Auftrag sehr ernst nehmen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, sehr geehrter Herr Ministerpräsident. – Sie haben – wie Sie schon angekündigt haben – die vereinbarte Redezeit um knapp elf Minuten überzogen. Das bedeutet nach unserer Geschäftsordnung, dass den Oppositionsfraktionen je fünf Minuten Redezeit zuwachsen.

Ich gebe als Nächstem dem Vorsitzenden der Fraktion der SPD, Herrn Günter Rudolph, das Wort. Herr Rudolph, Sie haben nunmehr 45 Minuten Redezeit.

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was hat sich eigentlich geändert, seitdem Herr Bouffier nicht mehr Ministerpräsident ist und Herr Rhein letzten Dienstag gewählt wurde? Bei den Redezeiten hat sich schon mal nichts geändert, obwohl Sie doch die eine oder andere Veränderung vornehmen wollten.

Und Herr Rhein: Wer ist eigentlich dieser Boris Rhein? Wenn man sich die mediale Berichterstattung von letzter Woche einmal anschaut, stellt man fest, er ist der joviale Landtagspräsident, der unsere Unterstützung bekommen hat, weil er die Rolle des Parlamentes – wie wir finden – angemessen dargestellt hat. Das war in den Jahren zuvor eben nicht der Fall. Aber Herr Rhein ist jetzt Ministerpräsident. Sie haben eben selbst gesagt – ich halte das übrigens für legitim –, dass Sie den Machtanspruch der CDU über den nächsten Wahltermin hinaus erhalten wollen. Ich wäre da ein bisschen vorsichtiger: Wir sollten den Wählerinnen und Wählern das Votum überlassen. Denken Sie an die letzte Bundestagswahl, mit Ihrem Herrn Laschet. Da ist ja auch etwas danebengegangen.

(Zuruf CDU: Nein!)

Die ersten Tauben werden abgeschossen. Von daher wäre ich ein bisschen vorsichtiger. Wir gehen gerne in die demo-

kratische Auseinandersetzung – da bin ich ganz bei Ihnen – um die besten Konzepte und um die besten Personen. Das sollte man mit aller Ruhe und Gelassenheit machen; denn ich finde, dass das die Demokratie auszeichnet. Dann nehmen wir in Respekt und Demut das Wahlergebnis entgegen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Nun ist der Ministerpräsident – –

(Zurufe von der Regierungsbank)

– Wissen Sie, das Gebrabbel hinter mir finde ich immer unschön. Setzen Sie sich doch in die Abgeordnetenreihen, das ist für mich einfacher, dann kann ich Sie auch ansehen. Ich finde das etwas schade; denn ich möchte den Kolleginnen und Kollegen respektvoll entgegenreten.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Herr Rhein, was sind Sie eigentlich – –

(Zurufe CDU)

– So ist das dann, wenn Leute einer Partei von Respekt reden und immer genau das Gegenteil machen. Das nervt irgendwann – um das einmal ganz freundlich zu formulieren.

(Beifall SPD und Freie Demokraten – Zuruf CDU)

Herr Rhein, heute lese ich im Pressespiegel, und ich habe es heute Morgen schon im Zug in der „HNA“ gelesen – der „Hessisch Niedersächsischen Allgemeinen“: für diejenigen, die nicht aus Nordhessen kommen –, dass Sie am Samstag beim JU-Parteitag in Baunatal waren.

(Ministerpräsident Boris Rhein: Mit Frau Strube! – Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Hört, hört!)

– Mit Frau Strube, einer ausgezeichneten Bürgermeisterin, unsere ehemalige Kollegin, völlig unstrittig.

(Beifall SPD)

Sie sollen dort laut „HNA“-Bericht eine Skulptur mit zwei goldenen Handschuhen erhalten haben, einen Sonderpreis für die beste Personalentscheidung am ersten Arbeitstag. Diesen erhielten Sie von der JU Kassel, die damit die Entlassung von Frau Kühne-Hörmann meinte. Ich weiß, wenn man Parteifreunde hat, die einen mögen, kommt so etwas dabei rum. Das kennen wir in allen Parteien. An der Stelle gibt es keinen Grund zu Schadenfreude, meine Damen und Herren.

Sie haben dort ordentlich gegen die Koalition, gegen die Ampel in Berlin vom Leder gezogen. Sie werden mit einem Lob an Friedrich Merz zitiert:

„Der macht der verschlafenen, unfähigen Truppe endlich Dampf.“ Gemeint ist die rot-grüne Koalition.

Nur müsste es in Berlin „Ampelkoalition“ heißen, weil eine Koalition nie nur aus einem Partner besteht, auch wenn das gelegentlich anders dargestellt wird.

(Zuruf AfD: Das müssen Sie gerade sagen!)

Meine Damen und Herren, was ist der Herr Rhein? Will er ein Ministerpräsident sein – Sie haben es eben gesagt –, oder ist er der Machtpolitiker, der die Macht für die CDU sichern will, weswegen dieser Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten stattgefunden hat? Das wollen wir an dieser

Stelle sehr deutlich hinterlegen. Aber Sie sind auch Teil von 23 Jahren CDU-Politik in Hessen.

(Beifall SPD – Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Hört, hört!)

Sie sind mitverantwortlich für die „Aktion düstere Zukunft“, den Kahlschlag der sozialen Infrastruktur in Hessen. Ich kann mich daran erinnern, wie Sie damals, im Jahr 1999, als eher junger, wilder Abgeordneter aus Frankfurt in den Landtag gekommen sind. Im Landtag waren Sie engagiert, keine Frage. Aber Sie haben die Entscheidungen mitgetragen. Sie haben die Privatisierung der Uniklinik Gießen-Marburg mitgetragen und damit auch politisch zu verantworten. Sie fangen nicht bei null an, Sie sind kein Neutrum, sondern Sie sind Teil von 23 Jahren Politik der CDU in Hessen

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

und tragen damit auch Verantwortung, sehr verehrter Herr Rhein. Völlig klar.

Deswegen streiten wir im demokratischen Diskurs auch über die Alternativen. Nach unserer Auffassung muss Hessen wieder ein Land werden, wo die Zukunft zu Hause ist. Sie haben eben angedeutet, wie Sie sich das vorstellen – wobei wir uns schon gefragt haben, was in den letzten achteinhalb Jahren mit der Koalition aus CDU und GRÜNEN passiert ist.

(Manfred Pentz (CDU): Jetzt wird es interessant!)

Wenn ich es jetzt böse interpretieren wollte, würde ich sagen: Ich habe hier und da schon die eine oder andere Kritik an Herrn Bouffier gehört. Übrigens: Sie sitzen gewissermaßen Wand an Wand. Gab es schon Klopfzeichen

(Heiterkeit und Beifall SPD und Freie Demokraten)

die ersten Tage, oder ging es noch? Das könnte an der einen oder anderen Stelle passieren. Es ist auch eine interessante Entscheidung, das Büro direkt neben dem Nachfolger zu nehmen.

(René Rock (Freie Demokraten): Der war gut! Die Zwischentür ist offen! – Zuruf Manfred Pentz (CDU))

Darüber habe ich mich auch gewundert. Dazu hätte man auch eine andere Entscheidung treffen können. Aber sei es drum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, ich möchte an dieser Stelle einige Schlagzeilen der letzten Wochen und Monate aus Zeitungen und Zeitschriften zitieren:

„Hessen bei der Digitalisierung Schlusslicht“, „Hessen Schlusslicht bei Versorgung mit Kinderärzten“, „Rechtsextremismus wächst: Hessens Rechte wollen sich bewaffnen“, „Hessen baut nur ein Windrad im ersten Quartal“ – im Jahr 2021 waren es ganze zwölf Windräder –

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört!)

„Rhön-Klinikum stellt Vereinbarung mit Land Hessen infrage“, „Personalmangel in Hessens Kitas – erste Gruppen müssen schließen“, „Proteste an Kliniken und Pflegeeinrichtungen in Hessen“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das schwarz-grüne Paradies, das Sie uns seit einigen Tagen vorgaukeln, existiert nur in Ihrer Wahrnehmung. In der Realität gibt es

eine Menge Baustellen, die Sie von Ihrem Vorgänger übernommen haben und für die Sie mit Verantwortung tragen.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Es ist interessant, was Sie alles in den nächsten eineinhalb Jahren bis zum Wahltermin machen wollen. Zunächst einmal waren das eine Menge Ankündigungen, und einen Vorteil haben die Protokolle des Hessischen Landtages, weil die Stenografinnen und Stenografen wirklich exakt und gut sind.

(Beifall SPD und Freie Demokraten – Zuruf Freie Demokraten: Die sind gut!)

Ich bewundere, wie gelegentlich auch manch komische Zwischenrufe von einem selbst aufgenommen werden.

(Zurufe CDU und Freie Demokraten)

– Alles gut. – Wir werden Zeile für Zeile, Buchstabe für Buchstabe an der Stelle nachprüfen, was Sie alles angekündigt haben; denn zunächst einmal war das ein „Ankündigungsministerpräsident“. Dazu hatten Sie, CDU und GRÜNE, übrigens schon achteinhalb Jahre Zeit, das eine oder andere auf den Weg zu bringen. Dazu bedarf es keines Regierungswechsels, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Ich mache das jetzt nicht wie Sie in Baunatal bei der Jungen Union, ich mache jetzt keine Bewertung von einzelnen Ministerinnen und Ministern. Sie haben aber außer dem Austausch von Frau Kühne-Hörmann keinerlei personelle Veränderungen bei den Ministerinnen und Ministern vorgenommen. Sie haben z. B. auch einen Strukturfehler: Sie haben vorher gesagt, das sei ein ganz tolles Digitalministerium. Im Kern ist das Digitalministerium eine bessere Abteilung in der Staatskanzlei, ohne entscheidende Kompetenzen zum Durchgriff.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Bevor Sie damit ankommen, dass das ein Angriff auf Frau Sinemus sei: nein, ganz im Gegenteil. Eine Ministerin, die kein Durchgriffsrecht hat, ist eben auch zufrieden, wenn sie digitale Dorflinden vor Ort symbolisch überreicht – wobei die Personalkosten höher sind als der Scheck, der dort ausgezahlt wird, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist keine Digitalisierung, wie wir sie uns vorstellen.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

– Ich nehme das gnädige Kopfschütteln von Herrn Pentz als Bestätigung meiner Aussage.

(Heiterkeit und Beifall SPD und Freie Demokraten – Manfred Pentz (CDU): Ich bin nicht so wichtig!)

Digitalisierung ist ein Thema, das die Politik in den letzten Jahren – das gebe ich zu – vielleicht unterschätzt hat. Der Breitbandausbau Glasfaser war zunächst auch eine Folge von Entscheidungen, die Post zu privatisieren, mit der Folge, dass die Deutsche Telekom, Vodafone und auch andere Player gar nicht bereit waren, in die Fläche zu gehen. Das war die berühmte Rosinenpickerei. Aber, ich finde, der Breitbandausbau Glasfaser gehört heute auch zur Grundversorgung, und deswegen müssen wir diesen als Politik sicherstellen, und zwar zu 100 % auch im kleinsten Ortsteil.

Was sind jetzt die drängenden Aufgaben, vor denen wir als Land stehen und für die wir als Land auch zuständig sind und zumindest Rahmenbedingungen schaffen können? Das ist der Transformationsprozess, das sind die Veränderungen in der Arbeitswelt. Das ist die Zukunft der Energieversorgung, aber auch die Frage der Bezahlbarkeit von Energie. Das ist der Fachkräftemangel auf allen Ebenen, sei es im Gesundheitsbereich, im Pflegebereich, im Kita- oder Krippenbereich oder insgesamt in der allgemeinen Verwaltung. Das ist das Thema bezahlbares Wohnen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das sind auch alles Fragen, die ein Land wesentlich mit beeinflussen kann. Gelegentlich hatte ich bei Ihnen den Eindruck, dass Sie als CDU damit in den letzten 23 Jahren so gar nichts zu tun hatten; und das ist natürlich völlig fatal, weil ein Teil der Probleme, die entstanden sind, erst durch Ihre falsche Weichenstellung entstanden ist. Diese müssen Sie jetzt versuchen zu lösen.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Ich will darauf hinweisen, dass wir als Landesparlament und Sie als Landesregierung einen Auftrag haben: Wir müssen für gleiche Lebensverhältnisse sorgen. Dafür empfehle ich einen Blick in Art. 72 des Grundgesetzes. Gleichwertig heißt ja nicht überall gleich. Wir haben in den unterschiedlichsten Regionen unterschiedliche Herausforderungen; aber die Menschen haben ein Anrecht darauf, dass diese Probleme gelöst werden. Während die Probleme im ländlichen Raum in der Bereitstellung der Infrastruktur liegen – wenn es um Einkaufsmöglichkeiten, die ärztliche Gesundheitsvorsorge, einen vernünftigen ÖPNV und um Straßen geht, auf denen man fahren kann, und nicht per se „Straßen brauchen wir nicht“ gesagt wird –, sind die Themen bezahlbares Wohnen und Umweltbelastung im Ballungsraum im Rhein-Main-Gebiet die drängendsten Aufgaben. Darauf müssen Sie Antworten geben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Rhein, der ländlich Raum hat bei Ihnen eben nicht den Stellenwert.

(Manfred Pentz (CDU): Das glaubt Ihnen doch keiner!)

Dazu gehört es dann eben auch, dass man personell im Kabinett deutlich macht, wer die Vertreterin oder der Vertreter des ländlichen Raums ist. Nord- und Ostthessen finden bei Ihnen nicht statt, das haben wir zur Kenntnis genommen. Diese Regionen sind bei Ihnen abgemeldet.

(Beifall SPD)

Ich will an dieser Stelle sagen, wenn es um die Mobilität geht, um den öffentlichen Personennahverkehr: Ja, wir haben im ländlichen Raum noch einen starken Individualverkehr. Das hängt aber auch damit zusammen, dass es die Verhältnisse nicht anders zulassen. Dort, wo Sie keine Bahnanlüsse haben, müssen Sie erst einmal zum nächsten Bahnhof kommen. Wenn Sie sich den Zustand der Straßen anschauen, stellen Sie fest, dass von den Bundes-, Landes-, Kreis- oder Gemeindestraßen die Landesstraßen im schlechtesten Zustand sind, weil in den letzten Jahren zu wenig in die Infrastruktur investiert wurde. Deshalb brauchen wir dort mehr Anstrengungen. Das gilt auch für den ländlichen Raum.

(Beifall SPD)

Wer will – was aus klima- und umweltpolitischen Gründen vernünftig ist –, dass mehr Menschen vom Auto auf

den ÖPNV, auf Bahnen und Busse, umsteigen, der muss den ÖPNV so attraktiv gestalten, dass er nutzbar ist. Eine vernünftige Taktung und ein vernünftiger Preis: beides passt zurzeit nicht zusammen. Solange das Land Hessen zur Finanzierung der Verkehrsverbünde nur 3 % gibt, ist das deutlich zu wenig. Herr Ministerpräsident Rhein, hier kann, hier muss das Land deutlich mehr machen – um das ganz klar zu sagen.

(Beifall SPD)

Wir brauchen einen echten Bildungsaufbruch in Hessen. Kinder und Jugendliche brauchen eine gute Zukunft, und das beste Fundament dafür ist Bildung. Wir wollen Hessen zu einem offenen und sozial gerechten Bildungsland machen – ein Bildungsland, das kein Kind zurücklässt und allen die gleichen Chancen eröffnet, ihr Potenzial zu nutzen, ein Land, in dem jedes Kind gleich viel zählt, mit gleichen Bildungschancen, unabhängig von Herkunft, Einkommen der Eltern oder anderen Faktoren. Da muss sich in Hessen dringend etwas ändern und verbessern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD – Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Das ist wichtig!)

Dazu brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer. Das werden wir in den nächsten Jahren merken. Wir haben jetzt schon etwa 12 % Lehrkräfte ohne Lehramt, das ist eine hohe Quote. Bis zum Jahr 2030 – das ist irgendeine Zahl, die wahrscheinlich aus Versehen vom Kultusminister genannt wurde; denn mit Zahlen hat er es sonst nicht, Kollege Degen – werden pro Jahr durchschnittlich mindestens 2.200 Lehrkräfte benötigt. Die Frage ist: Wo kommen die her? Es fehlen Förderschullehrer, es fehlen Lehrer an beruflichen Schulen, und im Grundschulbereich wird es auch immer schwerer, Lehrerinnen und Lehrer zu finden. Deswegen finde ich auch, dass es sich gehört, Grundschullehrerinnen und -lehrer endlich in die Besoldungsgruppe A 13 einzugruppieren bzw. zu besolden.

(Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Genau!)

Thema Fachkräftemangel, wenn es um den Rechtsanspruch geht, Ganztagsplätze im Grundschulbereich zu schaffen: Das Kultusministerium spricht hier von 50.000 fehlenden Plätzen. Nach Untersuchungen der Universität Dortmund und des Deutschen Jugendinstitutes könnten möglicherweise bis zu 70.000 Plätze im Grundschulbereich fehlen.

(Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Hört, hört!)

Dazu würden alleine 4.100 Vollzeitstellen an Schulen benötigt. Meine Damen und Herren, das Land ist für die pädagogische Betreuung zuständig, für das pädagogische Konzept. Deswegen: 2026 ist schneller da, als der eine oder andere denkt. Deswegen wollen wir eine Schule, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch auf das Leben und den Beruf vorbereitet, Kompetenzen, Fähigkeiten und Werte vermittelt, selbstbewusst, selbstständig und sozial kompetent macht. Da haben wir in Hessen noch viel zu tun. Wir hätten uns auch das eine oder andere zur Bildungspolitik von Ihnen gewünscht.

(Beifall SPD)

Reden wir über die Transformation, die Veränderungen in der Arbeitswelt. Man kann sich nicht vor jedes Werkstor stellen, haben wir schon mal gehört. Das muss man vielleicht aber auch nicht, sondern es gibt andere Möglichkeiten, mit Unternehmen, mit Inhabern, mit Betriebsräten

und Gewerkschaften zu reden. Da gibt es andere Formen. Entscheidend ist, dass man miteinander redet. Wir haben als SPD dieses Thema schon frühzeitig besetzt. Wir haben sehr konkrete Haushaltsanträge gestellt: einen Transformationsfonds in Höhe von 50 Millionen € pro Jahr, um die Prozesse der Transformation mitzugestalten und zu unterstützen, einen Lotsen für Digitalisierung und Dekarbonisierung, um die Transformationsprozesse auf den Weg zu bringen.

Das Thema Fachkräftemangel ist eines, das uns gemeinsam Sorge bereiten muss, wenn bis zum Jahr 2026 nach Aussagen der Wirtschaft und des Handwerks 150.000 Fachkräfte fehlen werden, bis zum Jahr 2040 sogar über 300.000. Wir brauchen qualifizierte Leute. Eine gute Bildung ist die Voraussetzung. Aber wir müssen die Firmen dabei auch unterstützen, die ihren Beitrag leisten. Hier kann das Land Rahmenbedingungen setzen. Das erwarten wir von dieser Landesregierung möglichst zügig.

(Beifall SPD)

Übrigens: Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag stehen – Sie sehen, wir lesen sogar den Koalitionsvertrag –, dass Sie einen Industrietrialog führen wollen, bei dem sich Landesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber auf Augenhöhe treffen. Wir fragen jetzt einfach ganz diskret einmal nach und tun so, als wären wir unter uns: Was ist in den dreieinhalb Jahren passiert? Welche Ergebnisse gibt es denn?

(Zurufe Tobias Eckert und Stephan Grüger (SPD))

Nach unserem Kenntnisstand ist es eher übersichtlich. Der Ministerpräsident sagt, das sei ein Problem. Da müsste man vielleicht sogar mit Firmen wie VW reden. Das ist ein Bereich der Automobilindustrie, bei dem die Transformation besonders eklatant ist. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, erzählen Sie uns doch einmal – wir werden Ihnen Gelegenheit geben durch entsprechende Anträge –, was Sie bei dem Thema Transformation tatsächlich gemacht haben.

Ein Instrument, wie wir Fachkräfte akquirieren können, wie wir den Bereich der beruflichen Bildung insgesamt wieder attraktiver machen können, dass auch junge Menschen bereit sind, zu sagen: „Ich gehe in das Handwerk; ich bin bereit, eine berufliche Laufbahn einzuschlagen und nicht zu studieren“ – da bin ich der Kollegin Barth dankbar, die heute krankheitsbedingt entschuldigt ist –, ist der Meisterbrief. Wir sind schon der Auffassung, dass Bildung vom Grundsatz her kostenfrei sein soll. Aber wieso muss derjenige, der den Meisterbrief erwerben will – das ist unterschiedlich und von den Gewerkschaften abhängig –, bis zu 10.000 € bezahlen?

(Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Genau!)

Wieso muss das der Fall sein, während anderen das Studium und der Abschluss auf Staatskosten finanziert werden? Wer will, dass wir einen anderen, einen besseren Stellenwert für berufliche Bildung bekommen, darf hier nicht kleinlich sein. Der Bund mag das eine machen, aber das Land kann genauso etwas machen. Deswegen sagen wir: Ja, wer den Meisterbrief erwerben will, braucht auch Unterstützung. Meine Damen und Herren, das wollen wir als SPD einfordern.

(Beifall SPD)

Übrigens waren wir – darüber haben wir schon am Mittwoch diskutiert – am Dienstag und am Mittwoch unterwegs, auch beim Rheingauer Dialog. Wenn wir uns die Zahlen des Handwerks anschauen, sehen wir: Dort sind 370.000 Menschen in 77.000 Betrieben beschäftigt, die einen Umsatz von über 37 Milliarden € erwirtschaften. Das ist auch wirtschaftspolitisch eine relevante Größe. Wir alle merken es privat, wenn wir einen Handwerker bekommen wollen: Bestimmte Berufe sind nicht interessant.

Übrigens wäre es ein kleiner Mosaikstein, damit Leute sagen: „Ich gehe in das Handwerk und möchte einen Beruf erlernen“. Man könnte das Fach Arbeitslehre im Gymnasium wieder einführen. Das haben Sie abgeschafft. Das wäre ein kleiner Mosaikstein, um für berufliche Ausbildung zu werben; denn wir brauchen jeden. Wir können keinen zurücklassen. Die Firmen ringen um jede Person.

(Beifall SPD)

Wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv voranbringen. Die Zukunft sind Wind, Sonne, Bioenergie, Erdwärme und Energiesparen. Wir setzen auch auf den zügigen Ausbau von regenerativ erzeugter Wärme durch Geothermie und alternative Lösungen wie die Nutzung von Abwärme und den Ausbau der Fernwärme. Da müssen wir mutiger werden. Ja, da, wo es Widerstände gibt, müssen wir Überzeugungsarbeit leisten. Aber wir müssen auch bereit sein, zu sagen: Wir wollen das. – Kollege Grüger weist bei jeder Debatte darauf hin, dass Hessen eben nicht so weit ist.

Ich habe die Zahlen von Windrädern genannt; denn die Windenergie ist ein wichtiger Teil erneuerbarer Energien, auch wenn wir in dem Bereich autarker werden wollen. Deswegen: Ein Land kann auch einiges tun. Auch da vermissen wir etwas Energie vom Land, nämlich bei den Anstrengungen. Es wäre schon schön, wenn Minister der Landesregierung auf Kreisebene nicht gegen den Bau von Windrädern stimmen würden, so, wie es der Innenminister Beuth im Rheingau-Taunus-Kreis gerne macht.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Land ist auch Arbeitgeber für die rund 150.000 Beschäftigten, für die fast 100.000 Beamtinnen und Beamten und für die Tarifbeschäftigten. Meine Damen und Herren, den Fachkräftemangel spüren wir doch bei allen Ausschreibungen.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Wenn man sich so als Dienstherr, als Arbeitgeber verhält wie das Land Hessen, ist es auch kein Wunder. Wenn Sie im Jahr 2015 eine Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten haben und sich ein Jahr später für die 1-%-Besoldungserhöhung einsetzen, dürfen Sie sich nicht wundern, dass die Mitarbeiter das nicht gerade als Wertschätzung ansehen. Das war auch keine Wertschätzung. Darüber, dass Ihnen dann durch Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel im Jahre 2021 gesagt wird: „Das verstößt gegen die Verfassung; es ist nicht den Grundsätzen der Alimentation entsprechend“, dürfen Sie sich nicht wundern.

Deswegen haben Sie wieder einen Gesetzentwurf angekündigt. Das Urteil aus Kassel war vom November. Wir erwarten zeitnah einen Gesetzentwurf. Und wir erwarten an der Stelle endlich Perspektiven für die Beamtinnen und Beamten und keine Wartespiele von Schwarz-Grün.

(Beifall SPD und Freie Demokraten – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann hilft auch kein Jammern, dass das Geld kostet. Das hätten Sie sich vorher überlegen sollen – wobei ich eine Vermutung habe, wer sich in der Koalition durchgesetzt hat, um die Beamtinnen und Beamten zu ärgern, zumal nicht jeder Beamte, nicht jede Beamtin in der Besoldungsgruppe A 15 ist. Wir haben in der Justiz, in den Steuerbehörden auch viele im mittleren Dienst. Wenn sie dann noch im Ballungsraum wohnen, haben sie schon Probleme mit steigenden Mieten oder Lebenshaltungskosten.

Wir erwarten auch, dass endlich ein Personalvertretungsgesetz vorgelegt wird, das den modernen Grundsätzen der Mitarbeiterführung und der Mitbestimmung entspricht. Da sind wir sehr gespannt. Das, was in Ihrem Koalitionsvertrag steht, ist ein bisschen schwammig. Das, was wir von den Gewerkschaften hören, ist: Na ja, ein großer Wurf wird das nicht. Die schreiben zwar das Gesetz um und ändern ein paar Paragraphen, aber inhaltlich kommt eher wenig dabei rum. – Ich habe denen gesagt: Ihr seid doch selbst schuld, wenn ihr geglaubt habt, dass es etwas Substanzielles gibt. Das hätte ich euch an der Stelle auch vorher sagen können. Mitbestimmung im 21. Jahrhundert sieht eben anders aus als bei CDU und GRÜNEN. So ist die Realität.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Schauen wir uns den Bereich der inneren Sicherheit in Hessen an. Das ist ein Bereich, der in den letzten Jahren stark im Fokus stand. Sie waren einige Zeit auch Innenminister. Sie haben schon mit zu verantworten, dass Personal bei der Polizei, bei der Justiz und anderswo abgebaut wurde.

Die größte Herausforderung ist in der Tat der Kampf gegen den Rechtsextremismus. Wir haben die rassistischen Morde des NSU gehabt, die Ermordung von Dr. Lübcke, den Mordanschlag auf einen eritreischen Asylsuchenden in Wächtersbach und die Morde in Hanau. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kampf gegen rechts muss alle demokratischen Kräfte in diesem Land einigen. Aber das muss konsequent und entschlossen gemacht werden. Dazu bedarf es einer Stärkung der politischen Bildung, und es bedarf einer schonungslosen Aufklärung der Vorgänge in Hanau und auch des Mordes an Dr. Lübcke.

(Beifall SPD, vereinzelt Freie Demokraten und DIE LINKE)

Wir haben zwei Untersuchungsausschüsse. Bei dem Untersuchungsausschuss zu Dr. Lübcke hat die Fraktionsvorsitzende Ines Claus, die heute entschuldigt ist, mehrfach gesagt: Eigentlich braucht die CDU diesen Untersuchungsausschuss nicht.

(Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Hört, hört!)

Das ist eine mühselige, anstrengende Arbeit, aber wir brauchen ihn. Übrigens sprach der Anwalt der Familie Lübcke von einem Komplettversagen des Verfassungsschutzes. Ich könnte Ihnen auf Nachfrage den Anwalt nennen. Das war nämlich ein ehemaliges Mitglied der Landesregierung.

Wir haben den Vorgang in Hanau, wo dieser Tage wieder neue Kenntnisse einer Gruppe aufgetaucht sind –

(Zuruf)

– Sie sagen: „Ah!“ Wissen Sie: Man sollte Dinge einfach einmal aufgreifen und ihnen nachgehen. Ich kann das auch nicht alles abschließend beurteilen. Aber ich kann Ihnen sagen, wie die Reaktion der betroffenen Familien vor Ort ist und was man machen kann, um die Trauer und die Wut, die da sind, wenigstens zu versuchen etwas abzumildern: mit den Betroffenen sprechen und aufklären. – Dieser Innenminister hat es bis zum heutigen Tage nicht für nötig befunden, mit den Familien zu reden. Das ist schäbig. Das geht gar nicht.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und vereinzelt DIE LINKE)

Ja, ein Teil, mit dieser Wut, mit dieser Trauer umzugehen, ist, zu reden und auch etwas zu erklären. Deswegen ist die Arbeit in den Untersuchungsausschüssen auch so wichtig. Ich unterstelle einmal, dass das zumindest die fünf demokratischen Fraktionen an der Stelle auch so sehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die hessische SPD-Fraktion steht an der Seite derjenigen, die sich für Demokratie und Freiheit einsetzen. Wir werden rechte Gewalt und Antisemitismus bekämpfen, Millimeter für Millimeter. Die Initiative auf Bundesebene der Bundesfamilienministerin – in Klammern: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – und der Innenministerin, Frau Faeser, ist der richtige Ansatz, nämlich ein Demokratiefördergesetz für den Bund auf den Weg zu bringen. So etwas könnten wir uns auch für Hessen vorstellen.

(Beifall SPD)

Die verschiedenen Aktivitäten zu bündeln macht Sinn. Wir haben Zuständigkeiten im Innenministerium, im Sozialministerium, im Kultusministerium, bei der Landeszentrale für politische Bildung. Die Kräfte zu bündeln macht Sinn. Deswegen hätten wir dazu gerne etwas gewusst.

Herr Ministerpräsident, wir hätten gerne von Ihnen auch dazu etwas gehört: Wann gibt es ein neues Leitbild für die hessische Polizei? Das alte Leitbild des damaligen SPD-Innenministers Gerhard Bökel stammt aus den Neunzigerjahren. Herr Frömmrich, wo ist da die Forderung, endlich ein neues Leitbild zu initiieren und auf den Weg zu bringen, damit deutlich wird, dass bei der hessischen Polizei kein Platz für Extremismus ist?

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Für die überwiegende Mehrzahl der hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten ist dabei ebenso wie für uns klar: Wer in der hessischen Polizei Dienst tut, muss mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Dem muss man eindeutig Rechnung tragen. Wer das nicht tut, gehört nicht in den Polizeidienst – um das relativ deutlich und klar zu sagen.

(Beifall SPD, vereinzelt Freie Demokraten und DIE LINKE)

Es geht um Aus- und Fortbildung. Sie haben den Bericht der Expertenkommission angesprochen. Wo sind denn die Ergebnisse und die Umsetzung? Wo ist denn das Bild?

(Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Genau!)

Dann wird es langsam lustig. Der verehrte Herr Ministerpräsident muss jetzt schon sagen: Aber im Jahr 2025 wird alles besser. – Die Polizeianwärter, die dann da sind, haben

noch gar nicht angefangen. Das ist nun eine Rechnung: Dann macht das demnächst jede Fraktion und rechnet die nächsten Jahre im Geiste schon dazu. Was ist denn das für eine abenteuerliche Vorstellung? Den Fachkräftemangel merken wir doch bei den Bewerbungen. Sie konkurrieren mit 15 Bundesländern und mit der Bundespolizei. Wenn Sie Personal gewinnen wollen und sagen, die Arbeit der Polizei ist wichtig und muss wertgeschätzt werden: Warum führen Sie dann nicht etwa die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wieder ein, wie es die Bundesinnenministerin auf Bundesebene für die Bundespolizei tut?

(Beifall SPD)

Manchmal sind es eher kleine Gesten. Die Polizeizulage ist der besonderen Herausforderung im Polizeidienst geschuldet. Sie beträgt in Hessen 131,20 €. Auf Bundesebene beträgt sie jetzt 228 €. Das ist schon deutlich mehr und wird auch ruhegehaltsfähig. Ich finde, das ist auch ein Signal für die Frauen und Männer bei der Polizei: Wir schätzen eure Arbeit wert, die enorm anstrengend ist und bei der sich viel verändert hat.

Gewalt gegen Polizeibeamte – genau wie gegen Rettungskräfte und gegen Sanitäter – ist ein Thema, bei dem wir gemeinsam sagen: Das geht gar nicht. Aber materiell kann man auch etwas tun. Herr Ministerpräsident, deswegen ist es schade, dass von Ihnen kein Wort dazu kommt. Auch das ist ein Zeichen von Wertschätzung.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Sie haben gesagt: Waffengesetze müssen verschärft werden. – Ich bin ja froh, dass wir nicht diese irre Diskussion wie in Amerika haben, dass der erste Ansatz von diesen Quartalsirren, die dort drüben sind, ist: Die Lehrer müssen eine Waffe haben. – Das alles finde ich schon schlimm genug. Aber ich erinnere mich: In der letzten Wahlperiode war es die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin, die die Verschärfung des Waffengesetzes verhindert hat.

(Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Genau! Richtig!)

Herr Innenminister, deswegen überzeugen Sie erst einmal Ihre eigenen Leute, damit die das über den Bundesrat nicht wieder blockieren. Ich bin sehr dabei, zu sagen, dass Extremisten legal keine Waffen besitzen dürfen. Da haben Sie die Sozialdemokratische Partei immer an Ihrer Seite. Aber dann blockieren Sie es bitte nicht im Alltag, so, wie Sie es getan haben.

(Beifall SPD)

Ich wiederhole gerne von letzter Woche: Wir sind sehr gespannt, wie der neue Justizminister die Probleme in der Justiz in den Griff bekommt. Merkwürdigerweise haben Sie die Haushaltsanträge für mehr Personal bei der Justiz, die die SPD in den letzten Jahren immer gestellt hat – die Kollegin Hofmann, der Kollege Kummer –, abgelehnt. Wir haben Sie nicht gezwungen, sie abzulehnen. Sie haben nicht die Notwendigkeit gesehen.

Herr Poseck, deswegen sind wir sehr gespannt, wie schnell Sie den Personalbestand erhöhen werden und ob Sie Leute finden. Bei dem, wie Sie die Probleme mit der Überlastung in der Justiz in den Griff bekommen, werden wir Sie an Ihren Worten messen. Ich weiß, es ist ein bisschen unfair, Politiker gelegentlich an dem zu messen, was sie sagen. Wir machen es trotzdem.

(Vereinzelte Heiterkeit – Zuruf Manfred Pentz (CDU))

Dann werden wir sehen, ob Sie das an der Stelle in den Griff bekommen. Wir haben da mehr als Zweifel. Es lag nicht nur an Frau Kühne-Hörmann – um es freundlich zu formulieren –, aber eben auch.

(Beifall SPD)

Ich möchte zu einem wichtigen Bereich überleiten, zu dem Bereich der Kindertagesbetreuung, der Krippen und der Kitas. Die Probleme in Hessen sind evident. Das erfahren wir, diejenigen, die kommunalpolitisch tätig und unterwegs sind. Finanzschwache Kommunen können die Eltern nicht grundsätzlich von den Gebühren entlasten. Für viele Eltern ist die U-3-Betreuung, die besonders personal- und kostenintensiv ist, nicht zu stemmen. Der Fachkräftemangel ist ein riesiges Thema. Wir haben einen Investitionsbedarf für den Ausbau von über 1 Milliarde €. Dafür reichen die Bundes- und Landesmittel nicht aus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wenn ich mir die exorbitanten Preissteigerungen bei Ausschreibungen anschau, dann stelle ich fest, damit wird das Problem noch verschärft. Wer Ausbau und Qualität will, der muss endlich umsteuern. Das ist nur mit Fachkräften möglich. Wer Ausbau und Qualität will, der muss die Kommunen finanziell in die Lage versetzen, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein und die notwendigen Investitionen zu tätigen. Machen Sie endlich mehr als Land Hessen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Wir haben in den Haushaltsberatungen sehr konkret gefordert, den Betriebskostenanteil für die kommunale Ebene deutlich zu erhöhen. Es ist mittlerweile gerade in vielen kleineren Kommunen der größte Ausgabenposten. Personalmangel ist auch ein Thema, das Sie sonst nicht lösen können. Ebenfalls könnte man über die Ausbildungsfinanzierung für vollzeitschulische Ausbildung reden.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu hat er gerade etwas gesagt!)

– Richtig, er hat es angedeutet, ein bisschen was hat er gesagt.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ja, das habe ich gesagt, Herr Kollege Frömmrich. Ich habe sogar genau zugehört, aber das glauben Sie nicht. Das ist Ihr persönliches Problem; ich habe es trotzdem verstanden.

Sie sollten vielleicht einmal in die eine oder andere Kommune gehen und sich dort darüber unterhalten, wie es vor Ort aussieht, was das für die Städte und Gemeinden bedeutet. Dieser Bereich greift nämlich die kommunale Selbstverwaltung derart an, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit vieler Kommunen gefährdet ist, weil das Land sagt: „Damit haben wir nichts zu tun“, obwohl Sie nach der Verfassung für die Finanzausstattung der Kommunen zuständig sind – so geregelt in der Hessischen Verfassung.

(Beifall SPD – Zuruf Tobias Eckert (SPD))

Meine Damen und Herren, die Finanzierung im Gesundheitsbereich ist ein wichtiges Thema, auch das gehört zur Daseinsvorsorge.

Zu den Krankenhäusern. Sie wollen jetzt einen Krankenhaushausgipfel. Die Kollegin Frau Dr. Sommer, unsere Expertin in Gesundheitsfragen, hat das bereits im Jahr 2020 gefordert.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Damals haben Sie das eiskalt abgelehnt. Vielleicht erklären Sie uns in einer ruhigen Stunde einmal, warum, wenn eine Oppositionspartei etwas fordert, es falsch ist und, wenn Sie es danach machen, es richtig ist. Wir haben es noch nicht so ganz verstanden. Das geht den Kolleginnen und Kollegen von der FDP und der LINKEN, glaube ich, manchmal auch so.

Also, Krankenhaushausgipfel. Ja, dann reden Sie: Wie stelle ich die Krankenhausversorgung im ländlichen Raum sicher? – Was sagen Sie denn dem Landrat Görig im Vogelsbergkreis, der in Alsfeld ein Krankenhaus bauen will, das mit 68 Millionen € veranschlagt war? Jetzt liegen sie bei 100 Millionen €, wahrscheinlich sogar bei 110 Millionen €, und das Land sagt: Ihr bekommt keinen Euro mehr.

Wie soll denn der Vogelsbergkreis das finanzieren? Durch Erhöhung der Kreisumlage? Durch die Spezialisierung und Zentralisierung wird alles schwieriger. Es ist aber notwendig zur Versorgung, und das Land betreibt keine Krankenhausplanung. Sie machen eine Projektförderung; das ist der völlig falsche Ansatz. Sie müssten steuernd eingreifen und richtig Geld zur Verfügung stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft und der Landkreistag haben festgestellt, in Hessen gibt es einen Investitionsbedarf in Höhe von 180 Millionen € für Krankenhäuser. Da haben Sie bisher eher wenig getan. Sie geben 18,4 Millionen € originäre Landesmittel. Auch das ist ein sehr bescheidener Beitrag.

Wir hätten uns auch gewünscht, dass Sie etwas zu frauenpolitischen Angelegenheiten gesagt hätten, etwa, dass wir mehr Frauenhausplätze benötigen. Auch das war ein Thema, das Corona-bedingt aufgepoppt ist. Die vorgesehenen 2 Millionen € reichen dafür nicht aus.

(Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Kein Wort dazu!)

Wir hätten uns gewünscht, dass zu dem Thema Schwangerschaftsabbrüche mehr gesagt worden wäre. Besonders im ländlichen Raum haben wir Probleme, das vernünftig mit Angeboten auszugestalten.

Die Ausweitung der Täterarbeit. Das Land Hessen fördert drei Stellen in der Täterarbeit. Zu Kinderschutz vor sexualisierter Gewalt haben Sie etwas gesagt, aber hier müssen insgesamt deutlich mehr Anstrengungen unternommen werden. Durch die „Operation düstere Zukunft“ haben Sie die sozialen Infrastrukturen teilweise kaputt gemacht. Die wieder aufzubauen ist enorm schwer. Das ist aber ein wichtiger Teil gesellschaftspolitischer Aufgaben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Was haben Sie zum Thema Mietenexplosion gesagt? Ich habe nichts gehört.

(Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich schon! – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Kollege Frömmrich, haben Sie etwas gehört? Ach, Sie haben etwas gehört, interessant, wir haben unterschiedliche Wahrnehmungen. Koalitionstreu wie eh und je.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht sogar im Entwurf, der Ihnen zugegangen ist!)

Meine Damen und Herren, dass bezahlbarer Wohnraum knapp ist, müsste sich selbst in Hessen herumgesprochen haben. Schauen wir uns Frankfurt, Wiesbaden und andere Gegenden an. In Frankfurt findet gerade im Nordend eine weitere Gentrifizierung statt. Dann haben wir noch Wohnungen in Hessen, die leer sind. In anderen Ländern gibt es eine Meldepflicht für Immobilienbesitzer für leer stehende Wohnungen, z. B. in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg; nur in Hessen gibt es das nicht. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der SPD haben Sie abgelehnt.

Laut Angaben des Statistischen Landesamts haben wir in Hessen einen Leerstand von 6,6 %, etwa 190.000 Wohnungen. Das ist eine Größenordnung wie die Stadt Kassel. Gerade bei dem Thema bezahlbares Wohnen gilt Art. 14 Abs. 2 Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet.“ Das muss man an der Stelle ernst nehmen.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Zweckentfremdung von Wohnraum, auch da haben Sie Initiativen von uns abgelehnt. Jetzt haben Sie gesagt, es werden wieder mehr Sozialwohnungen gebaut. Nachdem in den letzten Jahren enorm viele Wohnungen aus dem Sozialbestand geflogen sind, gibt es jetzt ein paar Wohnungen mehr. Das löst aber doch nicht das Problem.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Die Nachfrage ist riesig. Wir wollen nicht, dass die Leute permanent pendeln müssen – das sind auch riesige Herausforderungen. Ich empfehle Ihnen, einmal nach Gießen, Marburg, Fulda oder Kassel zu gehen. Um 6:14 Uhr fährt in Kassel der erste ICE. Mit dem pendeln Menschen, weil sie sagen, sie könnten sich den Ballungsraum nicht leisten. Das ist doch ein Thema, das wir angehen müssen.

Wenn Sie sagen: „Wir wollen den ländlichen Raum attraktiv machen, dass auch junge Familien dorthin gehen wollen“, dann muss die Infrastruktur dafür bereitgestellt werden: gute Schulangebote. Da kann es nicht nur nach sturen Klassengrößenzahlen gehen. Die Angebote müssen so sein, dass sie darstellbar sind. Dann brauche ich ärztliche Betreuungsangebote, ich brauche kulturelle Angebote. Der ländliche Raum muss so attraktiv und interessant sein, dass Menschen auch gerne dorthin ziehen. Breitbandausbau, damit Homeoffice stattfinden kann, ist eine Grundvoraussetzung.

(René Rock (Freie Demokraten): Infrastruktur!)

Meine Damen und Herren, der ländliche Raum ist doch nicht die Naherholungsnische für genervte Städter und dafür da, dass man Wasser vom Vogelsberg nach Frankfurt liefert.

(René Rock (Freie Demokraten): Windräder!)

Der ländliche Raum hat genauso seine Daseinsberechtigung. Diese Potenziale muss man nutzen.

(Beifall SPD)

Man könnte im ländlichen Raum übrigens auch attraktive und interessante Behörden ansiedeln. Man könnte sogar einen Behördenstandort in den ländlichen Raum geben, in das Oberzentrum Kassel. Auch das wäre eine Variante, um deutlich zu machen: Diese Region ist uns etwas wert. – Auch das wäre möglich. Aber von einem Finanzamt im ländlichen Raum Arbeitsplätze an ein anderes Finanzamt im ländlichen Raum zu transportieren, das war mit der Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum nicht gemeint.

Mit Interesse haben wir das von Ihnen genannte Waldaufbauprogramm zur Kenntnis genommen. Kennen Sie eigentlich die Personalsituation bei hessischen Forstämtern, Herr Ministerpräsident? Ich bin jetzt einmal freundlich zu Ihnen und unterstelle, dass Sie sie nicht kennen. Die Reviere haben durch die ganzen Reformen der letzten Jahre eine derartige Größe, und es fehlen Hunderte von Forstwirten. Das war eine Folge Ihrer verfehlten Personalpolitik.

Wenn man den Wald als Potenzial ansieht, um damit Erlöse zu erzielen, dann kommt so was von so was. Deswegen brauchen Sie wieder einen ordentlichen Personalaufbau in hessischen Wäldern und Forstämtern. Das wird eine Herkulesaufgabe. Schön, dass Sie gemerkt haben, dass es ein Problem gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zusammenfassend macht der Ministerpräsident da weiter, wo der ausgeschiedene und jetzt in Pension befindliche Ministerpräsident aufgehört hat. Sie haben fast das gesamte Kabinett übernommen. Sie tragen auch die politische Verantwortung für die Fehlentscheidungen der letzten Jahre.

Wir hätten uns auch ein Wort zum Universitätsklinikum Gießen-Marburg gewünscht. Wie geht es jetzt eigentlich weiter? Was sagen wir denn den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort, die sagen, dass sie Unsicherheiten haben und gerne eine Perspektive hätten? Wissen Sie, es hat Sie damals keiner dazu gezwungen. Es war übrigens einer dieser Leuchttürme von Roland Koch. Sind Sie in der Lage, einen Leuchtturm von Roland Koch zu benennen, der noch funktioniert? Noch nicht einmal die Zinswetten und die Glücksspiele im Finanzbereich haben funktioniert. Die Gebäudewirtschaft mit Leo und Ähnliches haben nicht funktioniert. Die Privatisierung des Knastes hat nicht funktioniert von den Kosten her. Das Uniklinikum Gießen-Marburg ist ein einziges Desaster.

Also, von wegen, Roland Koch war der große Stratege, der das Land Hessen wie eine Finanzholding geführt hat. – Alle Leuchttürme sind restlos abgebrannt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Dafür trägt auch dieser Ministerpräsident, Boris Rhein, die politische Verantwortung.

Hessen muss wieder das Land werden, wo die Zukunft zu Hause ist. – Ja, wir haben sehr präzise Vorstellungen, wie Hessen im Jahr 2030 und später aussehen soll. Dafür müssen wir aber die Weichen jetzt rechtzeitig stellen. Das wird der Diskurs in den nächsten eineinhalb Jahren sein.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie glauben, Sie können so weitermachen wie bisher, ist das Ihr Problem. Ich glaube

nicht, dass das die Zukunftsantworten auf die drängendsten Fragen sind. Ich habe nicht den Eindruck, dass Sie bei den Leuten draußen unterwegs sind. Das haben wir letzte Woche hier gehört. Überbordendes Selbstbewusstsein ist immer schädlich. Selbstbewusst auftreten soll man, aber machen Sie es eher wie die Nordhessen: schüchtern, sensibel und zurückhaltend. – Vielen Dank.

(Heiterkeit – Lang anhaltender lebhafter Beifall SPD – Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Abg. Rudolph, für Ihre Rede.

Sie werden es vielleicht auch schon mitbekommen haben. Ich möchte zumindest kurz im Namen des Hauses auch etwas dazu sagen. Es gibt Meldungen darüber, dass in einem Supermarkt in Schwalmstadt – auch noch im Nachbarwahlkreis – zwei Menschen getötet worden sind. Nähere Informationen liegen uns dazu noch nicht vor, auch die Hintergründe noch nicht.

Ich möchte an dieser Stelle im Namen des Hauses erst einmal den Einsatzkräften ganz herzlich danken und vor allem den Angehörigen der möglichen Opfer unser herzlichstes Beileid aussprechen. Nähere Angaben können wir dazu leider noch nicht machen.

(Die Rednerin hält einen Moment inne.)

Das sind Momente, in denen es nicht ganz einfach ist, zur Tagesordnung überzugehen. Ich bitte um Verständnis, es wäre jetzt auch nicht angebracht gewesen, einfach in der Tagesordnung weiterzumachen, wenn uns solche Meldungen aus Hessen ereilen.

Herr Kollege Frömmrich, Sie haben jetzt als parlamentarischer Geschäftsführer für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich kann man bei einer solchen Nachricht nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Unsere Gedanken sind bei den Familien und Angehörigen. Mehr wissen wir leider zurzeit auch noch nicht. Wir denken aber an die Angehörigen und möglicherweise Hinterbliebenen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden gerade zu der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, der die Agenda für die Zukunft dieses Landes dargestellt hat. Ich glaube, dass wir bei dem, was der Ministerpräsident vortragen hat, der Meinung sein sollten, zumindest, wenn man zugehört hat, dass diese Regierung, Schwarz-Grün, in diesem Land schon viel erreicht hat. Diese Regierung hat aber noch sehr viel mehr vor. Das hat der Ministerpräsident sehr gut herausgearbeitet und sehr gut beschrieben.

Er hat die Agenda für die Zukunft in Hessen beschrieben. Ich habe dem Kollegen Rudolph zugehört und habe gedacht, dass die SPD in der Vergangenheit zu Hause ist. In der Rede war über Koch, über 1999, über die „Operation düstere Zukunft“ und über Leo die Rede.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten)

Er hat uns aber kein Bild davon gemalt, wie sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Zukunft dieses

Landes vorstellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das habe ich zumindest nicht gehört.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Herausforderungen an, die uns gestellt werden und mit denen wir es in diesem Land zu tun haben. Das zeichnet diese Koalition aus. Das haben wir in den vergangenen Jahren immer so gemacht.

Diese Koalition versucht, Konzepte umzusetzen. Diese Koalition versucht, auch in schwierigen Zeiten Lösungen zu finden, und sie versucht auch, Dinge, die vielleicht vorher nicht so auf dem Plan waren, doch so anzugehen, dass wir zu einer guten und gemeinsamen Lösung kommen. Das zeichnet diese Koalition aus.

Was die SPD-Opposition in diesem Hause zu diesem Thema und zur Zukunftsbeschreibung auszeichnet, das habe ich nicht gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Auch zu einzelnen Themenbereichen würde ich gerne etwas hören. Günter Rudolph hat das sehr geschickt gemacht. Er hat Überschriften genannt. Nach jeder Überschrift ist er weitergegangen und hat die nächste Überschrift genannt. Er ist ja auch manchmal ein witziger Redner und versteht es, mit dem einen oder anderen Witz das zu überdecken, was ich aber vermisst habe, nämlich den Inhalt der Sache. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie wenigstens einmal ein Thema durchdeklinieren. Das haben Sie an diesem Pult aber leider versäumt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir können über viele Punkte streiten. Wir können unterschiedliche Konzepte haben. Es ist im Übrigen Aufgabe der Opposition, das zu benennen. Wir sollen ja hier im kritischen Diskurs sein. Die Opposition soll sozusagen im Wartestand für die nächste Regierung sein. Aber das, was Sie hier vorgetragen haben, war nicht das Bild für Hessens Zukunft, sondern das war verhaftet in der Vergangenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wenn wir über Zukunft und über die großen Zukunftsaufgaben reden, die sich uns stellen, dann ist klar, dass eine der Zukunftsaufgaben mit Sicherheit der Klimawandel ist und das, was sich daraus ergibt.

(Stephan Grüger (SPD): Sie haben unseren Gesetzentwurf ja abgelehnt!)

In der Rede von Günter Rudolph fand sich kein einziger Satz zum größten Zukunftsthema, das hier auf der Agenda steht, nämlich kein Satz zum Klimaschutz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzeln CDU)

Im Übrigen hat er auch nichts zum Naturschutz gesagt. Vielmehr hat er über Dinge geredet, die er dem Ministerpräsidenten zum Teil unterstellt hat. Er hat gesagt, der Ministerpräsident hätte dazu nichts gesagt. Wenn man sich aber das Konzept angeschaut und die Rede des Ministerpräsidenten angehört hat, hat man sehr wohl erkannt, dass zu diesen Dingen etwas gesagt worden ist, und zwar zum Demokratiefördergesetz, zum Leitbild Polizei, zum Umgang mit der Polizei. Außerdem ist zum Krankenhausgipfel auch viel ausgeführt worden und dazu, wie man sich

den Transformationsprozess mit der Wirtschaft vorstellt. Sie hingegen behaupten, man habe dazu nichts gesagt. Das ist schon einigermaßen erstaunlich. Vielleicht sollte man das Rohkonzept, das man aufgeschrieben hat, den Realitäten anpassen. Dann passt auch die Rede, lieber Kollege Rudolph.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich habe wieder von einem Bild gehört, von dem wir von diesem Pult aus schon sehr oft gehört haben, das da lautet: Mehr von dem machen, was Schwarz-Grün macht. – Dazu sind wir gern bereit; denn dadurch werden schließlich die Initiativen ausgezeichnet, die wir hier in Angriff nehmen. Sie wollen also von allem ein bisschen mehr machen, was Schwarz-Grün macht. Ja, das ist eine Unterstützung für unsere Arbeit. Wir müssen dabei aber natürlich auf die Finanzlage achten. Der Finanzminister schaut hier gerade schon. Aber einfach nur ein bisschen mehr von dem zu fordern, was Schwarz-Grün macht, ist kein eigenes Konzept, Herr Kollege Rudolph. Das ist kein eigenes Rezept, nach dem Sie dieses Land regieren wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die Herausforderungen sind gewaltig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat die Situation noch einmal verschärft. Seit dem 24. Februar sterben Menschen in der Ukraine, Frauen, Kinder, alte Menschen. Wir erleben Flucht, Vertreibung, Mord und Vergewaltigung. Die hässliche Fratze des Krieges ist nach Europa zurückgekehrt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen schweren Zeiten stehen wir an der Seite der tapferen Ukrainerinnen und Ukrainer. Wir fordern den russischen Präsidenten Putin auf, diesen Krieg unverzüglich zu beenden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hessen hilft. Hessen zeigt humanitäre Verantwortung. Wir nehmen die Verantwortung wahr. Wir helfen Geflüchteten. Wir stellen Unterkünfte und Verpflegung zur Verfügung. Wir sorgen dafür, dass die medizinische Versorgung da ist. Viele Menschen sind traumatisiert. Kinder brauchen Betreuung und Bildung. Unterkünfte müssen bereitgestellt werden. Diese Herausforderungen können wir nur meistern, weil wir viele sehr engagierte Menschen haben, die das im Ehrenamt begleiten, und dafür sagen wir herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Putins Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt aber auch, wie verletzlich, wie angreifbar wir sind. Die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl zeigt, dass wir sehr grundlegende und noch schnellere Veränderungen bei der Energieversorgung brauchen. Über Jahre, über Jahrzehnte hinweg wurde diese Abhängigkeit zementiert. Die Politik weg vom Gas, weg vom Öl wurde zum Teil nicht gewollt, vernachlässigt oder verzögert. Umso dringender ist der Transformationsprozess, den wir jetzt brauchen, um weg vom Öl, weg von fossilen Brennstoffen zu kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat es gesagt: Wir wollen den Klimaschutz ins Zentrum der Politik stellen.

(René Rock (Freie Demokraten): Und was habt ihr in den letzten Jahren gemacht?)

– Da kommt das Stichwort vom Kollegen Rock. Das werden wir gleich durchdeklinieren. – Hessen hat schon in der Vergangenheit viel unternommen. Wir haben viele Maßnahmen begonnen. Wir haben viele Projekte aufs Gleis gesetzt. Wir wollen aber noch mehr. Wir haben uns noch mehr vorgenommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Das große Ziel dieser Landesregierung, dieser Umweltministerin, ist es, Hessen bis 2045 klimaneutral zu machen, also fünf Jahre früher als geplant. Das ist eine große Aufgabe, vor der wir alle stehen, vor der alle Bereiche der Politik stehen. Wir wollen ein Klimaschutzgesetz vorlegen. Die Transformation wird zur größten Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

(Zuruf Stephan Grüger (SPD))

Ja, wir müssen diesen Prozess schnell und beherzt angehen; denn wir sind die letzte Generation, die die Erderwärmung noch begrenzen kann. Wir müssen diese Mammutaufgabe angehen, damit unsere Kinder und Enkelkinder ein lebenswertes und liebevolles Hessen haben können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wenn wir unsere Kinder vor Schlimmerem bewahren und ihnen noch eigene Gestaltungsspielräume für ihr Leben bieten wollen, dann müssen wir jetzt handeln, und zwar über das hinaus, was wir schon begonnen haben. Ich will dem Kollegen Rock ein paar Stichworte nennen. Dann kann er sich vielleicht daran abarbeiten.

Bis 2023 stehen in Hessen über 1,8 Milliarden € für den Klimaschutz bereit. Mit diesem Geld fördern wir Klimaschutzinvestitionen und -anpassungen, die nachhaltige Landwirtschaft, eine fußgänger- und fahrradfahrerfreundliche Infrastruktur, den Schutz unserer Wälder, Projekte zum Naturschutz und vieles mehr. Das sind Projekte für den Klimaschutz, Herr Kollege Rock. Das sollten Sie vielleicht einmal mitnehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – René Rock (Freie Demokraten): Welche Fahrradwege?)

Das Land investiert bis zum Jahr 2023 die Rekordsumme von 200 Millionen € in unsere Wälder. Wir unterstützen Waldbesitzer. Wir schützen bestehende und pflanzen neue klimastabile Wälder an. Das ist aktiver Klimaschutz, Herr Kollege Rock. Vielleicht sagen Sie einmal, was Sie da vorhaben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir haben eine Zielvereinbarung mit der Wohnungswirtschaft geschlossen, und zwar mit der Nassauischen Heimstätte, für Klimaneutralität bis zum Jahr 2045. Damit können 1,8 Millionen t CO₂ vermieden werden. Das ist aktiver Klimaschutz, Herr Kollege Naas.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Im Zuge des hessischen Moorschutzes sollen 60 Niedermoore renaturiert werden. Da wird CO₂ gebunden. So schützen wir diese wichtigen Habitate.

(René Rock (Freie Demokraten): Wie sieht denn die CO₂-Bilanz aus?)

261 hessische Kommunen sind Teil des bundesweit einzigartigen Bündnisses Klima-Kommunen. Da wird aktiv vor Ort Klimaschutz betrieben. Der integrierte Klimaschutzplan 2025 enthält 140 Maßnahmen zur Reduktion von klimaschädlichen Emissionen und zur Anpassung an den Klimawandel. Insgesamt wurde bereits mit der Realisierung von 113 Maßnahmen begonnen. 27 weitere Maßnahmen sollen spätestens bis 2025 folgen. Das sind doch Maßnahmen und Aktivitäten im Klimaschutz, die diese Landesregierung heute schon betreibt. Der Ministerpräsident hat beschrieben, dass wir sogar noch mehr wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Die Landesverwaltung soll bis 2030 klimaneutral werden. Rund 236.000 t CO₂ sollen hier eingespart werden. Wir wollen weniger Emissionen bis 2030

(Zuruf AfD: Zu welchen Kosten?)

und Klimaneutralität bis spätestens 2045. Mit diesen ambitionierten Zielen im Vergleich zu 1990 ist auch klar: Wir müssen unsere Emissionen in Hessen noch schneller reduzieren als bisher, um ein klimaneutrales Land zu werden. Dafür entwickeln wir gerade den Klimaschutzplan 2025 weiter.

Wenn ich den Zwischenruf von der rechten Seite aufgreifen darf: Was kostet das? – Dazu kann ich Ihnen nur sagen: All das, was wir zurzeit beobachten, nämlich Starkregen, Überflutungen, die Entwaldung großer Bereiche usw., ist wesentlich teurer als das, was wir hier in die Zukunft unseres Landes und in die Zukunft unserer Kinder investieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Andreas Lichert (AfD): Der integrierte Klimaschutzplan sagt genau das Gegenteil, und das wissen Sie!)

Die Schäden an der Natur und an der Umwelt sind nicht zu übersehen. Die Bewältigung dieser Schäden erfordert schon heute große Kraftanstrengungen von uns.

(Zuruf Andreas Lichert (AfD))

Ich habe einiges genannt. Wir müssen die Anstrengungen aber noch weiter intensivieren.

(Zuruf Andreas Lichert (AfD))

– Kann man dieses – – Entschuldigung.

(Andreas Lichert (AfD): Nein, kann man nicht, weil wir in einer Demokratie leben! – Manfred Pentz (CDU): Das sagen genau die Richtigen! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Das Gute ist, wir leben in einer Demokratie, in der wir einen guten Umgang miteinander pflegen wollen. Ich wäre dankbar, wenn hier keine bilateralen Diskussionen oder Gespräche stattfinden würden, sondern wir Herrn Frömmrich ausreden lassen, der gerade das Wort hat und dieses von mir nun wieder erhält.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn man diesen braunen Tinnitus im Ohr hat, ist es etwas schwierig, weiterzureden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben Weiteres vor: die energetische Sanierung von Schulen, die energetische Sanierung unserer Universitäten, die Ertüchtigung von Heizanlagen. Wir wollen Fotovoltaik auf allen Neubauten haben. Wir wollen die geeigneten Dächer des Landes dafür nutzen. Das sind Maßnahmen, die wir uns im Klimaschutz vorgenommen haben und die wir jetzt zusätzlich umsetzen wollen. Also sagen Sie vielleicht einmal, was Sie im Klimaschutz auf der Tasche haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU – Stephan Grüger (SPD): Wir haben einen Gesetzentwurf auf der Tasche, den Sie abgelehnt haben!)

Der Wandel macht vor der Natur nicht halt. Unser hessisches Naturerbe ist vom Klimawandel bedroht. Mit einem modernen Naturschutzgesetz wollen wir dem Naturverbrauch Grenzen setzen und Kooperationen ermöglichen. Wir wollen die Verbindungen von Lebensräumen weiter ausbauen und vorantreiben. Wir wollen Biotopverbundsysteme. Das Grüne Band entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze wird zum nationalen Naturmonument und Herzstück dieses Biotopverbundes. Damit werden unsere hessischen Naturschätze wie der Nationalpark Kellerwald-Edersee, das Naturschutzgebiet Kühkopf, die Rhön oder die Flussauen der Wetterau durch ein lebendiges Netz miteinander verbunden, das Tieren im Klimawandel ein Überleben ermöglicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Die Naturschätze sind zugleich Raum für Erholung, Naturerlebnisse und Teil einer hessischen Identität. Wenn ich aber diese Zwischenrufe höre und wahrnehme, wie man sich hier zum Teil mit Klima- und Naturschutz auseinandersetzt, dann erkennt man, dass Sie mit dem nichts am Hut haben, was die einen als Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die anderen als Bewahrung der Schöpfung bezeichnen, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf AfD: Sie zerstören gerade alles!)

Der Ministerpräsident hat gesagt, und ich will das unterstreichen: Hessen ist ein starkes Land im Herzen von Europa. Wir haben eine starke Wirtschaft, trotz des Krieges in der Ukraine und trotz der Pandemie. Dennoch sind die Herausforderungen der Transformation gewaltig. Der Ministerpräsident hat das ausgeführt. Die Umbrüche und die Veränderungen im Bereich der Mobilität sind gewaltig. Der Abschied vom Verbrenner und der Umstieg auf Elektromobilität haben natürlich Auswirkungen auf kleine und mittelständische Unternehmen.

Der Anpassungsdruck ist groß, die Chancen durch den technologischen Wechsel sind es aber auch. Das vernetzte Fahren und die Automatisierung der elektrischen Antriebe bieten auch Chancen. Wir haben innovative Unternehmen. Wir haben kluge Menschen in Forschung und Wissenschaft. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Transformation gelingen wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Einiges wurde schon erwähnt. Der Umbau in Rüsselsheim, das VW-Kompetenzzentrum in Baunatal, Daimler mit Nutzfahrzeugen in Kassel und Akasol in Darmstadt, das sind alles Themen, die wir in unserem Land anpacken. Sie bringen unser Land und den Transformationsprozess nach vorne.

Das Herz der neuen vernetzten, digitalen und innovativen Mobilität soll in Hessen schlagen. Ob Bus, Bahn oder Flugzeug, ob zu Fuß, mit dem Auto oder mit dem Fahrrad, die Verkehrswende soll bei uns gedacht und realisiert werden. In unserem starken Land wird an den Lösungen und den Konzepten für die Mobilität der Zukunft gearbeitet. Das soll auch so sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Das House of Logistics & Mobility in Frankfurt ist ein Beispiel dafür, dass an diesen Themen schon intensiv gearbeitet wird. Im HOLM treffen Menschen aus Unternehmen, Start-ups, Hochschulen, Verbänden und politischen Institutionen aufeinander. Sie treiben gemeinsam die innovativen Projekte voran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an der Verkehrswende wird bei uns in Hessen doch schon intensiv gearbeitet. Ich will das noch einmal in Erinnerung rufen. Wir haben das Thema schon letzte Woche einmal gehabt.

Die Flatrate-Tickets leisten einen großen Beitrag zur Verkehrswende und damit zum Klimaschutz. Das Hessenticket für die Beschäftigten des Landes, das Semesterticket, das Schülerticket Hessen und das Senienticket Hessen sind einmalig und werden gerade von anderen kopiert. Das ist ein großer Schritt für die Verkehrswende, den wir hier machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

50 % der Hessinnen und Hessen haben bereits Zugang zu diesen Tickets. Diese Tickets gibt es in dieser Form in keinem anderen Bundesland.

Wir wollen da als Land weiter vorangehen. Wir wollen ein Kommunalticket für die in den Kommunen Beschäftigten. Wir wollen das in den gemeinsamen Gesprächen über die Finanzierung mit den Verkehrsverbänden und den Kommunalen Spitzenverbänden vorantreiben. Das heißt, dass wir auch dafür einen Plan haben. Den Plan, den Sie haben, haben Sie uns vorenthalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich jedenfalls habe ihn nicht gehört.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Genau so, wie ich es eben gerade beschrieben habe, geht die Verkehrswende. So geht der Klimaschutz.

Ich will noch die größte Wasserstoffflotte Deutschlands erwähnen, die noch in diesem Jahr im Schienenverkehr im Taunus in Dienst gestellt werden wird. Betrieben wird sie mit Wasserstoff aus dem Industriepark Höchst.

Ich will noch die weltweit größte Pilotanlage für synthetisches Kerosin im Industriepark Höchst in Frankfurt in Erinnerung rufen. Damit gehen wir in Hessen einen großen Schritt voran, um die Klimaneutralität auch für diesen Verkehrssektor zu ermöglichen. Wir stärken damit den Standort beim Übergang zum klimafreundlichen Wirtschaften.

Immer noch entfällt ein Viertel des gesamten Energieverbrauchs in Hessen auf das am Frankfurter Flughafen vertankte Kerosin. Deswegen sind diese Maßnahme und diese Pilotanlage in Frankfurt so wichtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Sie sehen also: Wir haben eine Idee, und wir haben einen Plan, wie die Transformation in den verschiedenen Politikbereichen in Hessen angegangen werden soll. Ich habe verschiedene Bereiche schon skizziert. Wir haben die Expertise für den Radverkehr bei Hessen Mobil aufgebaut. Wir haben die Mittel für den Radwegebau von 4 Millionen € auf 17 Millionen € erhöht. Drei Schienenwege befinden sich in der konkreten Planung zur Reaktivierung. Für weitere elf Strecken laufen die Voruntersuchungen und die Machbarkeitsstudien. Die Reaktivierung der Kurhessenbahn zwischen Frankenberg und Korbach macht Schule.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Die Menschen nehmen dieses Angebot wahr. Wer beispielsweise am vergangenen Wochenende bei schönem Wetter und einem gefüllten Edersee auf dem Pfingstmarkt in Frankenberg die Züge betrachten konnte, sieht, dass die Menschen einsteigen und diese Möglichkeit nutzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so sieht die Verkehrswende aus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Gute und zuverlässige Verkehrsverbindungen unterschiedlicher Verkehrsträger sind auch elementar für den ländlichen Raum. Busse und Bahnen, Anrufsammeltaxis, Radwege, Sharing-Angebote, Mobility on Demand und Flatrate-Tickets müssen auch im ländlichen Raum als Angebote bereitgestellt werden.

Wir machen in Hessen die Infrastruktur für die Zukunft fit. Dabei geht es um Busse, Bahnen, das Fahrrad, aber auch den Landesstraßenbau. In diesem Jahr wird dafür so viel Geld wie noch nie ausgegeben werden. Für die Sanierung hessischer Landesstraßen sind 150 Millionen € vorgesehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wenn Sie noch im Wirtschaftsministerium wären, würden Sie Feuerwerke abbrennen.

Diese Landesregierung macht beides. Sie macht sowohl hinsichtlich des Individualverkehrs ihre Hausaufgaben als auch hinsichtlich des öffentlichen Personennahverkehrs und des Fahrradverkehrs. Da investieren wir. Das ist zukunftsgerichtete Mobilitätspolitik, die von dieser Landesregierung gemacht wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Menschen haben in der Zeit der Corona-Pandemie den ländlichen Raum und seine Vorzüge entdeckt. Die Digitalisierung ist eine große Chance, die Wiederentdeckung des ländlichen Raums zu verfestigen. Das Homeoffice während der Pandemie hat gezeigt, dass es auch Arbeitsmodelle gibt, die einen nicht jeden Tag an den Arbeitsplatz zwingen. Dafür brauchen wir gute und stabile Internetverbindungen.

Das Land unterstützt den Ausbau und diese Maßnahmen durch die Bereitstellung erheblicher Finanzmittel. Hessen

befindet sich hinsichtlich der Versorgung im oberen Feld. Das, was Sie hier erzählen, entbehrt jeder Realität.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Auf dem Weg, die Transformationsprozesse zu gestalten, wollen wir keinen zurücklassen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass diejenigen mitgenommen werden, die es jetzt schon schwer haben. Sie sind nicht oder nicht immer auf der Sonnenseite des Lebens zu Hause.

Auch da haben wir in den vergangenen Jahren eine Vielzahl Maßnahmen ergriffen und haben noch vieles vor. Als Beispiel will ich das Sozialbudget erwähnen, das diese Koalition geschaffen hat. Das Sozialbudget hat mehr als 55 Förderpositionen und ist mit 120 Millionen € ausgestattet. Es wächst jährlich um 3 Millionen €.

Mit dem Sozialbudget werden beispielsweise die Förderung der Frauenhäuser, die Beratungsstellen für Opfer sexuellen Missbrauchs, die Schuldnerberatung, die Gemeinwesenarbeit, die Suchthilfe, das Integrationsprogramm WIR, die Sprachförderung in den Kindergärten, die Beratungsstellen für Familien und die Familienzentren finanziert. Der Hessische Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt wird aus diesen Mitteln finanziert. Dieses Sozialbudget ist doch ein Beispiel dafür, dass man das, was den Kitt in unserer Gesellschaft ausmacht, zusammenführt und eine verlässliche Finanzierung dafür bereitstellt. Das muss doch vielleicht auch die Opposition einmal anerkennen.

Wir haben Rekordinvestitionen für bezahlbaren Wohnraum. Wir haben eine Trendumkehr bei der Zahl der Sozialwohnungen geschaffen. Jahr für Jahr werden in Hessen mehr Sozialwohnungen gebaut. Der Ministerpräsident hat es gesagt. Herr Kollege Rudolph hat offensichtlich nicht zugehört.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Im Promillebereich!)

– Bei den LINKEN ist es eher so, dass sie in Berlin, wo sie Verantwortung tragen, 60.000 sozial gebundene Wohnungen verkauft bzw. verschleudert haben. Jetzt überlegt eine neue Regierung, für viel Geld diese Wohnungen, die verschleudert wurden, zurückzukaufen. Herr Kollege Schalauske, von Ihnen brauchen wir keine Nachhilfe hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Unruhe – Glockenzeichen – Jan Schalauske (DIE LINKE): Wie viele Wohnungen haben die GRÜNEN verkauft?)

Gute Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir haben in den vergangenen Jahren die wichtigen Weichen für die Chancengleichheit in der Bildungspolitik gestellt. Wir stärken mit verschiedenen Programmen die Schulen, die aufgrund ihres Umfelds mit besonderen Herausforderungen zu kämpfen haben.

Wir investieren in den Ausbau des Ganztagsschulprogramms, in die Schulsozialarbeit, in den Aufbau multiprofessioneller Teams und in die Verwirklichung der Inklusion. Seit 2014 haben wir 10 % mehr an Stellen für zusätzliche Lehrkräfte an hessischen Schulen geschaffen. Das sind 5.200 Stellen. Herr Kollege Rudolph, da kann man doch nicht allen Ernstes sagen, dass die Schulpolitik und die Bildung keine Schwerpunkte dieser Regierung seien.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Günter Rudolph (SPD): Doch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Zahl der Studienplätze in den Mangelbereichen Grundschullehramt um 345 Plätze und Förderschulamt um 135 Plätze erhöht. Mit verschiedenen Weiterbildungs- und Quereinsteigermöglichkeiten begegnen wir dem bundesweiten Lehrermangel.

Wir bauen unser Ganztagsschulprogramm konsequent aus. Seit 2014 haben wir fast 2.500 zusätzliche Stellen für die Ganztagsangebote geschaffen. Das ist eine Steigerung um knapp 150 %. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, das nehmen Sie einfach nicht zur Kenntnis.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir haben die vom Land geförderte Schulsozialarbeit eingeführt und inzwischen fast 1.000 Stellen dafür geschaffen. Dort arbeiten multiprofessionelle Teams zusammen und ermöglichen den Schülern ganz besondere Förderung.

Wir haben die Zahl der Lehrkraftzuweisungen für Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Sozial- und Integrationsindex noch einmal verstärkt. Insgesamt wurden dort 800 Stellen zusätzlich geschaffen.

Wer mit dieser Landesregierung die Diskussion über die Zukunft dieses Landes und über die Zukunft der Bildungspolitik führen will, der sollte vielleicht einmal ein eigenes Konzept vorlegen, das zeigt, wie er diesen Herausforderungen eigentlich begegnen will. Herr Kollege Rudolph, mit Überschriften kann man das eben nicht machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir werden weiterhin pro Schuljahr mindestens 350 zusätzliche Stellen für das Ganztagsschulprogramm zur Verfügung stellen. Angesichts des ab 2026 bundesweit geltenden Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung werden wir diese Mittel verstärkt für die Grundschulen einsetzen.

Mit dem Pakt für den Nachmittag haben wir in Hessen bereits vor den Entscheidungen auf der Bundesebene die Weichen in diese Richtung gestellt. Ich kann mich noch daran erinnern, dass Sie kritisiert haben, was wir da alles gemacht haben. Heute machen wir schon das, was der Bund erst einführen will. Sie sagen, wir hätten keinen Plan für die Zukunft. Diese Landesregierung hat einen Plan für die Zukunft, auch für die Bildung in Hessen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Gleichzeitig werden wir den Ausbau der Ganztagsangebote an den weiterführenden Schulen vorantreiben. Da werden wir einen Schwerpunkt auf das Ganztagsangebot im Profil 3 legen, da die Lern- und Übungszeiten mit einem rhythmisierten Konzept besonders effektiv entwickelt werden können.

Unser Ziel ist es, jedes Schuljahr 50 weiterführende Schulen mit dem Profil 3 zu fördern. Hierfür wird das Kultusministerium eine besondere Stellenzuweisung schaffen. Ich finde, das ist eine hervorragende Entscheidung. Man sieht, dass wir, was die Ganztagschule angeht, handeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir haben hinsichtlich der Kinderbetreuung in den vergangenen Jahren bereits gemeinsam mit dem Bund 340 Millionen € für die Sanierung und den Bau bereitgestellt. Es besteht aber immer noch ein Bedarf an Plätzen. Wir wollen mit den Kommunen einen Dialog über die Fra-

ge führen, wie wir zukünftig eine ausreichende Zahl an Betreuungsangeboten in den Kindertagesstätten und den Grundschulen bereitstellen können.

Das Thema ist eine Herausforderung. Es geht um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und um die Geschlechtergerechtigkeit. Wir brauchen da den Dialog mit den Kommunen, um zu einer guten und tragfähigen Lösung zu kommen.

Weiterhin wollen wir die praxisintegrierte Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ausweiten. Der Ministerpräsident hat das ausgeführt. Das betrifft das Jahr 2023 und das Ausbildungsjahr 2024. Es soll 600 zusätzliche Plätze im Ausbildungsjahr 2022/2023 und 1.000 zusätzliche Plätze im Ausbildungsjahr 2023/2024 geben. Damit begegnet man gerade dem, worüber wir alle reden, nämlich dem Mangel an Erzieherinnen und Erziehern in unseren Kindertagesstätten. Dem werden wir mit diesem Programm begegnen. Ich finde, das ist wirklich sehr zukunftsweisend.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres wichtiges Thema, das angesprochen wurde, ist mit Sicherheit die Versorgung mit Krankenhäusern in unserem Land. Wir haben in der Vergangenheit eine ganze Menge für diesen Bereich getan. Ich will hier nur einmal erwähnen, dass selbst die Krankenhausgesellschaft sagt, dass Hessen in diesem Bereich vorbildlich finanziert.

(Günter Rudolph (SPD): Was?)

Wir haben, glaube ich, in den letzten Jahren die Investitionssumme auf 300 Millionen € verdoppelt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen mir erst einmal die Länder zeigen, die in diesem Bereich so viel Geld in die Hand nehmen wie das Land Hessen. Das können Sie nämlich nicht. Deswegen machen Sie das hier auch nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir merken es alle: Die Krankenhausversorgung ist ein Thema, das die Menschen umtreibt. Viele Menschen wollen wissen: Was passiert eigentlich mit mir, wenn ich einen Notfall habe? Wo komme ich ins nächste Krankenhaus? Diese Frage beschäftigt insbesondere die Menschen im ländlichen Raum. Da gibt es nicht die Angebotsbreite, die man hier im Ballungsraum hat. Deshalb brauchen wir eine noch tiefer gehende Analyse zur Krankenhausversorgung. Wir brauchen eine bessere Identifizierung von Über-, Unter- oder Fehlversorgung. Wir brauchen eine Bedarfsprognose für die Zukunft, die die Erfahrungen der Pandemie mit einbezieht, und dazu einen Krankenhauspipfel,

(Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten):
Aber darum geht es nicht! – Weitere Zurufe Freie Demokraten)

um alle Akteure an einen Tisch zu bekommen. Das sollte doch auch die Zustimmung der Opposition in diesem Hause finden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU –
Unruhe – Glockenzeichen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren viel geleistet. Sie haben bis zur Erschöpfung, bis an die Belastungsgrenze gearbeitet. Wir sind es ihnen jetzt schuldig, die Schlussfolgerungen dar-

aus zu ziehen und das, was dort nicht gut gelaufen ist – auch was die Frage der Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen angeht –, neu aufzustellen und neu zu regeln.

Deswegen ist der Vorschlag, hier eine eigene Behörde zu schaffen, eine wirklich zukunftsweisende Entscheidung. Ein Landesamt für Gesundheit zu schaffen, bringt die verschiedenen Ebenen im Bereich der Gesundheit zusammen und verhindert Reibungsverluste. Ich glaube, dass das eine gute Initiative ist, die wir hier vorlegen. Ich hoffe, dass das Ihre Unterstützung findet, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Alle Transformationsprozesse, die wir hier ansprechen, verlangen, dass wir kluge Wissenschaftler und eine gute Forschung haben. Wir haben es bei den erneuerbaren Energien, bei der Antriebstechnik, beim klimastabilen Waldumbau, bei der Landwirtschaft auch damit zu tun, dass Wissenschaftler und Forscher uns Antworten darauf geben müssen, wie wir die Herausforderungen der Zukunft richtig managen können.

Wir haben hier ein starkes Pfund mit dem Hochschulpakt, den wir für 2021 bis 2025 aufgesetzt haben: 11,5 Milliarden € werden den Hochschulen zur Verfügung gestellt. Es ist bundesweit einmalig, dass wir hier eine Steigerung von 4 % vorgesehen haben. Das Land hat mit den Hochschulen zugleich verbindliche Ziele für die Qualität und die Bedingungen in Lehre und Forschung beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Bereich der Hochschulpolitik haben wir mit den HAWen eine ganze Menge unternommen. Wir haben den Zugang zu den Hochschulen erleichtert. Bei uns kann man als Meister an der HAW studieren. Das gibt es, so glaube ich, nur in wenigen anderen Ländern.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Warum wohl?)

Und wenn, dann haben sie es von Hessen nachgemacht. Das ist auch fortschrittlich, was die Zukunft und die Bereitstellung von Fachkräften und von wissenschaftlichem Potenzial in diesem Land angeht. Deswegen wollte ich auch das noch einmal kurz erwähnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU –
Zuruf Stephan Grüger (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen also, wir haben in den vergangenen acht Jahren viel auf den Weg gebracht. Wir haben viele Dinge initiiert oder verändert, weil Veränderung nötig ist, weil das Anpacken von Zukunftsfragen mit Veränderungen einhergeht und wir die Menschen auf diesem Weg mitnehmen wollen.

Der Ministerpräsident hat gesagt: Hessen ist Heimat für Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, unterschiedlicher Ethnien, unterschiedlicher Religionen, Kulturen und sozialer Bezüge. Hessen ist Offenheit und Vielfalt. – Ministerpräsident Georg August Zinn hat schon gesagt: „Hesse ist, wer Hesse sein will.“ Er richtete 1961 diese Worte an die Geflüchteten und Heimatvertriebenen.

Heute stehen wir vor einer ähnlichen Situation, geflüchteten und vertriebenen Menschen Schutz und Heimat zu geben. Wir haben im Bereich der Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts einiges auf den Weg gebracht. Wir wollen aber mehr: CDU und GRÜNE haben sich ver-

abredet, noch in dieser Wahlperiode ein Integrationsgesetz auf den Weg zu bringen,

(René Rock (Freie Demokraten): Da müsst ihr euch aber beeilen!)

das einen institutionellen Rahmen für Zusammenhalt, Zusammenleben, Respekt und gutes Miteinander schafft. Ich finde, das ist eine gute Initiative, die wir da auf den Weg bringen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir wollen ein eigenes hessisches Landesaufnahmeprogramm auf den Weg bringen. Der Ministerpräsident erwähnte es: Aber dafür müsste Kollegin Faeser, die Bundesinnenministerin, ihre abwartende Haltung gegenüber solchen Landesprogrammen endlich aufgeben.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Das war doch Seehofer!)

Vielleicht können Sie das Gespräch suchen.

Wir wollen Regelungen für den Chancen-Aufenthalt schaffen. Wir wollen, wie andere Bundesländer, möglichst schnell an den Start. Auch da müsste der Bund schnell in die Puschen kommen, damit wir dieses humanitäre Angebot auch in Hessen leisten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat die Regierungserklärung mit dem Titel „Sicherheit in unsicheren Zeiten“ überschrieben. Sicherheit ist elementar für Freiheit, für Demokratie. Der Rechtsstaat schützt uns vor staatlicher Willkür, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen. Eine gute, leistungsfähige Justiz, eine gut ausgebildete und dem Rechtsstaat verpflichtete Polizei garantieren Rechtsstaatlichkeit und den Schutz unserer Grundrechte. Daran darf es keinen Zweifel geben.

(Stephan Grüger (SPD): Doch!)

Es darf keinen Zweifel an der Verfassungstreue von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in unserem Land geben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die überwiegende Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten leistet Großartiges für unser Land. Klar ist aber auch: Wer nicht verfassungstreu ist, wer Menschen bedroht, diskriminiert, wer ausländerfeindliche, menschenfeindliche Hetze in Chats betreibt oder verbreitet, kann nicht Teil der hessischen Polizei sein. Das muss man ganz deutlich von diesem Pult aus sagen: Diese Leute gehören nicht zur hessischen Polizei.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir wollen die guten Vorschläge, die im Abschlussbericht der Expertenkommission gemacht worden sind, schnellstmöglich umsetzen. Wir wollen ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen, wo wir die Dinge zusammen fördern, die wir in diesem Bereich schon machen. Hessen stellt für den Bereich Extremismusprävention jetzt schon rund 10 Millionen € zur Verfügung. – Der Kollege Rudolph hat es, glaube ich, vorhin überhört.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe versucht, einmal deutlich zu machen, was wir in den letzten achteinhalb Jahren hier schon auf den Weg gebracht haben. Dem einen oder anderen ist es entgangen. Er wollte es nicht wissen, oder er war vielleicht nicht so aufnahmebereit für das, was

wir hier in Hessen politisch schon auf den Weg gebracht haben. Man kann das alles nachlesen – ich kann es nur empfehlen. Ich habe das zur Vorbereitung auch noch einmal selbst gemacht. Aber sich hierhin zu stellen und so zu tun, als habe in Hessen achteinhalb Jahre keine fortschrittliche, keine zukunftsweisende Politik stattgefunden, das ist einfach aus einer anderen Welt. Über welches Land reden Sie eigentlich?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Lieber Herr Kollege Frömmrich, Sie müssen zum Schluss kommen.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Und wir wollen noch mehr machen. Wir wollen Klimaschutz in allen Bereichen umsetzen, wir wollen die CO₂-neutrale Landesverwaltung, wir wollen eine CO₂-neutrale Hochschullandschaft, Naturschutzgesetz, Wiederaufforstung, Ausbau bei Windenergie, Fotovoltaik auf allen Dächern, Kommunalticket, klimaneutrale Mobilität, Landesgesundheitsamt, Krankenhausgipfel, Ausbau der praxisintegrierten Vergütung bei Erzieherinnen, Demokratiefördergesetz, mehr soziale Wohnungen, eigenständige Programme für die Ganztagschule im Profil 3,

(Zuruf: Noch mehr?)

Integrationsgesetz, Landesaufnahmeprogramm.

(René Rock (Freie Demokraten): Sie wiederholen sich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht nur so, dass wir viel gemacht haben, sondern wir haben in diesem Land auch noch viel vor. Diese Regierung wird dieses Land in die Zukunft leiten. Ich glaube, wir haben dafür ein sehr gutes Programm, einen guten Plan. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Frömmrich. Das war ein beeindruckender Schlusssatz; er war sehr lang – das muss ich sagen –, aber alle Achtung.

Dann darf ich auf der Tribüne unsere langjährige Kollegin Sigrid Erfurth begrüßen. Liebe Sigrid, herzlich willkommen bei uns.

(Beifall)

Jetzt kommt der Fraktionsvorsitzende der AfD, Kollege Lambrou. Bitte sehr.

Robert Lambrou (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Je enger die politische Beziehung der CDU mit den GRÜNEN wird,

... umso mehr wird sich indes in gesellschaftspolitischen Fragen, Energiepolitik, Migration, innerer Si-

cherheit eine rechte Flanke bei der CDU öffnen, in die eine freiheitlich-konservative Partei stoßen kann.

(Beifall AfD)

Das ist ein Zitat von Dieter Stein, dem Chefredakteur der „Jungen Freiheit“ aus der Ausgabe vom 27. Mai dieses Jahres.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Boris Rhein, wir sehen in Ihrer Regierungserklärung einige Punkte, die wir als bürgerlich-konservativ-freiheitliche Partei positiv sehen, aber auch viele Punkte, die wir kritisch bewerten. Was Sie hier vorgetragen haben, hörte sich stellenweise geradezu wie eine Liebeserklärung an die GRÜNEN an.

(Beifall AfD)

Passen Sie auf, dass wir durch diesen Schmusekurs der CDU nach der Landtagswahl 2023 nicht am Ende einen grünen Ministerpräsidenten bekommen. Die CDU macht grüne Ideologie in Hessen salonfähig.

(Beifall AfD)

Kommen wir zur Klimapolitik. Herr Ministerpräsident, Sie haben die Klimapolitik als den Mittelpunkt Ihrer Politik bezeichnet. Wenn man das hört, weiß man, wer Ihnen die Feder geführt hat. Das, was Sie – und natürlich Ihr grüner Koalitionspartner – unter Klimaschutz verstehen, ist das – und das muss in diesem Hause einmal benannt werden –, was nun zu Preissteigerungen auf allen Ebenen führt und die Versorgungssicherheit gefährdet.

(Beifall AfD)

Das ist nicht im Sinne der Bürger Hessens. Sie sollten und Sie müssen zu einer klaren Sicht auf die Dinge zurückfinden. Das sogenannte Weltklima wird nicht von Hessen aus gerettet. Die Wahrheit ist: Es kann überhaupt nicht gerettet werden. Beenden Sie diese Anbiederung an die GRÜNEN.

(Beifall AfD)

Der sogenannte Klimaschutz und die sogenannte Energiewende sind dabei leider untrennbar miteinander verbunden. Es gibt in Hessen keine systematische Erfassung der geplanten und realisierten CO₂-Einsparungen sowie deren Kosten durch die Landesenergieagentur. Wie kann das eigentlich sein bei diesen irren Beträgen? – Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Man mutet den Bürgern eine Belastung nach der anderen im Namen des Klimaschutzes zu und ist dann nicht in der Lage, eine Erfolgskontrolle für das eigene Handeln zu schaffen. Diese fahrlässigen Blindflüge bei einem besonders für Sie als zentral bezeichneten Thema sollten dringend der Vergangenheit angehören. Und zur Erfolgskontrolle der teuren Klimaschutzmaßnahmen haben wir von Ihnen heute leider gar nichts gehört.

(Beifall AfD)

Hören Sie endlich auf, auf die ideologiegetriebene Politik der GRÜNEN zu hören. Ihr Klimaschutz bedeutet bisher nichts anderes als eine massive Umverteilung von unten nach oben. Die AfD ist die Partei der Normal- und Kleinverdiener, und wir kündigen hier entschiedenen demokratischen Widerstand gegen diese Pläne an.

(Beifall AfD)

Kommen wir zur Krisenprävention. Der Schutz der Bevölkerung ist auch der Alternative für Deutschland sehr wichtig. Das sieht man z. B. auch bei den Pandemien. Leider sagt Ministerpräsident Boris Rhein nichts davon, dass der hessische Pandemieplan aus dem Jahr 2007 ist. Spätestens mit der Corona-Krise hätten Sie ihn anpassen müssen. Auch dazu haben wir in der Regierungserklärung nichts gehört. Die Bevölkerung hat das Recht, bei zukünftigen Krisen so gut wie möglich geschützt zu werden – und auch dafür sind Sie verantwortlich.

Es ist höchst fahrlässig, den eigenen Pandemieplan weder anzupassen noch anzuwenden. Generell haben wir zum Thema Corona in Ihrer Regierungserklärung fast gar nichts gehört. Das fällt auf. Schauen wir doch einmal, welche Maßnahmen wieder völlig überraschend auf uns zukommen.

(Beifall AfD)

Die Tragweite Ihres Nichthandelns sehen wir auch an Corona. Während sich die hessische Regierung wie auch die Bundesregierung auf Impfungen konzentriert hat, haben wir als AfD-Fraktion im Hessischen Landtag sehr früh und sehr klar gesagt, dass der Pandemieplan beachtet werden muss und dass wir auch Nebenwirkungen, Langzeitfolgen und Langzeitschäden bei den Impfungen sehen werden. Genau das ist auch eingetreten.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, der zentrale Satz in der Pandemiepolitik lautet: Kranke müssen behandelt werden, nicht aber Gesunde. – Das ist der Kardinalfehler Ihrer Corona-Politik.

(Beifall AfD)

Und der zweite meldet sich bereits an: Bundesgesundheitsminister Lauterbach will am liebsten sofort die Corona-Maßnahmen für den Herbst festzurren und hat Impfstoff ohne Ende gekauft, und das – das ist der entscheidende Punkt –, bevor überhaupt die dafür angestrengte Evaluierung abgeschlossen ist.

(Beifall AfD – Andreas Lichert (AfD): Hört, hört!)

Die Pandemie hat uns gezeigt – das ist ein weiterer Aspekt –, wie Grundrechte der Bürger binnen Stunden suspendiert werden. So sagte der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier – Zitat –:

Recht und Gerechtigkeit zerbröckelten zunehmend. Er sehe bei den politischen Entscheidungen im Land eine zunehmende Umgehung geltender Gesetze.

(Beifall AfD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben einen Satz in Ihrer Regierungserklärung gesagt, den ich zitieren möchte:

... ein Staat, der seine Regeln nicht durchsetzt, verliert an Vertrauen.

Ich ergänze diesen Satz und sage: Ein Staat, der seinen Bürgern unnötig Freiheitsrechte entzieht, um von seinem eigenen Teilversagen abzulenken, verliert an Vertrauen.

(Beifall AfD)

Der Ministerpräsident muss aus unserer Sicht bei neuen Maßnahmen aus Berlin bremsen und mit Vernunft und Besonnenheit – „Besonnenheit“ ist ein Lieblingswort der CDU – die ganze Gesellschaft im Auge behalten.

Kommen wir zum Thema innere Sicherheit. Der Titel Ihrer Regierungserklärung lautet: „Sicherheit in unsicheren Zeiten“. Dieser Titel gefällt uns. Unser Wahlprogramm zur Landtagswahl 2018 lautet übrigens: „Hessen. Aber sicher!“

(Beifall AfD)

Wir freuen uns, dass mit vierjähriger Verspätung dieser Gedanke, wie zentral Sicherheit ist,

(Volker Richter (AfD): Von uns übernommen wurde!)

im Bewusstsein der Bürger und auch in der Landesregierung angekommen ist. Gerade im Rhein-Main-Gebiet weiten sich immer mehr No-go-Areas aus. Es ist nicht so, dass wir sie verhindern müssen; es gibt sie bereits. Sie dürfen nur nicht mehr werden. 2021 waren – das gehört mit zur Wahrheit – ein Drittel der bundesweit Tatverdächtigen Ausländer; in Frankfurt sind es sogar zwei Drittel. In der Gewaltkriminalität sind ausländische Verdächtige laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2021 stark überrepräsentiert.

(Beifall AfD)

Dem Landtag muss bewusst werden, dass die Kriminalstatistik eine Hellfeldstatistik ist und keine Aussagen über die tatsächliche Kriminalität trifft. Entsprechend sind auch keine oder wenige belastbare Aussagen zur tatsächlichen Sicherheitslage im Land möglich.

(Beifall AfD)

Auch Annahmen zur Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, lassen sich seriös aus den Zahlen der Statistik aus unserer Sicht nicht ableiten. Der Landtag muss deshalb die Landesregierung auffordern – denn sie tut es nicht –, eine klassische Dunkelfeldstudie zur Feststellung der tatsächlich bestehenden Kriminalitätslage in Hessen in Auftrag zu geben, um eine möglichst realistische Einschätzung der Sicherheitslage sowie des Gefahrenpotenzials, Opfer von Kriminalität zu werden, vornehmen zu können. Auch das habe ich in der Regierungserklärung vermisst.

(Beifall AfD)

Je nach Deliktfeld werden bis zu 94 % der Straftaten nicht zur Anzeige gebracht. Daneben sehen wir in der Statistik teilweise stark gestiegene Fallzahlen, z. B. Bedrohungen plus 30 %, Angriffe auf Polizeikräfte plus 20 %, Angriffe auf Rettungskräfte sogar plus 60 %, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung plus 30 %, Sprengung von Geldautomaten plus 90 %.

Meine Damen und Herren, No-go-Areas und Kriminalität sind ein und dasselbe Problem. Dem Ministerpräsidenten und ehemaligen Innenminister müsste es also leichtfallen, hier zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.

Wir begrüßen die Aussage, dass es bei der Bekämpfung von Extremismus um jede Art von Extremismus geht, also Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus. Was uns auch gut gefällt, ist die klare Unterstützung für die Polizei. Aber eine Frage muss erlaubt sein. Sie haben betont, dass wir in Kürze mehr als 16.000 Polizisten haben werden; so viele waren es noch nie. Die Frage ist: Warum brauchen wir eigentlich mittlerweile so viele Polizisten?

(Beifall AfD)

Dazu habe ich wenig gehört. Und ich möchte auch hier wieder aus der Regierungserklärung zitieren. Sie haben gesagt:

Deswegen wollen wir noch in diesem Jahr ein eigenes Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge auf den Weg bringen. Dabei schauen wir insbesondere auf die Situation in den Flüchtlingslagern in Jordanien, in Syrien und auf die Lage in Afghanistan.

Meine Damen und Herren, zur unangenehmen Wahrheit gehört, dass das Thema Sicherheit seit 2015 wegen der Masseneinwanderung auch in den Vordergrund gerückt ist. Ich möchte einfach nur Scholl-Latour zitieren, der gesagt hat: Wer halb Kalkutta aufnimmt, hilft nicht Kalkutta, sondern er wird zu Kalkutta.

(Beifall AfD)

Zum Waldaufbauprogramm. Wälder dienen als Naturerholungsgebiet und sind deshalb auch für Menschen sehr wichtig. Insofern begrüßen wir das Aufforstprogramm; denn anstatt die Wälder abzuholzen und durch Windräder zu ersetzen, brauchen wir in Hessen mehr Wälder.

(Beifall AfD)

Zur Unterstützung der Automobilwirtschaft und der Ankündigung, zu versuchen, die IAA nach Frankfurt zurückzuholen. Wenn der Ministerpräsident die Automobilwirtschaft unterstützen will, sehen wir das ganz klar als ein positives Signal für einen der größten deutschen Wirtschaftszweige. Die Arbeitsplatzsicherung kann nur mit einer starken Automobilindustrie in Hessen und in Deutschland gesichert werden. Es wäre in der Tat auch ein wichtiges Signal, wenn die IAA wieder zurück nach Hessen käme.

(Beifall Dr. Frank Grobe (AfD) – Volker Richter (AfD): Jawohl!)

Was aber hier heute nicht erwähnt wurde, ist, dass im Aufsichtsrat der Messe nicht nur als Vorsitzender der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann, SPD, saß, sondern zum Zeitpunkt dieses katastrophalen Verhaltens saßen dort auch Minister dieser Landesregierung von CDU und GRÜNEN.

(Beifall AfD)

Autobahnsperrungen für Fahrraddemos gegen die IAA hat ein schwarzer Innenminister genehmigt. Das heißt, der Beitrag der SPD war signifikant. Aber bitte nicht vergessen: Auch der von CDU und GRÜNEN war sehr nachhaltig für die Abwanderung der IAA.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, zur Unterstützung der Landwirtschaft bei der Strukturveränderung. Die kleinen Landwirtschaftsbetriebe müssen gestärkt werden; keine Frage. Die Flächenstilllegungen müssen ein Ende haben, wenn Hessen wieder eine starke Landwirtschaft haben will. Hier muss der Ministerpräsident in der Tat dringend auf das grüne Umweltministerium einwirken, da gerade die GRÜNEN sich immer wieder als der größte Feind einer sinnvollen und wirtschaftlich stabilen Landwirtschaft hervorgetan haben.

(Beifall AfD)

Die Landwirte müssen endlich wieder von ihren Erträgen leben können.

Zur Sicherung der Krankenhausversorgung insbesondere im ländlichen Raum sowie einer Verbesserung der Situation in der Pflege. Die Landesregierung hat sicherzustellen, dass die hessischen Krankenhäuser ihrem Versorgungsauftrag entsprechend den geltenden fachlichen Vorschriften nachkommen. Das tut sie nach unserer Ansicht nicht in ausreichendem Maße. Nach dem Verkauf von 49 % der Anteile an Helios durch die Stadt Wiesbaden im Jahr 2014 wurde dort massiv Pflegepersonal abgebaut. Infolge des Personalabbaus spitzte sich die Arbeitsbelastung für die verbliebenen Angestellten so weit zu, dass Betten und teils ganze Stationen nicht mehr belegt werden konnten und die Kinderklinik Patienten abweisen musste.

Die AfD fordert den Erhalt kommunaler Krankenhäuser, Kinderkliniken und Geburtsstationen. Es muss eine hochwertige Versorgung der hessischen Bürger sichergestellt werden – in den Städten und auch auf dem Land. Der Ministerpräsident hat hierzu einiges gesagt; wir sind gespannt, ob er es umsetzen kann. Denn das alles dürfte schwierig werden. Dazu habe ich heute erstaunlicherweise noch gar nichts gehört; denn rund 150 Millionen € fehlen allein den Krankenhäusern in Hessen in diesem Jahr nach Angaben der Landeskrankenhausgesellschaft HKG. Dabei ist die Landesregierung – also insbesondere Sie, Herr Ministerpräsident – im Rahmen des Sicherstellungsauftrags dazu verpflichtet, die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen zu gewährleisten.

(Beifall AfD)

Kommen wir zu den Punkten, die aus unserer Sicht unverzüglich umgesetzt werden müssen. Im Fachbereich Gesundheit: Sicherstellung der ärztlichen Versorgung, Haus-, Fach- und Kinderärzte besonders im ländlichen Raum, Verhinderung weiterer Privatisierung von kommunalen Krankenhäusern und Universitätskliniken zur Vermeidung von Monopolstellungen durch Private Equity sowie unsere Forderung der Erfüllung des Sicherstellungsauftrags durch die Landesregierung zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung.

Zu Ihren Ausführungen zur Justiz – mehr und besser bezahltes Personal –: Dass nun bei der homöopathischen Kabinettsumbildung Hessens höchster Richter, der Präsident des hessischen Staatsgerichtshofs, Herr Poseck, mal eben zur Exekutive überläuft, halten wir zwar für durchaus pikant, allerdings muss man ihm zugutehalten, dass ihm ein tadelloser Ruf als exzellenter Jurist vorausseilt, zumal er auch als einer der größten öffentlicher Kritiker seiner Vorgängerin im Amt galt, was durchaus für ihn spricht.

(Beifall AfD)

Äußerst spannend finden wir es auch, dass mit Boris Rhein ein parteiinterner Kritiker des Sondervermögens Ministerpräsident wurde und dieser den führenden Richter des Verfahrens auch noch zum Minister ernannt hat. Man darf also durchaus darauf hoffen, nicht noch weitere verfassungswidrige Gesetze von der Landesregierung vorgelegt zu bekommen, die wir, die AfD, dann wieder vor Gericht kippen müssen.

(Beifall AfD)

Herr Minister Poseck kann nun zeigen, dass er es besser kann: Mit der elektronischen Akte und der zeitgemäßen Ausstattung der Justizgebäude dürfte er die nächste Zeit gut beschäftigt sein. Außerdem muss er Lösungen für die immer dünner werdende Personaldecke der Justiz finden.

Kurz zur verfassungskonformen Beamtenbesoldung. Dass Ministerpräsident Rhein seine Beamten nun endlich verfassungskonform bezahlen möchte, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wir sagen: besser spät als nie. Eine echte Wahl haben Sie eigentlich auch nicht.

Dann eine Sache, die uns und auch vielen Bürgern in Hessen sehr wichtig ist, nämlich die effiziente und schnelle Rückführung von Personen ohne Bleiberecht. Mehrere Kleine Anfragen an die Landesregierung haben gezeigt, dass Asylbewerber auffallend oft straffällig wurden. Das gehört auch zu den unangenehmen Wahrheiten.

(Beifall AfD)

Das verdeutlicht, dass wir mehr Abschiebehaftplätze benötigen. Allein in den Jahren 2015 bis 2018 verzeichnete der hessische Landeshaushalt nur für die Erstaufnahmeeinrichtungen, Zahlungen nach dem Landesaufnahmegesetz und als Erstattung für unbegleitete minderjährige Ausländer Ausgaben in Höhe von rund 4,4 Milliarden €. Im Jahr 2019 betragen diese hessischen Zahlungen rund 386 Millionen €. Diese Zahlen machen deutlich, wie wichtig es ist, dass ausreisepflichtige Personen ausreisen und abschiebeunwillige Personen mittels Abschiebehaft zeitnah abgeschoben werden.

(Beifall AfD)

Das gipfelt in der Forderung, die wir seit Jahren in den Haushaltsberatungen bringen: Wir brauchen mehr Abschiebehaftplätze, Herr Ministerpräsident.

Wenn ich mir Ihre Regierungserklärung ansehe, finde ich eineinhalb Sätze zu diesem sehr wichtigen Thema. Ich möchte sie zitieren:

Außerdem ist im Sinne eines Ausgleichs von Humanität und Ordnung ... eine effiziente und schnelle Rückführung derer, die kein Bleiberecht haben, von Relevanz. Dies ermöglicht uns, die Akzeptanz der Regeln zu wahren, ...

Dass in einer Regierungserklärung, die fast 40 Minuten dauert, dieses Thema mit eineinhalb Sätzen behandelt wird, lässt ein ungutes Gefühl zurück.

(Beifall AfD)

Was wir nicht brauchen, ist die verstärkte Einwanderung in das deutsche Sozialsystem und damit offensichtlich teilweise auch in die Polizeiliche Kriminalstatistik.

(Beifall AfD)

Was wir dringend brauchen, ist ein kluges Einwanderungsgesetz, das die Einwanderung nach Bedarf und aufgrund qualitativer Kriterien regelt.

Kommen wir zu Verbesserung der Kindergarten- und Grundschulbetreuung. Durch eine Vielzahl parlamentarischer Initiativen wirkt die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag seit 2019 auf die Verantwortungsträger für die hessische Bildungspolitik diesbezüglich ein. Die Entscheidung für oder gegen eine Ganztagsbetreuung darf schulformübergreifend keine Frage des Einkommens sein. Wer seine Kinder im familiären Umfeld betreuen will, dem ist in diesem Fall ein finanzieller Ausgleich zu gewähren. Eltern, die sich zu einer freiwilligen schulischen Ganztagsbetreuung ihrer Kinder entschieden haben, ist zu garantieren, dass diese in pädagogisch hochwertiger Form erbracht wird.

Schule muss neutral sein. Ich sage es ganz klar: Schule ist kein Ort für politische Propaganda.

(Beifall AfD)

Im Sinne der Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses ist sicherzustellen, dass Schüler ihre unterschiedlichen Ansichten zu den Unterrichtsgegenständen ohne Furcht vor Sanktionen durch Lehrer oder Mitschüler darlegen können. Die hessische Bildungspolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte ist aus unserer Sicht durch gravierende Fehlentwicklungen gekennzeichnet: eklatanter Lehrermangel und eine daraus resultierende mangelhafte Unterrichtsversorgung, Lern- und Leistungsrückstände aufgrund der politisch verordneten unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen, prekäre Lehrer- und Angestelltenverhältnisse sowie eine marode Schul- und Hochschulinfrastruktur, sprich: die Gebäude.

(Beifall AfD)

Diese Entwicklungen sind die Folge jahrzehntelanger unterdurchschnittlicher Bildungsinvestitionen des Landes Hessen. Der Kernbereich der Bildung ist inzwischen von einer Gleichheitsideologie durchdrungen. Diese hat das Anforderungsniveau deutlich gesenkt und den Leistungsgedanken entwertet. Die inflationäre Vergabe guter und sehr guter Zensuren soll darüber anscheinend hinwegtäuschen.

(Beifall AfD)

Einseitige Orientierung an sogenannten Bildungsstandards sowie Kernkompetenzen führen zur Vernachlässigung des Erwerbs von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schüler. Auszubildende, die den Flächeninhalt eines Rechtecks nicht bestimmen können, und Studienanfänger, welche mit den Inhalten der deutschen Literaturklassiker nichts anzufangen wissen, sind betrübliche Resultate einer solchen verfehlten bildungspolitischen Schwerpunktsetzung.

(Beifall AfD)

Eine grundsätzliche Gegensteuerung ist daher dringend notwendig.

Darüber hinaus sprechen wir uns aufgrund seiner integrationshemmenden Wirkung gegen das Angebot eines bekenntnisorientierten Islamunterrichtes aus. Dazu haben wir leider in der Regierungserklärung auch nichts gehört. Wir haben gerade erst alle das Urteil zu DITIB vernommen. Sie wollten sich doch eigentlich für Rechtsicherheit Zeit lassen, um DITIB wirklich aus den Schulen herauszubekommen. Die Frage muss erlaubt sein: Können Sie oder wollen Sie DITIB nicht aus den Schulen heraushalten?

(Beifall AfD)

Wir fordern einen wahlobligatorischen christlichen Religionsunterricht, bei dem bei entsprechenden Schülerzahlen eine Konfessionswahl vorgesehen werden kann. Ein fundierter konfessionsfreier Ethikunterricht ist ein sinnvolles alternatives und rechtlich ausreichendes Angebot, welches den Bedürfnissen aller Religionsgemeinschaften an unseren staatlichen Schulen Rechnung trägt.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende meiner Rede und zu den schnöden Finanzen. Sie haben ein ganzes Arsenal an Strategien, Maßnahmen, Pakten und Program-

men angekündigt. Zur Finanzierung habe ich, glaube ich, nicht viel gehört, wenn überhaupt irgendetwas.

(Volker Richter (AfD): Gar nichts! Kein Wort!)

Wir begrüßen ausdrücklich Ihr Bekenntnis zur Schuldenbremse. Doch wir fragen uns natürlich, wie Sie die schönen Ankündigungen auch finanzieren wollen; denn, noch einmal, Sie verlieren leider kein Wort über die Gegenfinanzierung.

(Beifall AfD)

Sie sagen lediglich, dass alle vorgestellten Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Wissen Sie, Hessen ist das Land der Brüder Grimm. An der Stelle habe ich mir gedacht, Hessen ist auch das Land der Märchen. Denn Sie werden das meiste, was Sie hier angekündigt haben, wenn Sie die Schuldenbremse wirklich beachten wollen, schlichtweg nicht umsetzen können. Das gehört mit zur Wahrheit.

(Beifall AfD)

Jede neue Herausforderung oder Krise führte nämlich bisher zu einer weiteren Verschuldung. Am Ende unterblieben die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur und in die Menschen, um sich den nationalen und internationalen Herausforderungen erfolgreich stellen zu können.

Sehr geehrter Ministerpräsident Rhein, Sie saßen als Präsident des Landtages in den vergangenen Jahren in der ersten Reihe und konnten unsere Bemühungen, die hessische Regierung vor der verfassungswidrigen Handhabung des Haushaltes zu bewahren, daher sehr genau verfolgen. Der Auftrag, den man aus dem Urteil des Staatsgerichtshofs ableiten musste, war, die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse so weit wie irgend möglich einzuhalten. Auch in einer Stellungnahme des Rechnungshofes ist nachzulesen, dass aktuelle Krisen und die damit notwendigen Ausgaben erst einmal aus Einsparungen im Haushalt und durch Auflösung von Rücklagen zu finanzieren sind. Die Schuldenbremse darf nur bei großen Naturkatastrophen und bei anders vom Staat nicht mehr zu beherrschenden Entwicklungen ausgesetzt werden. Beides ist weder durch die Corona-Pandemie noch durch die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine gegeben.

(Beifall AfD)

Wir stellen allerdings mit Genugtuung fest, dass in der Regierungsmannschaft nun der Geist der Hessischen Verfassung und des Urteils des Staatsgerichtshofs vom 27. Oktober 2021 in der Person eines neuen Ministers vertreten ist. Damit sollten Ihnen und Ihrem Finanzminister Boddenberg Verfahren vor dem Staatsgerichtshof wegen verfassungswidriger Haushaltspolitik erspart bleiben. Man kann es auch so formulieren: Eventuell ist Herr Minister Poseck ein Aufpasser für den Finanzminister.

(René Rock (Freie Demokraten): Für die ganze Regierung!)

Da Ihnen die weitere Ausweitung der Schulden des Landes unter diesen Bedingungen verwehrt sein dürfte, ist die von Ihnen übernommene Aufgabe, wie ich schon vergangene Woche gesagt habe, gerade in finanziellen Fragen gewaltig.

Ich möchte hier noch einmal ein paar Sachen vorlesen, die Sie eben in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben. Sie haben gesagt:

Zur Finanzierung unserer Vorhaben halten wir an tragfähigen Staatsfinanzen fest. Wir bekennen uns zur Schuldenbremse. [Denn eine solide Haushalts- und Finanzpolitik ist ein Garant für Wohlstand, ein Bekenntnis zur Generationengerechtigkeit und die Voraussetzung für Sicherheit und Stabilität in Krisenzeiten.]

Dieses Zitat endet mit dem Satz:

Alle hier vorgestellten Maßnahmen können nur im Rahmen der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten durchgeführt werden; denn solide Finanzen sind und bleiben ein Markenzeichen der hessischen Politik.

Das höre ich gerne, alleine, glauben kann ich es angesichts der vielen Ankündigungen von teuren Förderprogrammen nicht; denn das passt nicht zusammen.

(Beifall AfD)

Sie werden sich für eines von beidem entscheiden müssen. Gilt diese Passage oder gilt „Schulden machen, als ob es kein Morgen gibt“?

Das leitet zu einer Passage gegen Ende Ihrer Regierungserklärung über, in der Sie sagten:

... diese Landesregierung hat eine Vorstellung davon, wie das Land Hessen in Zukunft aufgestellt werden muss und wie wir die Herausforderungen dieser Zeit bewältigen können.

Da möchte ich Ihnen noch einmal ins Stammbuch schreiben: Das gilt nicht nur in Bezug auf Ideen, wo man helfen und was man fördern kann, sondern es gilt auch in Bezug auf eine seriöse Gegenfinanzierung, zu der Sie nichts gesagt haben, Herr Ministerpräsident. Das fällt auf.

(Beifall AfD)

Übrigens würde nach unserer Auffassung sogar der Haushalt 2022 einer verfassungsgerichtlichen Überprüfung vor dem hessischen Staatsgerichtshof nicht standhalten. Hoffen Sie darauf, dass wir nicht erneut vor den hessischen Staatsgerichtshof ziehen.

Um Ihnen wieder die notwendigen Spielräume für die von allen Seiten als dringend notwendig anerkannten Investitionen zu verschaffen, bedarf es aus unserer Sicht einer strikten Priorisierung der Ausgaben im Haushalt. Vor diesem Hintergrund müssen Sie und Ihre Politik sich auch mit dem drängendsten Problem für den Wohlstand der Bürger auseinandersetzen, der Inflation. Zu diesem wichtigen Thema machten Sie leider auch keine bis kaum Ausführungen.

(Beifall AfD)

Darauf möchte ich auch ein wenig näher eingehen; denn die hohe Inflation, die gestiegenen Preise, das ist aktuell eines der wichtigsten Themen der Bürger. Ich erwarte, dass das in einer Regierungserklärung einen breiten Raum einnimmt. Das hat es nicht. Die Wahrheit ist natürlich auch: Diese Inflation ist nicht nur durch den Krieg in der Ukraine entstanden, sondern sie wird auch von der bundesweiten Politik des Gelddrucks der CDU mitverantwortet.

(Beifall AfD)

Das schiebt man jetzt natürlich gerne auf andere Faktoren; aber die Wahrheit ist, die Inflation, die wir jetzt haben, wurde in den letzten Jahren von der bundesdeutschen Poli-

tik geschaffen, in denen nun einmal die Bundeskanzlerin eine Frau von der CDU gewesen ist.

Die Hessische Landesregierung muss sich im Bundesrat aus unserer Sicht für die Abschaffung politisch bestimmter Umlagen auf den Strompreis, die Senkung der Energiesteuern auf das EU-Minimum, die Abschaffung der CO₂-Abgabe und eine mindestens temporäre Aussetzung der Umsatzsteuer einsetzen. Es geht darum, dass wir die Bürger entlasten, die jetzt teilweise nicht mehr wissen, wie sie eigentlich das Geld bis zum Monatsende einteilen sollen.

(Beifall AfD)

Last, but not least kommen wir zur Übernahme der Dialogbereitschaft über Parteigrenzen hinweg. Herr Ministerpräsident, Sie stehen in der Pflicht, Ihre Worte und Taten in Einklang zu bringen. Gerade bei den entscheidenden Grundfragen Demokratie, Rechtsstaat und Freiheitsrechte darf es aus unserer Sicht keinerlei Konzessionen an den Zeitgeist oder parteipolitischen Opportunismus geben.

(Beifall AfD)

Sie sind Ihrem Amtseid verpflichtet, und zwar an jedem einzelnen Tag Ihrer Regierungszeit. Deshalb freuen wir uns – das sage ich ausdrücklich –, dass Herr Ministerpräsident Rhein einen echten demokratischen Diskurs pflegen will und die Dialogbereitschaft mit allen Fraktionen angekündigt hat. Wir werden ihn allerdings nicht nur an seinen Worten, sondern auch an seinen Taten messen.

(Beifall AfD)

Ob diese Dialogbereitschaft und das Bekenntnis zur Demokratie so weit reichen, der AfD ihr Recht auf einen Vizepräsidenten im Landtag anzuerkennen, werden wir mit Spannung beobachten.

(Günter Rudolph (SPD): Das entscheidet nicht nur der Ministerpräsident! Das entscheidet der Landtag! Das nennt man Parlamentarismus!)

Wir als AfD werden Boris Rhein eine faire Chance geben. Jeder Ministerpräsident hat 100 Tage Zeit, sich zu bewähren. Das ist eine gute, das ist eine richtige Tradition. Wir werden also erst dann Bilanz ziehen, wenn die Bilanz gezogen werden kann. Wir sehen uns in 100 Tagen wieder. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Lambrou. – Das Wort hat der Abg. René Rock, Fraktionsvorsitzender der FDP, Seligenstadt. Bitte.

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für uns als Freie Demokraten ist bei diesem Regierungswechsel eines wichtig: Gibt es mehr Chancen für unser Land, oder gibt es weniger Chancen? Wird unser Land ein Land, das Menschen etwas ermöglicht, oder wird es ein Land, das Menschen eben nicht mehr ermöglicht? – Das ist ein Bewertungsschema, das wir bei diesem Regierungswechsel zugrunde legen möchten.

(Beifall Freie Demokraten)

Positiv möchte ich anmerken, dass ich es sehr begrüße, dass wir heute hier im Hessischen Landtag zusammenkommen, eine Regierungserklärung vom neuen Ministerpräsidenten hören und die ausgiebig diskutieren und bewerten können. Dass wir eigene Vorschläge einbringen, dass die Debatte über die Zukunft unseres Landes wieder hier im Hessischen Landtag stattfindet, wo sie hingehört, ist schon einmal das erste kleine Verdienst des Ministerpräsidenten, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Vorschusslorbeeren!)

Damit hat schon einmal stattgefunden, dass ein paar Chancen mehr gegeben waren. Für uns alle bleibt aber die Frage: Was haben diese 40 oder gut 50 Minuten für uns und die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land an neuen Erkenntnissen gebracht?

Lieber Ministerpräsident, Sie haben 23-mal – mindestens 23-mal – das Wort Sicherheit benutzt. Ganz zentraler Bestandteil in Ihrer Rede war das Thema Sicherheit. Da frage ich mich natürlich: Welche Chancen hätten Sie eigentlich gehabt, um das Thema Sicherheit in unserem Land voranzubringen? Wenn ich mir die letzten Jahre im Hessischen Landtag und die Leistungsbilanz dieser Hessischen Landesregierung ansehe, dann wäre aus meiner Sicht eine der ersten Chancen gewesen, dass Sie bei einer neuen Regierungsbildung dieses Sicherheitsrisiko, welches zumindest hier im Hessischen Landtag durch mehrere Untersuchungsausschüsse zum Vorschein gekommen ist, Ihren eigenen Innenminister, einfach durch einen anderen ersetzt hätten. Das wäre eine Chance für diese Landesregierung und für dieses Land gewesen.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

23-mal haben Sie von Sicherheit gesprochen. Wo waren denn da eigentlich Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat?

(Beifall Freie Demokraten)

Das sind Werte, die die Freien Demokraten eigentlich mit den Christdemokraten verbinden. An diesem Punkt hätte ich mir mehr gewünscht. Da ist doch sicherlich noch einiges nachzuarbeiten.

Auf der anderen Seite fand ich es von Ihnen richtig und gut, dass Sie das Thema Ukraine angesprochen haben. Ich glaube, man kann in dieser Zeit kaum Politik denken, über Politik sprechen, ohne im Hinterkopf zu haben, dass Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat gerade mit russischen Bomben und Raketen, mit Gräueltaten, mit Kriegsverbrechen bekämpft werden und dass ein Land mit deutlich weniger Möglichkeiten als unser Land und Menschen, die in viel größerer Armut leben und viel weniger Chancen haben als wir, heute mit ihrem Leben dafür eintreten, dass sie ihre staatliche Freiheit und ihre persönliche Freiheit behalten, dass sie selbst bestimmen, wie sie ihr Leben führen wollen. Sie treten für unsere Werte ein. Darum finde ich richtig, dass Sie, Herr Ministerpräsident, heute dazu gesprochen haben.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich würde mir natürlich auch wünschen, dass dieses wichtige Thema, das uns alle betroffen macht und auch fast alle hier verbindet – ich sage jetzt einmal: die demokratische Mitte verbindet –, auch wieder im Konsens, in der breiten Mehrheit, mit allen Fraktionen behandelt wird, dass mit uns allen nach Lösungen gesucht wird und es keinen

Alleingang der Koalition gibt, sondern dass wir zurückfinden, wenn große Krisen in diesem Land anstehen, dass wir auch mit breiter Mehrheit in der demokratischen Mitte für Lösungen streiten. Der Ukraine-Konflikt ist genau das richtige Thema, wozu das stattfinden sollte.

(Beifall Freie Demokraten und Günter Rudolph (SPD))

Herr Ministerpräsident, das ist eine Chance, die Sie ergreifen können, die Sie nicht viel kostet, aber diesem Land viel bringen wird.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Ich habe dem alten Ministerpräsidenten einen Brief geschrieben; der war erst weg, dann haben wir ihn noch einmal geschrieben. Darin haben wir gefragt: Wie ist eigentlich die Haltung der Landesregierung zu der Frage der Sanktionen? Wie sollen sich Unternehmen, an denen das Land wichtige Beteiligungen hat, in Bezug auf Sanktionen verhalten? Dieser Brief ist bis heute nicht beantwortet. Sollten Sie ihn bei der Übergabe nicht gefunden haben, Herr Ministerpräsident, dann sagen Sie uns das; dann werden wir Ihnen diesen Brief noch einmal zuleiten. Wir würden uns wirklich auf eine Antwort freuen, weil das für uns auch ein wichtiges Thema der Glaubwürdigkeit ist. Wenn man diesen Krieg ablehnt, wenn man will, dass Russland diesen Krieg verliert, wenn man will, dass in diesem Krieg die Freiheit siegt, dann muss man auch bereit sein, selbst dafür einzutreten, wo man die Chance dazu hat, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten)

Vieles haben wir heute gehört, was die Regierung angekündigt hat – Integrationsgesetz, Demokratiestärkungsgesetz, Klimaschutzgesetz, ganz viele Gesetze –, was uns in den letzten Monaten dieser Regierung noch ereilen wird. Da fragt man sich natürlich: Was haben Sie eigentlich in den letzten Jahren gemacht? Da war doch genug Zeit für solche Initiativen.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Das ist doch ein Offenbarungseid für die Art einer Bilanz, die man hier vorstellt. Wenige Monate vor der Landtagswahl wachen Sie auf und merken, da kommt jetzt irgendwann eine Wahl. Sie sagen: Oh, ich nutze jetzt mal den Ministerpräsidentenwechsel, ich muss mich mal bewegen als Landesregierung, den Staub vom Tisch wischen und mich auf den Weg machen, Hessen mehr Chancen zu ermöglichen. – Das ist wunderbar. Aber es zeigt auch in einer Bilanz, was Sie in den letzten neun Jahren alles nicht getan haben, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Auf die bittere Bilanz, die die Hessen in den letzten Jahren erleiden mussten, wo viele Chancen nicht ermöglicht worden sind, komme ich nachher noch zu sprechen. Das ist schon mehr als 40 Minuten füllend, wenn man es wirklich intensiv machen möchte. Ich möchte auch Herrn Frömmrich nichts schuldig bleiben, der seine Rede hier mit großer Freude vorgetragen hat, dass er auch noch einmal hört: Was sind denn die Konzepte der Opposition für das, was hier in den letzten neun Jahren nicht stattgefunden hat, lieber Herr Frömmrich?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin gespannt darauf!)

Wenn Sie sich diese Bilanz einmal zu Gemüte führen, dann ist etwas, woran sich die Kolleginnen und Kollegen, die länger im Landtag sind, irgendwie noch erinnern können: Hessen hatte früher Leuchttürme.

(Günter Rudolph (SPD): Alle abgebrannt!)

Wir haben es gehört: Das Wort „Leuchtturm“ ist im Hessischen Landtag zu einem Unwort geworden, Mittelmaß ist das neue Zauberwort dieser Landesregierung. Aber was bräuchte Hessen? Hessen bräuchte Exzellenz, Hessen bräuchte Leuchttürme, Hessen müsste vorne sein und nicht Mittelmaß, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Wir als Freie Demokraten scheuen uns vor dem Wort „Leuchtturm“ nicht; denn es ist das, was wir in diesem Land brauchen. Was Hessen voranbringt, ist nämlich Spitzenleistung, und das ist auch die Bemühung, irgendwann wieder Erster in unserem Land zu sein. Momentan nehmen wir eher die Haltung einer grauen Maus ein: Wir sind eher – na ja – unterer Durchschnitt. Mittlerweile sind wir in manchen Bereichen schon froh, dass wir nicht mehr Letzter sind; das wird in der Landesregierung schon als Erfolg verkauft. Das ist eine Tendenz, die wir über die letzten neun Jahren in vielen wichtigen Politikfeldern betrachten konnten. Deshalb fällt die Bilanz, die Sie hier abgegeben haben, eher mau aus.

Darum ist es wichtig: Was kommt jetzt eigentlich auf uns zu? Ich habe es bereits gesagt, für uns ist die Frage: Werden am Ende dieser wenigen Monate, die die Regierung Rhein jetzt noch hat, mehr Chancen für die Menschen in Hessen entstehen?

Darum haben wir uns einen Neustart dieser Regierung gewünscht. Warum haben wir uns den gewünscht? Es gibt zwei wichtige Gründe dafür: Seit dem Abschluss des letzten Koalitionsvertrages hat sich die Welt geändert. Wir leben nicht mehr in der gleichen Welt. Wir haben Inflation, wir haben Krieg vor unserer Haustür, wir haben explodierende Energiepreise. Wir sind in den Nachwehen einer Corona-Pandemie und hoffen, dass wir im Herbst besser durch die Pandemie kommen, als wir das in den zwei Jahren vorher geschafft haben. Wir haben enorme Herausforderungen im Bildungswesen. Viele Menschen sind in dieser Pandemie zurückgeblieben, und viele Kinder haben großen Nachholbedarf, was das Bildungssystem angeht.

Wir leben in einem anderen Land. Darum wäre es die Verantwortung dieser Regierung gewesen, das zur Kenntnis zu nehmen, den Koalitionsvertrag zu hinterfragen und diese Herausforderung anzunehmen. Denn das hat dieses Land auf jeden Fall verdient, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten)

Zum Zweiten. Die Schwerpunkte in Ihrem Koalitionsvertrag sind einfach durch den Zeitablauf überholt worden. Viele Themen, die Sie sich gesetzt haben, konnten Sie nicht leisten oder müssen Sie anders angehen. Darum wäre auch das ein Grund für einen Neustart dieser Regierung gewesen. Der hat leider nicht stattgefunden. Er hat nicht stattgefunden in der Frage: Wie geht es im Kabinett weiter? Wir haben diese etwas ermattete Gruppe der Ministerinnen und Minister hier stehen sehen, die noch einmal ihren Amtseid hier abgelegt haben – das war ihnen schon fast zu viel, hatte man den Eindruck – und die sich dann wieder auf die Bank gesetzt haben und gesagt haben: Ach komm, besonnen weiter so wie bisher. Wir reiten in den

Sonnenuntergang. Was interessiert uns eigentlich, was in diesem Land los ist?

(Beifall Freie Demokraten und Günter Rudolph (SPD) – Zuruf Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist auch eine besondere Eigenschaft dieser Regierung: dieses In-sich-selbst-Ruhen, sich von keinem Argument oder Anwurf beunruhigen zu lassen und einfach weiterzumachen, als würde draußen nichts anderes passieren. Das ist etwas, von dem wir hoffen, dass sich bei dieser neuen Landesregierung, die sich zumindest an zwei Stellen verändert hat, etwas tut.

Lieber Prof. Poseck, Sie haben den größten Respekt der Freien Demokraten für das, was Sie als Präsident des Staatsgerichtshofs geleistet haben. Neutral, der Verfassung verpflichtet, mit analytischem Verstand und juristischer Logik haben Sie unserem Land weitergeholfen.

(Beifall Freie Demokraten)

Sie haben dieses Land vor verfassungsrechtlichen Abwegen bewahrt, und etwas, was uns sehr wichtig war, ist dadurch erhalten geblieben. Sie sind auch Kenner der Justizlandschaft, und Sie haben sich selbst zur Situation in der hessischen Justiz geäußert. Ich sehe hier vorn einen ehemaligen Justizminister sitzen.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Mehrere!)

– Mehrere, genau. – Ich glaube, Jörg-Uwe Hahn hätte sich nie vorstellen können, dass die hessische Justiz einmal in einem so schwierigen Zustand ist, wie sie heute ist.

Lieber Prof. Poseck, Sie übernehmen eine Herkulesaufgabe – Sie haben sich dazu freiwillig bereit erklärt, darum kann es auch kein Mitleid geben –, die Sie jetzt fordern wird. Für uns Freie Demokraten ist der Rechtsstaat ein zentraler Bestandteil unserer Ordnung, dieser Freiheitsordnung, dieses Verfassungsstaates. Dieser Rechtsstaat und diese Justiz müssen funktionieren. Lieber Herr Poseck, ich wünsche Ihnen alles Gute bei dieser Aufgabe. Dieses Land braucht Innovation und Fortschritt, und es braucht auch eine Justiz, die hervorragend aufgestellt ist. Das ist die Grundvoraussetzung, damit die Menschen den Glauben an diesen Rechtsstaat behalten.

(Beifall Freie Demokraten)

Bei mancher Sache reibt man sich die Augen: wenn man hört, wie der neue Ministerpräsident vehement für die Schuldenbremse eintritt.

(Beifall Minister Michael Boddenberg)

Ich erinnere mich noch ganz genau daran, wie wenige Monate zuvor in Sondersitzungen mit einer Borniertheit und Arroganz, mit einem Machtwillen, mit Aushebelung von Gesetzen, mit parlamentarischer Brutalität in einem beschleunigten Verfahren ein Verfassungsbruch vorbereitet und durchgeführt worden ist, der in der Geschichte dieses Parlaments seinesgleichen sucht.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Wenn der Finanzminister hinter mir schmunzelt,

(Minister Michael Boddenberg: Nein!)

dann sehe ich ganz klar, dass er bis heute noch nicht erkannt hat, was damals hier angestellt worden ist und

was nur mithilfe des Staatsgerichtshofs verhindert werden konnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so viel Selbstkritik müsste auch bei Schwarz-Grün möglich sein, dass man das deutlich eingesteht und erklärt, dass man hier auf dem falschen Weg ist. Lieber Ministerpräsident, wenn Sie die Glaubwürdigkeit Ihrer Fraktion, Ihrer Partei und Ihre persönliche Glaubwürdigkeit in dieser Situation hätten stärken wollen und das, was Sie zur Schuldenbremse gesagt haben, nicht der Zwang eines Gerichtsurteils ist, das Sie sowieso umsetzen müssen, sondern aus tiefem Herzen und Überzeugung kommt, dann hätten Sie den Vorschlag der Freien Demokraten und anderer Fraktionen aufnehmen müssen und hätten sich einen neuen Finanzminister für diese letzten eineinhalb Jahre suchen müssen. Das wäre ein starkes Signal für die Schuldenbremse gewesen, das hätte die Glaubwürdigkeit gestärkt. Alles, was jetzt kommt, sind doch Lippenbekenntnisse, die man gar nicht wirklich glauben kann, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tja, Michael!)

Ich habe gesagt, ein Grund für den Neustart ist die Herausforderung durch Corona. Ganz viele Menschen in unserem Land haben gelitten, sie leiden noch: gesundheitlich, ökonomisch, in ihren Bildungschancen. Wir haben ein vielfältiges Belastungsszenario in unserem Land. Warum sagen Sie dazu nichts? Warum sagen Sie nicht: „Ich will wissen, was in dem Land los ist“? Warum schauen Sie nicht im Bildungsbereich, im sozialen Bereich, im ökonomischen Bereich hin und versuchen, dort zu helfen? Denn die Menschen haben gelitten, und die Menschen müssen unterstützt werden, damit sie wieder ihre Chancen haben und damit sie sich auch wieder ein gutes Leben ermöglichen können. Dort ist eine absolute Leerstelle, die nicht gefüllt worden ist. Das ist sehr schade; denn das ist eine verschenkte Chance, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt DIE LINKE – Jan Schalauske (DIE LINKE): Aber hallo!)

Gestern konnte man es wieder lesen, da hat das Frankfurter Gesundheitsamt erklärt: Das große Problem, das wir haben, ist die mangelnde Digitalisierung der Gesundheitsämter; wir haben Probleme beim Austausch von Daten. – Wir hören das seit über zwei Jahren, wir hören das fast drei Jahre lang ununterbrochen. Scheinbar hat sich bis heute nichts geändert. Es wundert einen nicht, wenn Sie das heute nicht einmal erwähnen.

Was Sie erwähnt haben, ist eigentlich ein Offenbarungseid: Endlich will das Land Verantwortung übernehmen und wird ein Landesgesundheitsamt schaffen – aus den Lehren heraus, dass das bei Corona nicht ganz gut lief. Jetzt fragt man sich natürlich, wenn die Landesregierung jetzt auf Corona reagiert – wir alle, gerade die CDU, aber auch die GRÜNEN, sind ganz groß dabei, wieder Angstszenerien aufzuzeichnen und den Menschen zu prophezeien, was alles passieren wird –: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Landesregierung, wenn das alles so auf uns zukommt, warum richten Sie denn das neue Gesundheitsamt erst nächstes Jahr ein? Wenn das alles so wichtig ist, warum ist das nicht schon längst eingerichtet? Das müsste doch schon längst existieren.

(Beifall Freie Demokraten und Günter Rudolph (SPD))

Warum treiben Sie nicht die Digitalisierung der Gesundheitsämter weiter voran? Ich kann nur sagen: Das, was ich immer wieder höre, ist das Gegenteil von dem, was hier erzählt wird. Es scheint nicht zu funktionieren. Warum funktioniert das nicht endlich? Das ist doch keinem Bürger mehr zu erklären.

Wenn der Kultusminister mittlerweile schon so ein bisschen ungehalten wird, wenn man das Thema Videokonferenz auch nur in den Mund nimmt, dann kann ich Ihnen nur sagen: Die Bürgerinnen und Bürger, die Eltern in unserem Land, aber auch die Kinder, die Jugendlichen, sind auch ungehalten, dass das immer noch nicht funktioniert. So ist es nämlich, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten)

Es geht aus meiner Sicht darum, Chancen zu ermöglichen. Dazu gehört es, dass wir die Herausforderungen durch Corona ernst nehmen. Dazu gehört es auch, dass wir Maßnahmen ergreifen, und zwar Maßnahmen, die in der Verwaltung stattfinden, und nicht schon wieder den Bürgerinnen und Bürgern mit Zwangsmaßnahmen drohen. Wir müssen die Gesundheitsämter endlich digital vernetzen. Wir müssen die Daten auswerten, die wir scheinbar haben. Wir müssen erkennen, was hilft und was nicht hilft. Diese Landesregierung muss in der Lage sein, in diesem Land zu reagieren, wenn es zu Ausbrüchen kommt. Da sind nun mal die Gesundheitsämter, zumindest theoretisch, unser schärfstes Schwert.

Darum: Wenn Sie das Thema Corona tatsächlich so ernst nehmen, dann hören Sie auf, den Bürgerinnen und Bürgern dauernd Angst zu machen, sondern machen Sie Ihre Arbeit, und machen Sie dieses Land fit, damit wir, wenn es noch einmal zu schwierigen Situationen kommt, diesen Situationen gewachsen sind. Das ist Ihre Aufgabe.

(Beifall Freie Demokraten)

Was ist neu? Was ist das, was wir hoffen, und was ist das, wo neue Chancen entstehen? Bei Chancen steht auch immer die Frage der Risiken auf der anderen Seite. Diese neue Konstellation hat aus unserer Sicht auch Risiken. Die Risiken für unser Land sind in dieser Regierungserklärung greifbar gewesen. Sie schwangen mit. Dass es der stellvertretende Ministerpräsident bei der Verabschiedung des Ministerpräsidenten nicht über sich bringt, den Landtagspräsidenten und künftigen Ministerpräsidenten auch nur zu begrüßen, da kann man sagen: Etikette, was ist das schon?

(Beifall Freie Demokraten)

Aber manchem fällt es auf. Oder, wenn wir nachher bei den Handwerkern sind und Tarek Al-Wazir süffisant den Handwerkern erklärt: Der neue Ministerpräsident kann heute noch nicht hier sein. Er muss sich noch ein bisschen sortieren. – Das sind kleine Schienbeintritte unter dem Tisch. Die kann man machen, die kann man aber auch sein lassen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist das Niveau der FDP!)

Denn es ist das, was wir befürchten. Wir befürchten, dass es zu einer Rivalität zweier politischer Repräsentanten kommt, des Ministerpräsidenten und des stellvertretenden Ministerpräsidenten, wer künftig auf diesem Stuhl sitzen darf. Das ist nicht gut für unser Land, sondern das ist ein Risiko für unser Land.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir konnten in der „FAZ“ schon einmal sehen, dass Tarek Al-Wazir Probe gegessen hat. Auf der anderen Seite habe ich heute in der Regierungserklärung interessante Hinweise bekommen, sehr interessante Hinweise. Dass sich also diese Landesregierung mit Tarek Al-Wazir als Wirtschaftsminister noch einmal dafür einsetzen würde, dass die IAA – wie hat Mathias Wagner sie genannt, Dinosaurierausstellung? – wieder nach Frankfurt zurückkommt, das muss doch ein Fehdehandschuh für die GRÜNEN sein, der hier ausgepackt worden ist.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Es weiß doch jeder in diesem Landtag, dass das mit Sicherheit eine ausführliche Diskussion bei den Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN geben wird.

Natürlich ist es auch signifikant, dass der Ministerpräsident sehr ausführlich über Klimaschutz gesprochen, aber nicht einmal das Wort „Windrad“ in den Mund genommen hat. Ich habe kein einziges Mal „Windrad“ gehört bei Boris Rhein. Auch das ist überraschend; denn das ist die große Messlatte Tarek Al-Wazirs für den Erfolg dieser Politik. Da sieht man schon: Es ist einiges im Argen, und das ist nicht gut für unser Land, liebe Freunde.

(Beifall Freie Demokraten und Stephan Grüger (SPD))

Wer schon ein bisschen länger hier ist, weiß, wie herausfordernd Gesundheitspolitik ist, dass es keine einfachen Lösungen geben wird. Wenn man eineinhalb Jahre vor der Wahl sagt, das Thema Gesundheitslandschaft werde man energisch angehen, dann will man dem Minister, der dafür zuständig ist, wirklich nichts Gutes. Denn das kann nicht gut gehen, schon gar nicht bei diesem Minister. Die Gesundheitswirtschaft hat wahrscheinlich auch schon erschrocken nach oben geschaut und überlegt, was von Kai Klose kommen wird. Von daher: Ob das wirklich ein Geschenk ist und wirklich etwas kommt, darauf warten wir gespannt; denn das wird eine ganz interessante Diskussion in diesem Hessischen Landtag geben.

(Lebhafter Beifall Freie Demokraten)

Ich fand auch interessant, dass Boris Rhein einen großen Teil seiner Rede für den ländlichen Raum aufgewendet hat. Ja, ich will nicht sagen, dass Nordhessen ländlicher Raum ist. Da ist auch das wunderbare Kassel als Oberzentrum. Aber, wenn ich meinen einzigen herausragenden Politiker/Politikerin aus Nordhessen verabschiede und keinen neuen finde, dann ist das auch eine Botschaft für Nordhessen und für Osthessen. Das hätte man auch anders setzen können.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Ich will jetzt mit keinem Wort sagen, dass die Justizministerin hätte bleiben sollen. Aber man findet vielleicht eine Nordhessin oder einen Nordhessen, der an anderer Stelle geeignet sein könnte.

Der ländliche Raum, das ist das Gebiet, das die Union immer nur kurz vor der Wahl entdeckt.

(Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten): Ja!)

Ansonsten wird es gnadenlos den GRÜNEN ausgeliefert. Wenn diese Landesregierung über den ländlichen Raum spricht, dann wird wahrscheinlich ein Bauer, ein Jäger, ein Landwirt oder einfach nur jemand, der gerne schnelles

Internet hätte, nervös, wenn Frau Hinz auf den ländlichen Raum losgelassen wird. Auch da bin ich gespannt, was diesen großen Ankündigungen aus dem Ministerium folgen wird. Denn an diesen Worten wollen wir Sie natürlich messen. Es ist richtig, der ländliche Raum ist die Heimat der Zukunft. Als das müssen wir das auch entwickeln. Deshalb ist es richtig, diesen Schwerpunkt zu setzen. Das kann Chancen geben, aber da sind wir einmal gespannt, was dabei hinten herauskommt, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall Freie Demokraten)

Das Thema Rivalität ist greifbar, und das liegt natürlich auf der Hand, weil Tarek Al-Wazir glaubt – das ist in jeder Faser spürbar –, er sei jetzt dran, nachdem Volker Bouffier weg ist. Die alte Männerfreundschaft, das gute alte Politikdeutschland der Männerfreundschaft, des Männerbundes geht zu Ende. Dafür steht Tarek Al-Wazir in Hessen auch. Jetzt ist etwas Neues gekommen. Es könnte eine Chance sein.

(Zurufe)

– Das können Sie ruhig machen, Herr Minister, aber es war nicht so gemeint, wie Sie es jetzt unterstellen, vielleicht ein bisschen, aber nicht so richtig.

Ich glaube schon, dass der neue Politikstil, der jetzt auf uns zukommt, der schon erkennbar ist, ein Risiko für unser Land ist. Das werden wir genau beobachten. Wir werden es benennen; denn es kann nicht sein, dass Wahlkampf in der Landesregierung dazu führt, dass die Chancen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zurückgesetzt werden und dass Dinge nicht umgesetzt werden, weil da zwei Menschen sind, die nach dem höchsten Amt in diesem Land streben.

(Beifall Freie Demokraten)

Ein bisschen Humor hat der ehemalige Landtagspräsident und neue Ministerpräsident auch. Ich habe gedacht, ich könnte nicht wirklich gehört haben, was ich gehört habe, aber er hat es wirklich gesagt: „Digitalisierung machen wir“, die CDU.

(Manfred Pentz (CDU): Wer denn sonst?)

Da musste ich kurz in mich gehen. Der neue Ministerpräsident ist etwas digitaler als der alte Ministerpräsident. Das gestehe ich ihm wirklich zu. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, jemand, der gerade haarscharf an einem Untersuchungsausschuss zur E-Akte vorbeigeschrammt ist, stellt sich hierhin und sagt, den Offenbarungseid direkt vor Augen: Wir als CDU machen Digitalisierung. – Das ist schon Realitätsverweigerung. Das ist keine Chance für unser Land.

(Lebhafter Beifall Freie Demokraten – Vereinzelter Beifall SPD)

Die Liste beim Thema Digitalisierung ist unendlich lang. Daraus könnte die „heute-show“ eine Staffel machen, die zwei Jahre geht, ohne müde zu werden. Denn ununterbrochen geht ein Ding nach dem anderen schief.

Die wunderbare Botschaft im Hessischen Landtag, dass jetzt jeder Lehrer eine eigene E-Mail-Adresse hat, ist einer der Höhepunkte meines parlamentarischen Lebens, wo ich sage: Das kann er doch wirklich nicht gesagt haben. – Aber er meint es bis heute ernst; denn er hat es hier im Hessischen Landtag mehrfach wiederholt. Dass man heutzutage eine E-Mail-Adresse schon als Digitalisierung wer-

tet und das als Erfolg bezeichnet, ist schon eine besondere Wahrnehmung in der CDU. Ich glaube, in allen anderen Fraktionen wird es ein bisschen anders gesehen.

Daher bringe ich CDU und Digitalisierung nicht so gut zusammen. Es gibt noch viel mehr Beispiele. Wir kommt man überhaupt auf die Idee, ein Projekt zur Digitalisierung des ländlichen Raums als Dorflinde zu bezeichnen? Das habe ich schon immer gefragt.

(Zuruf Wiebke Knell (Freie Demokraten))

Wie ist das zu verstehen? Ist das das moderne Deutschland, die moderne Region? Ist die Dorflinde das Bild des 21. Jahrhunderts? Ich glaube, hier fängt es schon ganz tief im Kopf an, nicht zu funktionieren. Digitalisierung und Union, Digitalisierung und diese Landesregierung, das sind einfach zwei Welten, die nichts miteinander zu tun haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall Freie Demokraten)

Man könnte sich am Kultusministerium abarbeiten. Man könnte eine dauerhafte Veranstaltung daraus machen. Moritz Promny hat hier viele Initiativen um das Thema Digitalisierung und Schule gestartet, das eines der Hotspot-Themen der Landesregierung sein soll, um künstliche Intelligenz, abgekürzt KI, mit dem Thema Bildung in Zusammenhang zu bringen. Da kam der bildungspolitische Sprecher der GRÜNEN daher und sagte: Ich habe einen Freund gefragt, der mir das erklären wollte, aber ganz und richtig habe ich es nicht verstanden.

Wenn diese Landesregierung sagt, KI ist eines der großen Themen, aber sie es selbst für sich ausschließt und nicht anwendet, dann sollten Sie überlegen, wie Sie Ihre Politik gestalten. KI gehört natürlich auch in die öffentliche Verwaltung und gerade in die öffentliche Verwaltung. Das ist eine wichtige Herausforderung. Da könnten Sie jetzt einmal Chancen schaffen und als Landesregierung einen Fortschritt begehnen.

(Beifall Freie Demokraten)

Es sind so viele Politikfelder, die aus unserer Sicht brachliegen. Das Schild eines Digitalisierungsministeriums, eine Digitalisierungsministerin ohne tatsächliche Kompetenz für das Thema in der gesamten Landesregierung – ich habe nicht gehört, dass man bei dem ganzen Durcheinander im Kultusministerium bezüglich der Videokonferenzen das Digitalisierungsministerium als Leitministerium hinzugezogen hätte oder dass das Digitalisierungsministerium bei der E-Akte eingegriffen hätte, um die Dinge voranzutreiben. Mir fehlt ein bisschen der Ansatzpunkt bei diesem Digitalisierungsministerium.

Ich muss gerade schauen: Der Kollege Frömmrich hat einleitend in seiner Rede gesagt – ich musste dreimal hinhören, aber er hat es auch dreimal hintereinander gesagt –, wie die Landesregierung arbeitet. Er sagte: Diese Landesregierung versucht, Konzepte umzusetzen. – Sie ist also ein Regierungskonzept oder eine Konzeptregierung. Das heißt übersetzt: Wir sind stets bemüht, ein Konzept haben wir in der Tasche, aber umgesetzt haben wir noch nichts, weil wir es nur versuchen.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich glaube, auf den Satz kann ich heute noch mehrfach zurückkommen. Ich werde ihn auch künftig immer mal bei mir tragen; denn er ist symbolisch für das, was Sie an Politik abgeliefert haben.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie das Thema Digitalisierung und Digitalisierungsministerium ernst nehmen, dann machen Sie ein echtes Ministerium daraus.

(Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten): Genau!)

Nehmen Sie es aus dem Küchenkabinett heraus. Geben Sie Frau Sinemus ein paar Kompetenzen. Schaffen Sie die richtigen Zuständigkeiten für dieses Ministerium. Dann können wir Ihnen glauben, dass Sie als CDU Digitalisierung wollen – über Können reden wir gar nicht – und dass Sie es auch ernst nehmen. Dann könnten wir weiter diskutieren. Aber solange Sie nur einfach ein Schild an der Tür und kein echtes Ministerium haben, ist diese Aussage leider nicht glaubwürdig.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Beim Thema Schule ist wirklich viel zu tun. Viele junge Menschen haben die Gefahr, auf der Strecke zu bleiben. Es müsste eine der zentralen Aufgaben dieser Landesregierung sein, nach diesen jungen Menschen zu schauen. Es sind vielleicht nicht die Kinder von Eltern mit guten Bildungsabschlüssen, die ihren Kindern selbst helfen können oder zumindest das Geld haben, Hilfe einzukaufen. Die Mehrzahl der Kinder hat dieses Privileg nicht. Um diese Kinder muss es uns doch gehen. Es ist die Frage der Chancen.

Wenn eine Regierung das Thema Chancen ernst nimmt, dann muss sie genau dort einen großen Schwerpunkt setzen. Denn an diesen Kindern ist viel experimentiert worden. Sie mussten in dieser Corona-Zeit sehr viele Opfer bringen: psychisch, physisch, aber auch bei der Bildungsvermittlung. Es ist eine große Baustelle, derer Sie sich annehmen müssen. Es geht um die Zukunft unserer Kinder in den Schulen.

(Beifall Freie Demokraten)

Es sind so viele Themen, die einen umtreiben können. Sie wissen selbst, dass das Thema frühe Bildung eines meiner Herzenthemen ist. Ich lese, dass bei der Fachkräftegewinnung die praxisintegrierte Ausbildung wieder zentral ist. Ja, sie ist gut und wichtig. Das ist ein guter Ansatz. Aber diese Stellen haben Sie uns schon dreimal verkauft, das erste Mal beim Haushalt, dann beim Integrationsplan und jetzt wieder. Sie verkaufen uns immer wieder die gleiche politische Situation, und Sie wissen genau, dass nicht alle Kommunen in der Lage sind, das umzusetzen. Sie wissen genau, dass der einzige Weg, dort eine bessere Situation zu schaffen, wäre, die Ausbildung grundsätzlich zu vergüten. Das wäre ein wirklicher Befreiungsschlag bei der Fachkräftegewinnung in der frühen Bildung. Das fehlt. Das ist eine Leerstelle in Ihrem Konzept.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich will jetzt noch auf zwei Themen zu sprechen kommen. Ich werde erst über den Klimaschutz reden; sonst heißt es wieder, das sei das letzte Thema, über das wir als Freie Demokraten reden.

(Zuruf Manfred Pentz (CDU))

Aber, lieber Jürgen Frömmrich, ich frage mich, wie man mit breiter Brust hier solche Sachen erzählen kann, bei so einer schlechten Bilanz, die Sie hier abgeliefert haben.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn man die letzten acht Jahre anschaut, was Sie in Hessen an CO₂-Einsparung abliefern: Auf dem Feld ist in den letzten acht Jahren eigentlich gar nichts passiert, und die Klimabilanz, die Sie vorgelegt haben, sagt genau das aus: Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist Hessen auch noch besonders schlecht. Wir sind nicht auf dem Weg nach vorne, sondern wir werden Stück für Stück durchgereicht. Das ist die wirkliche Klimabilanz, lieber Kollege Frömmrich, und Sie wissen auch genau, dass das stimmt. Deshalb reden Sie ja so ungern über die tatsächliche Effizienz dessen, was Sie hier tun.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn man sich noch gut an seine Kindheit zurückerinnern kann, sich so manche Reflexe und Strategien in Erinnerung ruft, die man als Kind praktiziert hat, oder wenn man selbst Kinder hat, dann weiß man: Es gibt eine besondere Gruppe von Kindern, die glauben: „Frechheit siegt – einfach einmal etwas behaupten.“ – Lieber Herr Frömmrich, Ihre Strategie erinnert mich an die kindliche Strategie, zu sagen: Ich behaupte einfach etwas anderes, ob es stimmt oder nicht; ich stelle etwas in den Raum und rede nicht über das, worum es tatsächlich geht.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
So ist deine Rede von Anfang an gewesen!)

Die Aussage: „113 Maßnahmen wurden begonnen“, die weckt im Kopf des Zuhörers den Gedanken: 113 Maßnahmen, das ist ja super. – Mit den Maßnahmen wurden aber nur „begonnen“. Was ist denn das für eine Botschaft? Wie lange gibt es diesen Klimaplan schon? Aber mit 113 Maßnahmen wurde erst begonnen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die damit erzielten CO₂-Einsparungen sind nicht bekannt. Die Gesamtbilanz geht gegen null. Was ist das für eine Klimaschutzpolitik, die Sie hier abliefern? Wie können Sie sich hier mit so breiter Brust hinstellen, der SPD Vorhaltungen machen, sie liefere nichts, ihre Vorschläge seien inhaltsleer? Die SPD-Fraktion hat ein Klimaschutzgesetz eingebracht.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Das hat dazu geführt, dass Sie überhaupt aufgewacht sind, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen. Jürgen Frömmrich, ich glaube, Sie haben gegen den Gesetzentwurf gestimmt, oder?

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich haben Sie dagegen gestimmt und haben nicht einmal eine Alternative vorgelegt. Wir haben das mit unserem Energiezukunftsgesetz getan. Wir haben eine Alternative vorgestellt, die Sie selbstverständlich ebenfalls abgelehnt haben.

Wir haben gesagt: Die Nutzung von Wasserstoff ist ein zentraler Baustein für den Klimaschutz. Mit großer Begeisterung habe ich jetzt die Lobeshymne von Jürgen Frömmrich auf die Initiative des Rhein-Main-Verkehrsverbundes gehört, Wasserstoffzüge anzuschaffen. Da habe ich mich sehr gefreut. Die fahren zwar in überwiegender Zahl mit sogenanntem grauem Wasserstoff – das ist jedem klar, der sich damit beschäftigt –, aber das ist der genau richtige Weg: Wir fangen mit der Nutzung von Wasserstoff erst einmal an, und dann ersetzen wir den grauen Wasserstoff Stück für Stück durch klimafreundlichen und klimaneutralen Wasserstoff.

Das ist der Weg, den wir auch bei der Elektromobilität gehen. Sie aber verweigern sich aus ideologischen Gründen einer richtigen Klimaschutzpolitik, die man als Bürger auch bezahlen kann. Lieber Herr Frömmrich, von Ihnen brauchen wir an der Stelle wirklich keine Belehrungen.

(Beifall Freie Demokraten – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fragen Sie einmal die Fachleute! – Weitere Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das können wir gerne machen. – Das größte Projekt des Klimaschutzes ist das kostenlose ÖPNV-Ticket. Sie haben dieses Ticket hier mehrfach als die größte Botschaft Ihres Klimaschutzplans, als den größten Posten in Ihrem Klimaschutzplan verkauft. Ich versuche jetzt, Ihnen einmal logisch zu erklären, worin das Problem bestehen könnte – ein Problem, das wir analog bei der frühen Bildung erlebt haben. Man kann selbstverständlich sagen: Wir nehmen kein Geld mehr für das Zugfahren; die Verkehrsträger, die Unternehmen machen die Preise nicht mehr, sondern wir legen die Preise fest, und die Unternehmen bekommen eine festgelegte Summe, die wir aus dem staatlichen Allgemeinbudget bezahlen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit macht man den ÖPNV total attraktiv; denn er kostet ja nichts mehr. Man kann dann umsonst fahren – sofern ein Zug kommt.

Wenn man so handelt, dann verweigert man sich aber der Beantwortung der Frage, wo das Geld herkommen soll, um für diesen ÖPNV Schienen zu bauen, die Züge zu verlängern, die Bahnsteige zu verlängern, die Digitalisierung im ÖPNV voranzutreiben. Für WLAN im ICE und für all die anderen Themen, auf die es dann ankommt, ist plötzlich kein Geld mehr da.

Sie sollten endlich verstehen: Sie dürfen in diesem Land nicht alles kostenlos machen; denn am Ende muss es einer bezahlen. Wenn das nicht stattfindet, dann verrottet die Infrastruktur, dann werden die Wagen so sein, dass sich keiner mehr in sie setzen will, und es wird keine Möglichkeit geben, in die genannten Themen zu investieren. Irgendeiner muss das also am Ende bezahlen. Erzählen Sie den Leuten nicht, es würde nichts kosten. Wenn Sie diesen Weg weitergehen, dann sparen Sie den ÖPNV nicht in die Zukunft, sondern Sie sparen ihn in die Vergangenheit. Das ist aus der Sicht der Freien Demokraten der falsche Weg.

(Beifall Freie Demokraten)

Vielleicht ist es ein total altmodischer Gedanke, vielleicht sollte man das heute gar nicht mehr sagen, aber ich bin noch immer gern bereit, für eine gute Leistung gutes Geld zu bezahlen. Vielleicht ist das total aus der Welt, vielleicht hat auch die CDU diesen Gedanken schon verworfen. Aber wenn man eine gute Leistung haben will, dann muss man dafür auch Geld bezahlen. Das ist doch selbstverständlich. So funktioniert unser Wirtschaftssystem. Darum: „Alles umsonst“ hat am Ende noch nie dazu geführt, dass am Ende alles gut geworden ist. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall Freie Demokraten – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE)

Am meisten hat mich interessiert: Was sagen Sie, Herr Ministerpräsident, zu dem eigentlichen Thema, zum Thema „moderne Verwaltung“? Sie kennen das ja aus dem

Staatsaufbau. Die Länder sind die eigentlichen Träger der Verwaltung: Da ist die Justiz, da sind die Finanzämter, da ist die Polizei, da sind die Lehrer, da sind die vielen anderen Bereiche der öffentlichen Verwaltung, z. B. die Regierungspräsidien und die Genehmigungsbehörden. Der Bund hat nicht einen Bruchteil der Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Länder – wenn man einmal die Bundeswehr außer Acht lässt.

Wenn man einen modernen Staat haben möchte, der den Unternehmen, den Bürgerinnen und Bürgern, den Menschen mit Ideen Chancen eröffnet, dann ist es entscheidend, die Verwaltung zu modernisieren. Warum muss es quasi ein Naturgesetz sein, dass eine Verwaltung als altbacken und angestaubt gilt? Warum muss das Bild des Ärmelschoners sein? Warum kann nicht das Bild eines iPad entstehen, wenn wir an die Verwaltung denken? Es gab einmal eine Zeit in Deutschland, da war die Verwaltung für alle ein Vorbild. Damals haben viele Unternehmen die Verwaltungsstrukturen kopiert. Man muss die Verwaltung mitnehmen und ihr Chancen eröffnen. Wenn wir Chancen eröffnen wollen, wenn wir sagen, auch für die Beamten, auch für den öffentlichen Dienst soll es ein Recht auf mobiles Arbeiten geben – also etwas, was viele von Ihnen von den Unternehmern zwar fordern, bei dem Sie aber nicht bereit sind, es in der eigenen Verwaltung umzusetzen –, wenn es darum geht, wirklich einmal positive Schritte voranzugehen, dann ist die Hasenfüßigkeit, die Liste der Gegenargumente und der Ängste gigantisch.

So modernisiert man kein Land. So macht man eine Verwaltung nicht attraktiv für junge Leute, die im 21. Jahrhundert dort arbeiten sollen. Das ist eigentlich eine unserer ganz großen Aufgaben, unserer Kernaufgaben, die Menschen, die in der Verwaltung dieses Landes arbeiten, die jeden Tag versuchen, eine gute Leistung zu erbringen, dies nach modernsten Standards tun zu lassen, mit den modernsten technischen Mitteln und auch mit dem Recht auf mobiles Arbeiten. Das wäre ein guter Schritt und ein klares Signal gewesen, dass wir uns in Hessen voranbewegen und auf dem Weg ins 21. Jahrhundert sind.

(Beifall Freie Demokraten)

Was machen Sie stattdessen? Ich könnte jetzt ganz viele Beispiele vortragen, will es aber an nur einem Beispiel darstellen. Ich sehe gerade Frau Schardt-Sauer hier vorne sitzen, die bei uns in der Fraktion immer wieder das Thema Grundsteuerreform vorträgt. Das Gegenteil von Service, das Gegenteil einer serviceorientierten Verwaltung, das Gegenteil von Bürgerfreundlichkeit ist das, was Sie bei der Grundsteuer vorhaben: Das ist ein Bürokratieaufbau- und Kostenerhöhungsprogramm und der genau falsche Weg, wenn es um eine moderne Verwaltung geht. Das muss man hier ganz klar sagen.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich dachte, man würde die 45 Minuten Redezeit gar nicht ausschöpfen können. Aus irgendeinem Grund verrinnt die Zeit aber doch schneller, und ich will noch ein ganz kurzes Resümee ziehen, bevor die Frau Präsidentin mahnt, dass ich mit meiner Redezeit am Ende bin.

Lieber Jürgen Frömmrich, eine Regierung, die nur versucht, Konzepte umzusetzen, ist in dieser schwierigen Situation einfach zu wenig.

(Beifall Freie Demokraten)

Sie müssen als Regierung sagen, was Sie tun, und müssen es auch tun. Es darf in Krisen keinen Konjunktiv geben. Es darf in dieser herausfordernden Zeit keinen Konjunktiv geben. Es muss ganz klar gesagt werden, was zu tun ist und dass wir es in einer bestimmten Zeit erreichen werden. Nur dann kann man Sie als Regierung wieder ernst nehmen.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir haben am Ende der Betrachtung der Regierungserklärung und dessen, was drum herum passiert, feststellen können: Diese Landesregierung sitzt ihre Zeit nur noch ab. Ihre Regierung wird keine Regierung der Chancen sein, sondern eine Regierung der vertanen Chancen. Das ist schlecht für unser Land. Der schwarz-grüne Bummelzug fährt seine letzte Schleife. Zwei Rivalen stehen sich gegenüber. Das ist ein Risiko für unser Land; denn die Zeichen stehen eigentlich auf gegenseitige Blockade. Liebe Freundinnen und Freunde, das hat unser Land Hessen nicht verdient.

(Anhaltender Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für DIE LINKE erteile ich nun Herrn Schalauske das Wort.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Tat blicken in diesen Tagen viele Menschen mit großen Sorgen und Ängsten in die Zukunft. Fast ein Drittel der Bevölkerung bangt nach aktuellen Umfragen um seine Lebensbedingungen.

Viele Dinge des täglichen Bedarfs haben sich massiv verteuert. Butter kostet inzwischen über 2,50 €, Sonnenblumenöl 5 €, Milch im Discounter über 1 €. Die nicht nur in Hessen beliebten Erdbeeren und Spargel werden für viele zum Luxusgut.

Viele Menschen fragen sich mit Blick auf die weiter steigenden Spritpreise, wie sie ihre Tankrechnung noch bezahlen sollen. Viele fürchten sich vor dem Herbst und vor dem Winter, weil sich dann die Frage stellt, ob sie sich noch leisten können, ihre Wohnung zu heizen.

Ich habe in den letzten Tagen mit vielen Menschen sprechen können, die sich Sorgen machen. Einige haben sich ein 9-€-Ticket besorgt und haben gesagt: Das ist eine gute Sache in der Stadt. Aber was nützt mir das Ticket, wenn ich auf dem Land lebe? Was nützt mir das Ticket, wenn der Bus nicht kommt?

Auf Twitter erleben wir, wie viele Menschen unter dem Hashtag „#IchBinArmutsbetroffen“ mutig und offen schildern, wie Armut in diesem reichen Land eigentlich aussieht. Sie berichten von Scham, von Ausgrenzung, von dem Gefühl, den eigenen Kindern nichts mehr bieten zu können, und von Ohnmacht und Wut über diese Zustände.

Deswegen sage ich: Meine Damen und Herren, nehmen Sie diese Probleme, nehmen Sie diese Menschen endlich ernst.

(Beifall DIE LINKE)

Seit Jahren erleben wir eine gravierende soziale Schiefelage, aber aktuell steuern wir in eine soziale Katastrophe unbekanntes Ausmaßes.

Wenn Sie, Herr Rhein, als neuer Hessischer Ministerpräsident bei Ihrer ersten Regierungserklärung die sozialen Probleme erst ganz zum Schluss benennen, dann ist das nicht nur eine falsche politische Prioritätensetzung, sondern auch ein politisches Armutszeugnis für diese schwarz-grüne Landesregierung;

(Beifall DIE LINKE)

denn wir brauchen jetzt entschlossene Maßnahmen, um Menschen vor dem sozialen Abstieg und auch vor Armut zu schützen.

Das wird aber eben nicht gemacht. Im Gegenteil, die Inflation liegt bei 8 % – und sogar darüber –, aber die Hartz-IV-Regelsätze wurden in diesem Jahr um ganze 0,7 % erhöht. In Hessen sind die Tafeln mittlerweile völlig überlastet, weil die Nachfrage rapide steigt und die Zahl der Lebensmittelspenden abnimmt.

Obwohl die Altersarmut seit Jahren ein großes Problem ist, gehen 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner beim Energiegeld leer aus, und der Tankrabbat füllt vor allem die Taschen der Mineralölkonzerne – auf Kosten der Steuerzahler.

In dieser Situation ist es eben ein Problem, dass wir nicht nur in Berlin eine Regierung haben, die eher kein Zukunftsprojekt ist und schon bei der Bewältigung der Probleme der Gegenwart versagt, sondern dass wir auch in Hessen eine Landesregierung mit einem Hessischen Ministerpräsidenten haben, bei dem das Thema soziale Sicherheit erst – wenn überhaupt – an allerletzter Stelle kommt. Das ist von der schwarz-grünen Landesregierung viel zu wenig.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, auch Sie wollen nicht, dass sich in dieser Krise einige wenige bereichern, wenn Sie wollen, dass notwendige staatliche Entlastungsmaßnahmen finanziert werden können: Dieses Thema steht in dieser Woche im Bundesrat auf der Tagesordnung. Stimmen Sie unserem heute gestellten Antrag zu, unterstützen Sie die Initiative der Bundesländer Bremen und Thüringen, gehen Sie voran, setzen Sie ein Zeichen für die Einführung einer Übergewinnsteuer, damit sich die Mineralölkonzerne in der Krise nicht bereichern. Da könnte jetzt auch Hessen mitgehen. Da könnten Sie ein Zeichen setzen. Legen Sie los.

(Beifall DIE LINKE)

In einer Situation, die von so vielen sozialen Ängsten und Sorgen geprägt ist, hilft es den Leuten, offen gesagt, wenig, wenn ein neuer Ministerpräsident gewählt wird, der nun sagt: Ab und an werde ich an den Haustüren der Leute klingeln. – Das erwarten wahrscheinlich wenige von einem Ministerpräsidenten, sondern sie erwarten, dass es eine Landesregierung gibt, die den Ungerechtigkeiten und den Unsicherheiten in diesem Land den Kampf ansagt. Da reicht es eben nicht, lediglich die Person an der Spitze auszutauschen, sondern man muss eine andere Politik machen.

Es ist in dieser Debatte zu Recht drauf hingewiesen worden: Der neue Ministerpräsident ist politisch kein Unbekannter. Herr Rhein, Sie sind seit 1999 Teil der von der CDU geführten Landesregierungen in diesem Land. Wenn

man so will, sind Sie Fleisch vom Fleische der hessischen CDU. Das, was Sie heute hier vorgelegt haben, ist auch nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen. Das ist ein schwarz-grünes „Weiter so“, und das reicht eben nicht aus.

(Beifall DIE LINKE)

Nach über achteinhalb Jahren ist es zu wenig, dies anzukündigen und das anzukündigen, so, wie Sie es in Ihrer Regierungserklärung gemacht haben: Klimaschutzgesetz, Landesaufnahmeprogramm usw. Das alles hätte längst auf den Weg gebracht werden sollen. Nach mehr als acht Jahren Schwarz-Grün braucht es keine weiteren Ankündigungen. Die Menschen erwarten vielmehr Taten von dieser Landesregierung.

(Beifall DIE LINKE)

Dann kommen wir zum zentralen Versagen. Soziale Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung – alles Leerstellen bei dieser Landesregierung. Die Zahlen sprechen da eine deutliche Sprache, und man muss sie auch für Hessen klar benennen. Die Zahl der Einkommensteuermillionäre wächst seit Jahren kontinuierlich. Gleichzeitig müssen jedes vierte Kind und jeder vierte Jugendliche in Armut leben, jede zweite Alleinerziehende in Hessen ist arm, und Hessen steht bei der Armutsquote an der Spitze der Flächenländer. Der Niedriglohnsektor breitet sich immer weiter aus.

Diese Entwicklungen haben wenig mit Corona zu tun. Diese Entwicklungen beobachten wir seit über zehn Jahren – auch in der Zeit der schwarz-grünen Landesregierung. Unsere Fraktion bleibt dabei: Für ein reiches Bundesland wie Hessen ist dieses unerhörte Ausmaß an Armut ein Skandal, mit dem wir uns nicht abfinden dürfen.

(Beifall DIE LINKE)

Es gibt Maßnahmen, die Sie ergreifen könnten. Wie wäre es denn mit einem Landesvergabegesetz, das die Tarifreue wirklich achtet? Wie wäre es mit einem ambitionierten Maßnahmenpaket gegen die Kinder- und Jugendarmut? All das sind überfällige Maßnahmen, die wir jetzt brauchen. Davon findet sich kein Wort in Ihrer Regierungserklärung.

Eines der drängendsten sozialen Probleme ist die Wohnungsfrage. Die wurde bei Ihnen auch ziemlich zum Schluss angesprochen. Wer in den letzten Jahren versucht hat, im Ballungsraum eine bezahlbare Wohnung zu finden, hat es selbst erlebt: Seit Jahren kennen die Mietpreise in Hessens großen und mittleren Städten nur eine Richtung, und zwar nach oben. Der Mietenwahnsinn führt dazu, dass sich selbst Menschen mit einem durchschnittlichen Gehalt keine bezahlbare Wohnung mehr leisten können. Menschen mit geringen Einkommen müssen im Rhein-Main-Gebiet mehr als die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens für die Miete ausgeben.

Während die einen ganz verzweifelt eine bezahlbare Wohnung suchen, betrachten andere Immobilien noch immer als die profitabelste Renditemöglichkeit. Die Jagd nach Betongold treibt die Preise für Grundstücke in schwindelerregende Höhen – auch für Immobilien –, und da rächt es sich eben, dass die Kommunen, aber auch das Land in der Vergangenheit Flächen und öffentliche Wohnungen verramscht haben. So war das auch in Hessen. Es bleibt ein Trauerspiel, dass die Hälfte der Hessinnen und Hessen Anspruch auf eine Sozialwohnung hat, dass unter einem grünen Wohnungsbauminister die Zahl dieser Sozialwohnungen – das gehört zur Wahrheit dazu – auf einem

historischen Tiefstand verharrt und sich die Landesregierung hartnäckig weigert, ein Gesetz gegen Leerstand und Zweckentfremdung auf den Weg zu bringen.

Für uns als Fraktion ist klar: Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Wohnen ist ein Menschenrecht. Es darf kein Spekulationsobjekt sein. Die Versorgung mit Wohnraum ist viel zu wichtig, als sie allein dem Markt zu überlassen. Deswegen brauchen wir eine wirkliche Offensive für den sozialen Wohnungsbau und für dauerhaft sozial gebundene Wohnungen.

(Beifall DIE LINKE)

Heute haben Sie, Herr Rhein, als neuer Ministerpräsident erklärt: Jede Hessin und jeder Hesse soll im Notfall innerhalb von 30 Minuten ein Krankenhaus erreichen können. – Aber da möchte ich Sie fragen: Wieso nur im Notfall und auf welchem Wege? Wir sind der Auffassung, jede und jeder muss mit öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb von 30 Minuten ein stationäres Angebot in der Gesundheitsversorgung erreichen können.

Wie das gehen kann, können Sie in unserem Gesundheitsplan aus dem Jahr 2020 nachlesen. Das haben wir genau hier vorgestellt. Leider gab es von einigen Fraktionskolleginnen und -kollegen nur Gelächter, und leider hat Schwarz-Grün 2020 einen Krankenhausplan verabschiedet, der einen anderen Kurs fährt. Ich weiß es gar nicht: Wie viele Kliniken sind eigentlich in den langen Jahren der CDU-Regierung in Hessen dichtgemacht worden?

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es waren viele. Seit 2008 wurde ein Drittel der Geburtsstationen in Hessen geschlossen. Von der Umsetzung der Beschlüsse des runden Tisches zur Hebammenversorgung hört man leider gar nichts mehr. Eine Hebamme für jede Gebärende – davon sind wir in Hessen meilenweit entfernt. Viele Menschen im ländlichen Raum sind genauso weit entfernt von einer passfähigen Gesundheitsversorgung.

Herr Ministerpräsident Rhein, deswegen: Nehmen Sie diese Realität zur Kenntnis, bevor Sie neue, zum Teil gar nicht so große Ankündigungen machen. Ein Krankenhaushauptknoten ist zwar schön, aber was man wirklich braucht, das sind eine solide Finanzierung und dauerhafte Investitionen in die hessischen Krankenhäuser.

(Beifall DIE LINKE)

Natürlich muss man auch ein paar Worte zur Corona-Politik verlieren. Wir wissen doch, dass im Herbst die nächste Welle kommt. Ihre Landesregierung – daran sind wir gewöhnt – wird dann überrascht sein, allen voran Kultusminister Lorz und Gesundheitsminister Klose. Es wird wieder nicht in allen Schulgebäuden Luftfilter geben, wir werden wieder einen Mangel an PCR-Test-Kapazitäten haben, die Impfkampagne scheint komplett zum Erliegen gekommen zu sein, und Sie suchen nicht einmal nach innovativen Wegen, um mehr Menschen zu erreichen. Wir werden sehen, dass Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wieder vor massiven finanziellen Belastungen stehen und die Beschäftigten die nächsten Überlastungen erleben müssen.

Herr Ministerpräsident Rhein, vor diesem Hintergrund nützt es nichts, wenn die Landesregierung neue Förderprogramme für neue Pflegekräfte auflegt, wenn Sie im selben Moment nichts unternehmen, um die Arbeitsbedingungen so zu verbessern, dass die im Beruf stehenden Kolleginnen

und Kollegen diesen auch ausüben können. Sie können gar nicht so viele neue Pflegekräfte finden, wie durch Überlastung und miese Löhne aus dem Beruf gedrängt werden. Es darf doch nicht sein, dass diejenigen, die sich um unser aller Gesundheit kümmern, durch ihre Arbeit selbst krank werden. Nein, warme Worte und Applaus reichen nicht aus.

(Beifall DIE LINKE)

Mehr Personal in der Pflege ist besser für alle, und hier ist die Landesregierung, allen voran der grüne Gesundheitsminister, gefordert. Aber nein, er liefert zu wenig.

Die schlechten Arbeitsbedingungen in der Pflege sind aber auch das Ergebnis einer Politik, die das Betreiben von Krankenhäusern und von Pflegeheimen vor allem betriebswirtschaftlichem Denken unterworfen hat. Wir finden uns nicht damit ab, dass mit der Gesundheitsversorgung und der Pflege von Menschen vor allem Profite gemacht werden sollen. Krankenhäuser gehören in öffentliche oder in gemeinnützige Hand.

Welch verheerende Folgen Privatisierungen haben können, können wir seit Jahren am privatisierten Uniklinikum Gießen und Marburg beobachten. Herr Ministerpräsident, auch da haben Sie damals die Hand gehoben. Heute, in der Regierungserklärung, haben Sie nichts dazu gesagt.

Während uns von verschiedenen Seiten immer wieder erklärt wird, man sei zwar gegen die Privatisierung, könne aber gar nichts ändern, sage ich: Wir haben ein Rechtsgutachten vorgelegt, das zeigt, wie das privatisierte Uniklinikum Gießen und Marburg wieder in öffentliches Eigentum zurückgeführt werden kann. Das freut auch den Finanzminister; denn dann hat er unter den Beteiligungen des Landes Hessen wieder mehr öffentliche Einrichtungen, die er verwalten kann. Wir sind der Meinung, dieses Klinikum gehört in öffentliches Eigentum zurückgeführt, und in diese Richtung werden wir weiter Druck machen.

(Beifall DIE LINKE)

Bessere Arbeitsbedingungen braucht es nicht nur in der Pflege, sondern auch in den Kitas. Es war beeindruckend, zu sehen, wie viele Tausend Kita-Beschäftigte, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behindertenhilfe und aus anderen sozialen Bereichen in Hessen in den letzten Wochen mit Streiks in den Sozial- und Erziehungsdiensten die klare Botschaft gesendet haben: Uns reicht es. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen.

Meine Damen und Herren, da hätte man jetzt schon diese 1.000 praxisintegrierten Plätze gebraucht. Sie hatten die Zahl ursprünglich gesenkt, dann wieder auf 600 erhöht, und für 2023/2024 kündigen Sie jetzt 1.000 Plätze an. Aber wir hätten sie schon jetzt gebraucht, ebenso wie wir mehr Mittel für Personal, für eine vollständige Abschaffung der Gebühren – auch das gehört zur Bildungsgerechtigkeit – und mehr Investitionen in die Kindertagesstätten brauchen.

Die Corona-Pandemie hat auch die Missstände in unserem Bildungssystem offengelegt: in den Schulen fehlerhafte und nicht funktionierende Fenster, zum Teil bröckelnde Fassaden, ungenügende digitale Ausstattung, ein eklatanter Lehrermangel, zu wenige Schulpsychologen usw. Die Liste dessen, woran es in der hessischen Bildungspolitik unter Schwarz-Grün fehlt, ließe sich lange fortsetzen.

Die Schulpolitik, die der Kultusminister Lorz zu verantworten hat, der die Verantwortung immer wieder nach

unten, auf die Schulen, die Lehrkräfte und die Schüler, abgeschoben hat, zementiert die soziale Spaltung der Gesellschaft, und sie wird den aktuellen Anforderungen an ein ausgleichendes, ein inklusives und ein modernes Schulsystem nicht gerecht. Wie Sie den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 realisieren wollen, bleibt auch nach der Regierungserklärung Ihr Geheimnis.

(Beifall DIE LINKE)

Was wir aber dringend brauchen, sind mehr Investitionen seitens des Landes in gut ausgestattete, auch digital auf der Höhe der Zeit befindliche Schulen. Wir brauchen echte gebundene, rhythmisierte Ganztagschulen. Wir wollen, dass alle Lehrkräfte endlich gleich gut bezahlt werden und dass das Grundschullehramt nicht länger ein Lehramt zweiter Klasse ist, und wir bleiben dabei, dass das dreigliedrige Schulsystem wirklich ausgedient hat. Alle Kinder müssen die gleichen Startvoraussetzungen ins Leben haben. Die frühe Aussortierung von vermeintlich schwachen Schülern nach der 4. Klasse ist und bleibt sozial ungerecht und muss ein Ende haben.

(Beifall DIE LINKE)

Früher waren auch die GRÜNEN einmal dafür.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist aber schon länger her!)

– Das ist schon sehr lange her, das stimmt. Aber das macht es nicht falsch, und deswegen ist es auch wichtig, sich weiter dafür einzusetzen.

Zur Bildungsgerechtigkeit gehört aber auch der Schulweg. Da bleibt es in Hessen eine gravierende Ungerechtigkeit, die viele Schülerinnen und Schüler auch spüren, dass die einen mit dem Schülerticket kostenlos durch ganz Hessen fahren können – wenn sie denn unter die Schülerbeförderung fallen –, während andere nicht einmal die Beförderung zur Schule bezahlt bekommen. Wir wollen, dass die Kosten für das Schülerticket endlich für alle übernommen werden. Das wäre auch ein weiterer wichtiger Beitrag zur Verkehrswende. Das beantragen wir jedes Jahr in den Haushaltsdebatten. Leider haben es auch die GRÜNEN immer abgelehnt.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist denn für die Schülerbeförderung zuständig? Das gibt es doch gar nicht!)

Aber was nicht ist, das kann noch werden, Herr Frömmrich.

Schwarz-Grün führt, wie Sie auch, häufig die Wörter „Verkehrswende“ und „Klimawandel“ groß im Munde. Dabei steuert Hessen gleichzeitig in eine massive Klimasackgasse. Wenn dann Sie, Herr Rhein, als neu gewählter Hessischer Ministerpräsident als erste öffentlich wahrnehmbare Amtshandlung ausgerechnet ankündigen, die IAA wieder nach Frankfurt holen zu wollen, zeigt das doch, welches Manöver das ist. Ihre Bekenntnisse zum Klimaschutz sind nichts anderes als Lippenbekenntnisse. Das zeigt sich auch mit dieser Ankündigung.

(Beifall DIE LINKE)

Dabei wäre ein wirksamer Klimaschutz so wichtig. Den brauchen wir: schnell wirkende Maßnahmen gegen die Klimakrise. Die Flutkatastrophe im Ahrtal, die Hitzesommer in Südeuropa im letzten Jahr – all das sind keine Vorboten des Klimawandels mehr, sondern wir sind mittendrin.

Was hat da eine Landesregierung unter grüner Beteiligung gemacht? Vor nicht einmal zwei Jahren haben Sie einen gesunden Mischwald zugunsten eines fossilen Autobahnprojekts, eines Planungsdinosauriers aus dem 20. Jahrhundert, roden lassen, gegen den Protest von Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und den Menschen im Dannenröder Wald. Statt sich mit aller Kraft gegen diese falschen Projekte zu stemmen, bemühen die GRÜNEN ein ums andere Mal die vermeintliche Sachzwanglogik. So war es nicht nur bei der Rodung des Dannenröder Waldes, sondern auch beim Flughafen ausbau in Frankfurt am Main und bei der Werra, ein schöner Schluss

(Heiterkeit)

– ein schöner Fluss –, nur leider sehr versalzen. Es wäre schön, wenn mit der Versalzung Schluss wäre. Leider geht sie mit Ihnen immer weiter.

(Beifall DIE LINKE)

Auch in Langen geht der Kiesabbau trotz der Gesetzesänderung immer weiter.

Dann heißt es immer, man soll mit öffentlichen Geldern ordentlich umgehen. Schauen wir uns das einmal beim verkehrsberuhigten Flughafen in Kassel-Calden an: Der öffentlichen Subventionierung wird kein Riegel vorgeschoben. Da freut sich der grüne Verkehrsminister vielleicht heimlich über fehlenden Fluglärm in Nordhessen, aber ich finde, mit öffentlichen Mitteln sollte man wirklich sorgfältiger umgehen.

(Beifall DIE LINKE)

Dann war heute die Energiewende länger ein Thema. Die Energiewende in Hessen, der hier so viel beschworene Fortschritt ist leider auch in Hessen eine Schnecke. Diese Schnecke des Fortschritts ist ziemlich grün. Im Jahr 2016, vor sechs Jahren, sind mehr Windräder genehmigt worden als in den darauffolgenden fünf Jahren zusammen. Diese Zahlen sind für einen grünen Energieminister wirklich sehr ernüchternd.

(Zuruf DIE LINKE)

Wenn man sich die Landesregierung anschaut, stellt man fest, dass sich die Freude darüber, dass Sie angekündigt haben, nachdem Sie es sechs Jahre lang verweigert haben, ein eigenes Klimaschutzgesetz vorzulegen – im Übrigen auch auf Druck der Opposition –, doch ziemlich in Grenzen hält.

(Beifall DIE LINKE)

Aber – auch das darf hier einmal gesagt werden –: Was darf man denn von einer Partei erwarten, die ankündigt, mit aller Kraft aus Öl und Gas aussteigen zu wollen, und deren Bundesminister dann auf Shoppingtour geht, um umweltschädliches Frackinggas aus den USA zu organisieren oder Verträge mit Katar abzuschließen, das die Menschenrechte mit Füßen tritt? – Wahrscheinlich ziemlich wenig.

(Zuruf Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten))

Zu befürchten ist aber – zurück nach Hessen –, dass die neuen Pläne, die Sie hier vorlegen, gar nicht so neu sind, dass sie auch wenig wirkungsvoll ausgelegt sein werden, so, wie es auch der Klimaschutzplan gewesen ist. Aufgrund der vielen vertanen Jahre muss gelten – uns rennt die Zeit davon; mit jedem Jahr, das vergeht, werden die Probleme gravierender –: Guter Klimaschutz ist schneller Kli-

maschutz, und guter Klimaschutz ist sozialer Klimaschutz. Von beidem findet sich bei Schwarz-Grün in Hessen eben leider wenig.

(Beifall DIE LINKE)

Sozialer Klimaschutz heißt, zu verhindern, dass die Klimakrise den Mieterinnen und Mietern aufgebürdet wird, dass die Menschen mit geringem Einkommen zur Kasse gebeten werden. Energetische Sanierung muss warmmietenneutral erfolgen, gerade auch bei der Nassauischen Heimstätte.

Sozialer Klimaschutz würde heißen, dass wir die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr senken – und zwar dauerhaft –, dass wir im öffentlichen Nahverkehr Schritte in Richtung Nulltarif gehen. Fahren ohne Fahrschein: Das wäre wirkliche freie Fahrt für freie Bürger. Dagegen kann eigentlich niemand etwas haben – noch nicht einmal die FDP, die eben so gemeckert hat. Das 9-€-Ticket zeigt ja, was möglich wäre, wenn man wollte. Mit einer Befristung auf drei Monate bleibt es leider nicht viel mehr als ein Strohfeder. Das Ticket ist gut, aber wo ist der Bus? Wir brauchen eine Senkung der Fahrpreise, und wir brauchen Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr.

(Beifall DIE LINKE)

Der ländliche Raum, den der Herr Ministerpräsident ins Feld geführt hat, ist doch in Hessen häufig dort, wo kein Bus mehr fährt, wo ich keinen vernünftigen Mobilfunkempfang habe und wo auch kein Zugang zu verlässlichem Internet ist. So viel im Übrigen zum Thema „gleichwertige Lebensverhältnisse in Hessen“. Auch da kommt von Schwarz-Grün viel zu wenig.

Als LINKE haben wir uns entschlossen, die Hauptforderung der Kampagne für ein Volksbegehren „Verkehrswende in Hessen“ zu unterstützen. Wir wollen ein flächendeckendes Liniennetz für Bus und Bahn, kürzere Fahrzeiten und einen besseren Takt. Aber dafür muss man eben auch die Ressourcen anders zuteilen, als es bisher der Fall war. Da reden wir über Milliarden und nicht über Millionchen. Das muss uns eine Verkehrswende, das muss uns die Mobilität für alle Menschen wirklich wert sein.

(Beifall DIE LINKE)

Sozialer Klimaschutz ist nicht zuletzt auch der Einsatz für eine Transformation in der Arbeitswelt, in der Industrie. Das ist ein Thema, das der Ministerpräsident angesprochen hat. Aber da reicht es eben nicht, einen Dialog anzukündigen. Das ist nett, ist auch richtig und von den Gewerkschaften schon seit Jahren gefordert. Gut, dass er jetzt kommt. Aber die Landesregierung muss doch auch darlegen, mit welchen Inhalten sie diesen Dialog füllen will. Allein die Antriebsstränge bei den Automobilen auszutauschen, ist keine Perspektive. Wir müssen darüber reden, die Automobilindustrie in Mobilitätskonzerne umzubauen. Die Regierung muss ein Programm auflegen. Wir haben eine Holding vorgeschlagen. Auch die Gewerkschaften fordern eine Holding. Die Belegschaften müssen mitgenommen werden. Wir brauchen einen Ausbau der Mitbestimmung und eine Demokratisierung der Wirtschaft. Doch das alles können wir von Ihnen nicht erwarten. Wir müssen vor allem dafür kämpfen, dass die Kosten für all diese Projekte nicht auf die Beschäftigten und auf die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben abgewälzt werden.

(Beifall DIE LINKE)

Im Klimaschutz brauchen wir also die Verkehrswende, mehr Geld für den öffentlichen Nahverkehr und für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft. Das alles brauchen wir, um noch auf den 1,5-Grad-Pfad zu gelangen. Doch davon spürt man, allen Ankündigungen zum Trotz, bei dieser Landesregierung wenig.

Wofür wir im Übrigen auch mehr Geld brauchen – das sei auch gesagt –, ist die hessische Justiz. Der neue hessische Justizminister wird sich daran messen lassen müssen, dass er den Stellenaufbau, den er vorher in der Justiz und auch im Vollzug angemahnt hat, nun in seiner neuen Funktion auch realisiert. Denn es ist klar: Wir brauchen mehr Personal in der Justiz und auch im Vollzug.

(Beifall DIE LINKE)

Noch einmal zurück zum Klimaschutz. Ein anderes Problem ist, dass auch die Folgen des Klimawandels weltweit Millionen Menschen in die Flucht treiben. Aber nicht nur aufgrund des Klimawandels, auch aufgrund des Krieges, der Armut und des Elends als Folge einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung müssen immer mehr Menschen ihre Heimat verlassen. Aktuell fliehen infolge des schrecklichen Krieges Russlands gegen die Ukraine Hunderttausende Menschen aus der Ukraine, auch nach Deutschland. Es ist dem beeindruckenden Engagement der Bevölkerung zu verdanken, dass es trotz aller Probleme bisher so reibungslos geklappt hat.

Aber was wir uns doch fragen lassen müssen, ist: Warum werden die Rechte, die den Geflüchteten aus der Ukraine zu Recht gewährt werden, Geflüchteten aus Afghanistan oder aus Syrien, die auch vor Krieg geflohen sind, vorenthalten? Warum wird da mit zweierlei Maß gemessen? Für uns als LINKE ist deswegen klar: Es darf keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse geben. Wir müssen die Menschen gleichbehandeln, und wir müssen sie aufnehmen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe jetzt gehört, dass der Ministerpräsident angekündigt hat, das Landesaufnahmeprogramm solle es noch in diesem Jahr geben. Wir warten nun schon seit der Verkündung des Koalitionsvertrags auf dieses Programm. Wir dürfen gespannt sein, ob Sie da endlich auf die Spur kommen. Aber was wir ebenso brauchen, ist eine Gesundheitskarte für Geflüchtete, damit alle Menschen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, einen Zugang zur Gesundheitsversorgung in Hessen haben können. Für uns steht fest, dass Solidarität unteilbar ist – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Glaube oder sexueller Orientierung.

Wir müssen dann auch darüber reden, dass wir in Hessen ein großes Problem mit rechter Gewalt haben. Das zeigen nicht nur der schreckliche Mord an Walter Lübcke, der rassistische Terror von Hanau, der Überfall in Schlüchtern oder die Tat in Wächtersbach deutlich. Auch die hessische Polizei hat mit rechten Umtrieben zu kämpfen.

Auf unsere Nachfragen musste Innenminister Beuth einräumen, dass hessische Polizeibeamte in 67 rechten Chatgruppen aktiv gewesen sind. Unklar ist, wie groß das Ausmaß wirklich ist und wie viele tatenlos zugeschaut haben. Unklar ist, welche Rolle die hessische Polizei im „NSU 2.0“-Komplex gespielt hat. Wie ist sie etwa an private Daten von Seda Başay-Yıldız, Idil Baydar und Janine Wissler gekommen? Fast keine Woche vergeht, in der wir keine neuen Skandale rund um rechte Strukturen in der hessischen Polizei erleben müssen, sie ans Tageslicht kom-

men. Man muss es so klar sagen: Ein Teil der hessischen Polizei scheint ein echtes Sicherheitsproblem für Hessen zu sein. Der Verantwortliche dafür trägt einen Namen. Der Verantwortliche dafür sitzt im Innenministerium. Die Verantwortung dafür trägt der Innenminister Peter Beuth.

(Beifall DIE LINKE)

Es war der Innenminister, der sich im „NSU 2.0“-Komplex nach der Festnahme des mutmaßlichen Haupttäters schützend vor die hessische Polizei stellte und alle Verantwortung von den Beamten absprach. Es ist Innenminister Beuth, der die Öffentlichkeit immer nur scheinbar informiert und immer nur dann, wenn der öffentliche Druck zu groß wird. Es ist der Innenminister, der seit nunmehr über drei Jahren im Kampf gegen rechte Netzwerke in der hessischen Polizei versagt, der mauert, der versucht, unter den Teppich zu kehren, wo es nur geht.

Da stellt sich doch bei vielen Menschen die Frage: Ist dieser Innenminister nicht willens oder nicht in der Lage, rechte Netzwerke in der hessischen Polizei konsequent zu bekämpfen? Ich will mir nicht vorstellen, was schlimmer ist. Fakt ist aber: Investigative Journalisten, antifaschistische Recherchegruppen, die Nebenklage im „NSU 2.0“-Prozess: Sie alle haben mehr für die Aufklärung rechter Bestrebungen in der hessischen Polizei getan als dieser Innenminister.

(Beifall DIE LINKE)

Dann schauen wir uns noch einmal die Kette des Polizeiversagens in der Tatnacht des Anschlags von Hanau an; die wird nämlich immer länger: Versagen des Notrufs, unwürdiger Umgang mit den Überlebenden und Angehörigen der Opfer, und nun zeigt sich, auch der Einsatz am Täterhaus war ein Desaster. Über lange Zeit wurde das Täterhaus nur sehr lückenhaft abgesperrt. Damit nicht genug: Der Überwachungshubschrauber wurde überhaupt nicht über die Adresse des Täterhauses informiert und zuletzt sogar vom Funknetz abgehängt. Kein Wunder, dass sogar ein Polizist der Hubschrauberbesatzung über den Einsatz gesagt hat: „Totaler Müll“.

Ich frage Sie: Was muss eigentlich noch passieren, bis der Innenminister Peter Beuth, der immer wieder von einem „gelungenen Polizeieinsatz“ gesprochen hat, endlich Verantwortung für die lange Kette behördlichen Versagens übernimmt? Klar ist: Mit Peter Beuth an der Spitze des Innenministeriums wird es keine ehrliche Benennung von Versäumnissen und keine Aufklärung geben. Das ist die bittere Realität in Hessen.

(Beifall DIE LINKE)

Da möchte ich Sie, Herr Ministerpräsident Rhein, noch einmal an Ihre wirklich wichtigen Worte vom 2. Februar 2021 erinnern, als Sie den Angehörigen der Opfer des Terroranschlags von Hanau von diesem Pult aus zugerufen haben, dass der Anschlag von Hanau uns alle wachgerüttelt habe. Sie haben gesagt, dass der Anschlag uns die Augen geöffnet habe und dass er eine Zäsur war. Die Angehörigen hätten mit ihrem unermüdlichen Kampf für Erinnerung, für Aufklärung, für Gerechtigkeit und für Konsequenzen die notwendige Auseinandersetzung mit rassistischen Strukturen in unserer Gesellschaft wieder klar auf die Tagesordnung in allen Parlamenten gesetzt. Auch unsere Fraktion hat Ihnen für diese wichtigen Worte großen Beifall gespendet. Aber, Herr Ministerpräsident, wenn Sie dieses

Versprechen ernst meinen, dann kann dieser Innenminister nicht länger Teil Ihres Kabinetts sein.

(Beifall DIE LINKE)

Peter Beuth ist eine Fehlbesetzung; und nach den jüngsten Enthüllungen ist er nicht länger tragbar.

Aber beim Kampf gegen rechts kann es nicht nur darum gehen, Köpfe auszutauschen. Wir müssen auch die Strukturen ändern. Denn, wer rechte Gewalt und rechten Terror beenden will, muss rechte Netzwerke erkennen, muss die Szene entwapfen und muss Rassismus, Antisemitismus und allen anderen Formen der Menschenfeindlichkeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen konsequenter entgegentreten.

Für uns ist deswegen klar: Ein Verfassungsschutz, der die extreme Rechte nicht ernst nimmt, der sich durch bezahlte Neonazis informieren lässt, der sie zum Teil selbst bezahlt, ist Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Deswegen darf er keine weiteren Millionen verschlingen; sondern er gehört aufgelöst und durch eine zivile und wissenschaftliche Stelle zur Demokratieförderung ersetzt.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Ministerpräsident, jetzt haben Sie davon gesprochen, dass die schwarz-grüne Landesregierung ein Bollwerk für solide Staatsfinanzen wäre und auf dem Boden der Schuldenbremse stehen würde. Jetzt schauen wir uns einmal die eine Seite der Schuldenbremse an. Das sind marode Straßen und Brücken, bröckelnde Schulgebäude, unterfinanzierte Krankenhäuser und fehlende Investitionen in die Schiene und in die Energiewende. Die Ära Bouffier hinterlässt Hessen einen gewaltigen Investitionsstau. Aber wenn die letzten zwei Jahre eines gezeigt haben, dann doch das, dass man mit dem Argument, es sei kein Geld da, politisch nicht mehr durchkommen wird. Denn, wer über Nacht im Bund oder im Land über die eigenen Überzeugungen hinweg Milliarden Euro an Krediten mobilisieren kann, wird doch der Bevölkerung zukünftig nicht mehr erklären können, dass für diese oder jene notwendige soziale Ausgabe kein Geld mehr da sei.

Während im Bund 100 Milliarden € an Krediten für die Aufrüstung aufgenommen werden, wollen CDU und GRÜNE in Hessen – so steht es zumindest in ihren öffentlichen Verlautbarungen – ab 2024 wieder zur Schuldenbremse zurückkehren. Im Bund und im Land – das ist doch die Kehrseite – werden dann neue Kürzungsrunden drohen. Es gehört auch dazu, dass all die Ankündigungen, die wir heute vom neuen Ministerpräsidenten gehört haben, dann unter Finanzierungsvorbehalt stehen.

Wir bleiben der Auffassung: Die Schuldenbremse war ein Fehler. Das haben die letzten zwei Jahre gezeigt; denn Sie suchen immer wieder Wege, sie zu umgehen. Sie muss fallen. Es ist alles andere als gerecht, kommenden Generationen eine verfallende Infrastruktur zu hinterlassen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich kann Ihnen auch nicht ersparen, darauf hinzuweisen, dass die Behauptung, die CDU-geführte Landesregierung könne besonders gut mit Geld umgehen, einer genaueren Überprüfung der Realität nicht standhält. Erinnern wir uns doch einmal an den Einsatz der Derivate. Diese Zinsswetten, über die wir hier schon oft diskutiert haben, haben den hessischen Steuerzahlern einen Schaden von 4,2 Milliarden € eingebrockt. Mit diesem Geld der Steuerzahlerinnen

und Steuerzahler können Sie umgehen? Ich würde sagen, wenn Sie damit umgehen können, dann sehr salopp.

Meine Damen und Herren, während der Corona-Pandemie ist das Vermögen der reichsten Deutschen weiter gewachsen. Mit an der Spitze ist die Familie Quandt/Klatten, die jedes Jahr 1 Milliarde € aus BMW-Dividenden erhält, auch in der Krise. Bei einem solchen Einkommen müsste man eigentlich von leistungslosem Einkommen sprechen, das man nur der Gnade der Geburt in der „richtigen“ Familie zu verdanken hat.

Ich finde, so darf es nicht weitergehen. Der Reichtum in dieser Gesellschaft muss endlich gerechter besteuert werden. Aktuell erleben wir, dass sich die Mineralölkonzerne auf Kosten der Steuerzahler bereichern. Man nennt das Ganze auch Tankrabatt.

Das rot-rot-grün regierte Bremen fordert daher im Bundesrat eine Übergewinnsteuer – ich habe eingangs darauf hingewiesen –, damit die Autofahrer nicht weiter abgezockt werden und die, die das tun, nicht auch noch mit Extragegewinnen belohnt werden. Die Übergewinnsteuer ist übrigens nichts sonderlich Revolutionäres. Sogar der Internationale Währungsfonds hat das kürzlich ins Gespräch gebracht. Deswegen nehmen Sie bitte unsere Initiative ernst. Stimmen Sie unserem Antrag einfach zu. Setzen Sie sich im Bundesrat gemeinsam mit Bremen, Thüringen und hoffentlich noch vielen weiteren Bundesländern für die Einführung einer Übergewinnsteuer ein.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, seit 2008 ist DIE LINKE mit einer Fraktion im Hessischen Landtag vertreten. In dieser Zeit haben wir gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Gewerkschaften, mit Initiativen und mit außerparlamentarischen Bewegungen einiges erreicht. Das zeigt, dass auch aus der Opposition heraus von links Druck und Wirkung entfaltet werden können. Ohne DIE LINKE hätte es keine parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren gegeben. DIE LINKE hat gemeinsam mit dem DGB, dem Mieterbund und mit Mieterinitiativen erreicht, dass die Nassauische Heimstätte nicht privatisiert wurde. Dieses Ansinnen ist vor zehn Jahren noch geäußert worden. Gut, dass das verhindert worden ist.

(Beifall DIE LINKE)

Ohne den Druck der LINKEN wäre der erste NSU-Untersuchungsausschuss nicht eingesetzt worden, der die Rolle hessischer Behörden und Politiker im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex beleuchtet hat. Ohne DIE LINKE wäre die NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter nicht aufgearbeitet worden. Erst durch uns wurde diese Aufarbeitung nach mehr als 60 Jahren in Gang gesetzt.

DIE LINKE hat die Forderungen von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Verbänden in den Landtag eingebracht und betriebliche Kämpfe im Landtag zum Thema gemacht.

Unsere Vision ist ein Land, in dem kein Kind in Armut leben muss, in dem jede und jeder von ihrer und seiner Arbeit leben kann, niemand im Alter oder bei Krankheit zurückgelassen wird, ein Land, in dem wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen, Maßnahmen gegen die Klimakrise ergreifen und dafür sorgen, dass unsere Kinder und Enkel in Hessen noch gut und gerne auf unserem Planeten leben können, ein Land, in dem jede und jeder gut und sicher leben kann, und zwar unabhängig von

Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Glaube oder sexueller Orientierung, ein Land, in dem wir Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und die Versorgung mit Wohnraum nicht Aktiengesellschaften und dem Profitstreben überlassen.

Die heutige Diskussion und die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten haben gezeigt: Diese schwarz-grüne Landesregierung braucht weiter Druck von links. DIE LINKE ist die sozial-ökologische Opposition gegen die schwarz-grüne Landesregierung und im Übrigen der Garant dafür, dass sich nach der nächsten Landtagswahl nicht nur die Person auf dem Sessel des Ministerpräsidenten oder die Farben der Regierung ändern, sondern dass es einen echten Politikwechsel für ein soziales, gerechtes und ökologisches Hessen, für eine Politik für die vielen Menschen in diesem Land gibt. Dafür ist es an der Zeit. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Schalauske. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abg. Heinz das Wort.

Christian Heinz (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schalauske, Ihre Rede war zum Schluss sehr zurückblickend und rückwärtsgerichtet. Das klingt schon fast wie eine Bilanz des parlamentarischen Wirkens der Fraktion DIE LINKE.

(Zuruf)

– Jemand ruft von der Seite: wie ein Abschied. – Wir wollen heute aber in die Zukunft schauen.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Nicht zu früh freuen!)

Die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Boris Rhein würde ich mit seinen eigenen Worten der vergangenen Woche beschreiben: Wir sind da mit Wumms und Energie.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Koalition hat in den vergangenen gut dreieinhalb Jahren sehr viel getan. Es gibt aber noch einiges zu tun. Der Kollege Rock hat vorhin mehrmals gefragt, was die Koalition eigentlich gemacht hat. Hierzu darf ich Sie daran erinnern, mit welchen Herausforderungen diese Koalition konfrontiert wurde, die sie alle noch nicht kennen konnte, als sie dieses Bündnis für die zweite Amtszeit im Januar 2019 eingegangen ist.

Wir haben in den vergangenen Monaten in diesem Land Zehntausende Menschen unterbringen müssen, die vor dem schrecklichen Krieg in der Ukraine geflohen sind. In den vergangenen gut zwei Jahren hat sich diese Landesregierung – da beziehe ich alle Ministerinnen und Minister mit ein – mit einem großen Teil ihrer Arbeitskraft oder fast mit ihrer ganzen Arbeitskraft der Pandemie widmen müssen. All das war nicht vorhersehbar. Das hat diese Regierung hervorragend bewältigt. Sie hat besonnen regiert und reagiert und hat es am Ende so gemacht, dass man sagen kann: Sie haben ihre Sache gut gemacht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der neue Ministerpräsident Boris Rhein hat heute gezeigt: Hessen bleibt mit ihm an der Spitze ein modernes Land, dynamisch, innovativ und weltoffen. Hessen ist ein starkes Land zum Wohle seiner Bürgerinnen und Bürger. Das Ziel dieser Koalition, Ökonomie und Ökologie zu verbinden, das wir uns schon im Jahr 2013 gesetzt haben, bleibt bestehen, und wir arbeiten weiter an diesem Oberziel.

Wir setzen aber auch einige neue Akzente. Dabei gilt: Wir sagen das, was wir tun, und wir tun das, was wir sagen. Richtig ist, gerade in diesen unsicheren Zeiten, Sicherheit als Oberbegriff zu wählen, und dies in allen Lebensbereichen. Wir wollen Hessen begreifen als ein Land sicherer Arbeitsplätze. Der Ministerpräsident hat zu Recht die Automobilwirtschaft und ihre Bedeutung für unser Land angesprochen. Die Autoindustrie und ihre Zulieferer müssen unsere Partner sein und bleiben, bei allen Änderungen, die anstehen.

Sprechen wir über die Automobilindustrie. Auch in dieser Koalition sprechen wir nicht über die Vergangenheit, sondern über die Zukunft. Wir sprechen über andere Formen von Mobilität, elektrische Mobilität, klimaneutrale Mobilität. Bei aller Notwendigkeit des Ausbaus des ÖPNV, zu dem ich gleich auch noch kommen werde: Es bleibt richtig – da stimme ich Herrn Rudolph und anderen, die das erwähnt haben, zu –, individuelle Mobilität wird in weiten Teilen dieses Landes kurzfristig ohne Alternative bleiben. Individuelle Mobilität ist für viele Bürgerinnen und Bürger die Voraussetzung individueller Freiheit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt vor allem im ländlichen Raum, vor allem in Nordhessen, das abgesehen von der Stadt Kassel nicht so dicht besiedelt ist wie andere Regionen. Da hat sich in den vergangenen Jahren einiges getan. Der Verkehrsbe-
reich wurde vielfach angesprochen. Ich weiß, dass er es inzwischen nicht mehr hören kann. Dass aber ein grüner Verkehrsminister so viel investiert in die Sanierung und in den Neubau von Straßen, das hätte vor vielen Jahren auch in den Kreisen der CDU niemand gedacht. Er hat es aber getan. Die Fortschritte bei der A 44 und der A 49 seien nur exemplarisch genannt. Wir haben gehalten, was wir gemeinsam versprochen haben. Es geht voran.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte es für legitim, dass sich ein neuer Ministerpräsident neue Ziele setzt. Lieber Boris Rhein, die IAA zurückzugewinnen, das ist ein hehres Ziel. Ich hoffe, dass es klappen wird. Wir wissen alle, welche Person in Frankfurt nicht daran mitgewirkt hat, die IAA in Frankfurt zu halten. Das gehört auch ausgesprochen. Eine solche Wurschtigkeit des dort noch amtierenden Oberbürgermeisters mit Blick auf die wichtigste Messe in dieser Stadt hat, so glaube ich, noch niemand erlebt. Umso wichtiger ist es, dafür zu kämpfen, sie wieder zu uns zurückzuholen.

(Beifall CDU)

Auch da sind wir uns einig: Wir haben ein klares Bekenntnis zum Frankfurter Flughafen als Dreh- und Angelpunkt. Jürgen Frömmrich hat vieles dazu gesagt, auch zum derzeit noch hohen Bedarf an konventionell gewonnenem Kerosin. Auch da gilt es: Wir wollen mit neuen Mitteln und neuen Möglichkeiten das erhalten, was diese Region stark macht. Das Tor zur Welt für ganz Deutschland ist Frankfurt. So soll es bleiben.

Nun zum ÖPNV, den schon viele angesprochen haben. Jürgen Frömmrich hat sehr viele Erfolge der vergangenen Jahre bereits aufgezählt: das Schülerticket, das Landesticket, das Senienticket. Jetzt wollen wir mit den Kommunen verhandeln über ein neues Angebot für ihre Bediensteten.

Wissen Sie, was diese Angebote von anderen Aktionen unterscheidet? Sie sind alle nachhaltig finanziert und auf Dauer ausgelegt und nicht nur auf drei Monate. Das haben wir richtig gemacht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die vergangenen zwei Jahre, die besondere Herausforderungen aufgrund der Pandemie mit sich gebracht haben, haben gezeigt, wie gut und wichtig es ist, dass Hessen ein so guter und starker Pharmastandort ist. Außerdem ist deutlich geworden, welch leistungsfähige Verwaltung wir haben. Da beziehe ich ausdrücklich verschiedene Ressorts mit ein. Im Nachhinein kann man wirklich sagen: Die Genehmigung und auch der Bau des Biontech-Werks in Marburg waren ein Riesenerfolg, um den uns wahrscheinlich große Teile Deutschlands, aber auch der Welt, heute beneiden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Anliegen, das wahrscheinlich viele beschäftigt, ist eine starke Justiz, die wir brauchen; denn eine starke Justiz schafft Sicherheit. Das richtige Signal von heute ist, dass es einen eigenen hessischen Pakt für den Rechtsstaat geben wird und auch eine Reform und eine Stärkung des Einkommens der Richterinnen und Richter, der R-Besoldung. Wir stehen vor neuen Herausforderungen. Seit einigen Jahren haben wir neue Massenverfahren, Dieselklagen, Fluggastrechtereverfahren, die Folgen der Corona-Pandemie auch in der Justiz zu bewältigen. Deshalb ist es auch ein Aufbruchssignal, das von dieser Regierungserklärung ausgeht, für eine starke Justiz.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon immer waren wir stark im Bereich der inneren Sicherheit. Wir haben schon jetzt so viele Polizisten wie noch nie zuvor. Es werden bald 16.000 sein. Das ist eine historische Zahl: 16.000 Polizisten für Hessen, die für mehr Sicherheit sorgen. Außerdem haben wir die richtigen rechtlichen Grundlagen geschaffen, damit die Polizei gut arbeiten kann. Wir gängeln sie nicht wie in anderen Ländern, wie in Berlin oder in Bremen, sondern sie haben durch den Gesetzgeber das richtige Handwerkszeug erhalten. Die Erfolge geben dieser Landesregierung recht. Die Rekorderklärungquote von über 65 % ist ebenfalls historisch und so noch nie in der Landesgeschichte erreicht worden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Innenpolitik gehört selbstverständlich auch die Fürsorge für die eigenen Bediensteten. Auch da teilen wir voll und ganz das, was heute Mittag ausgeführt wurde. In mehreren Stufen soll die Besoldung deutlich steigen. Wir werden uns das Urteil aus dem Jahr 2020 zur amtsangemessenen Besoldung, das natürlich ein Meilenstein der Rechtsprechung war, konsequent und gründlich anschauen und zeitnah berücksichtigen und umsetzen.

(Zuruf Günter Rudolph (SPD))

Zur Sicherheit gehört auch die Sicherheit vor Extremisten. Wir müssen nicht über die Bedrohung durch Rechtsextremisten streiten. Rechtsextremismus ist eine große Bedro-

hung für die Demokratie. Das ist seit vielen Jahren hofentlich auch Konsens in diesem Haus. Nicht nur Peter Beuth, sondern auch der Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz, Robert Schäfer, heben das regelmäßig hervor bei der Vorstellung der entsprechenden Berichte. Bei allem, was wir heute zu Recht aufarbeiten – an einem Teil der Aufarbeitung bin ich selbst intensiv beteiligt –, müssen wir immer schauen, was in der Vergangenheit war, was in den Nullerjahren war, als die Verfassungsschutzbehörden noch anders aufgestellt waren, und wie sie seit fünf bis sieben Jahren unter neuer Führung und gestärkt mit mehr Personal arbeiten.

Bei aller berechtigten Sorge um den Rechtsextremismus dürfen wir aber auch nicht blind sein für andere Herausforderungen. Auch Linksextremismus und insbesondere der gewalttätige Islamismus werden eine Herausforderung für unseren Staat bleiben. Ich rate dazu, dass wir nicht auf dem linken Auge oder auf einem anderen Auge blind werden und uns nur einseitig auf einen Bereich fokussieren. Alles ist wichtig zum Schutz der Freiheit vor ihren Feinden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

Irgendwo habe ich gelesen, der neue Ministerpräsident würde sich jetzt nur noch mit dem Klimaschutz befassen. „Nur noch“ ist sicherlich falsch. Es ist aber doch vollkommen richtig, dass die Folgen des Wandels in den vergangenen Jahren jeder sehen kann und dass die Sicherung unserer Lebensgrundlagen, die Bewahrung der Schöpfung, wie wir es nennen, uns herausfordern. Dies gilt nicht nur für uns, sondern auch für die Generationen nach uns. Wenn wir den Generationen nach uns noch etwas hinterlassen wollen, was lebenswert ist, dann ist das doch vollkommen richtig. Jeder muss doch nur einmal am Wochenende im Wald spazieren gehen und sich anschauen, wie es dort aussieht, und vergleichen mit dem Zustand vor 20 oder 30 Jahren. Insofern ist klar, dass wir handeln müssen. Da sind wir auch auf dem richtigen Weg.

Wir müssen so handeln und so klug handeln über alle Politikfelder hinweg, dass uns auch andere Teile der Welt außerhalb Europas auf diesem Weg folgen werden. Es nutzt nämlich nichts, wenn wir einen eigenen Weg gehen, der so unattraktiv ist, dass uns dabei keiner folgt. Auch da gilt: Wir müssen Ökologie und Ökonomie miteinander verbinden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinsichtlich der sozialen Sicherheit will ich ausdrücklich eines unterstreichen: Der Krankenhausgipfel ist für die nahe Zukunft die richtige Entscheidung. Wir müssen uns auch nicht verstecken. Denn es wird immer so getan, dass wir als Land bei der Finanzierung der Krankenhäuser zu knauserig seien. Ja, es ist richtig: Die Herausforderungen sind dort groß. Vermutlich wird man da noch mehr tun müssen.

Aber Hessen muss sein Licht nicht unter den Scheffel stellen. Wir sind jetzt schon im Ländervergleich überdurchschnittlich. Es kommt dabei auch darauf an, wie man das bemisst. Herr Finanzminister, die Krankenhausgesellschaft sagt, wir würden auf dem dritten Platz der Beteiligung liegen. Mehr zu tun wäre sicherlich richtig. Es wäre wichtig, noch mehr zu tun. Aber wir können als Hessen auch feststellen, dass wir schon in der Spitzengruppe aller Länder sind.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch etwas ansprechen, was manche Kollegen auch schon gestreift haben. Manche haben es gar nicht angesprochen. Eine der größten Herausforderungen in vielen Familien ist die Pflege. Diese Herausforderung betrifft Zehntausende Menschen in unserem Land. Wenn man alle zusammenzählt, die in den Familienverbänden leben, sind es wahrscheinlich Hunderttausende. Das sind Menschen, die ihre Bedürfnisse nicht ständig lautstark öffentlich äußern können. Vielleicht haben sie auch gar nicht die Kraft und die Zeit dafür.

Denn wahr ist, dass über 80 % der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt werden. Viele der Angehörigen, die das jeden Tag leisten, verdienen unseren größten Respekt. Sie müssen oft bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit gehen, oder darüber hinaus.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da hilft schon sehr, was Ministerpräsident Rhein eben angekündigt hat. Wir wollen die Kurzzeitpflege und die Tagespflege stark fördern und weiter ausbauen. Denn für viele Angehörige ist es schon eine große Erleichterung, wenn sie ihre nahen Angehörigen einige Stunden oder einige Tage in guten Händen wissen.

Die Kleinsten können sich auch nicht immer laut und deutlich äußern. Laut sind sie oft. Aber sie können sich genauso wie ältere Leute nicht immer politisch lautstark äußern.

Sie stehen unter dem ganz besonderen Schutz unseres Staates. Wenn Sie sich richtig erinnern, wissen Sie, dass wir 2018 in einer gemeinschaftlichen Aktion die Kinderrechte in die Verfassung aufgenommen haben. Die Herausforderungen hinsichtlich der Kinder fangen beim Land Hessen an, nämlich beim Land Hessen als Arbeitgeber. Da haben wir in den vergangenen Jahren sehr viel zur weiteren Flexibilisierung beigetragen. Das haben wir auch hinsichtlich der Teilzeitarbeit unter 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit getan. Das eröffnet ganz neue Möglichkeiten. Auch hinsichtlich der Familienzeiten haben wir sehr viel gemacht.

Aber die Kinder brauchen auch den Schutz vor Straftaten, insbesondere vor schweren Straftaten. Dazu ist vorhin schon einiges angesprochen und genannt worden. Ich möchte aber nicht unerwähnt lassen, dass auch die hessische Justiz und die Strafverfolgungsbehörden in den vergangenen Jahren sehr viel erreicht haben.

Namentlich möchte ich die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität anführen, die sich um die Bekämpfung schwerer und schwerster Verbrechen, gerade auch an Kindern, große Verdienste erworben hat. Da es angesprochen wurde, will ich sagen, dass das auch ein Verdienst unserer bisherigen Justizministerin gewesen ist. Eva Kühne-Hörmann, danke für deinen unermüdlichen Einsatz in diesem Bereich.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man über Kinder spricht, kommt man zu den Themen Schule und Bildung. Es ist richtig: Auf jeden Fall sprechen die Zahlen für uns. Wir hatten noch nie so viele Lehrer bei im Moment wieder leicht zurückgehenden Zahlen der Schüler. Wir haben gerade in den Grundschulen kleine Klassen. Da haben wir im Bundesvergleich unter-

durchschnittlich große Klassen. Wir haben da kleine Schulklassen.

Aber eine gute Schulpolitik ist mehr als nur eine gute Ausstattung. Es ist auch eine Frage der Sichtweise, wie man auf die Menschen, insbesondere auf die kleinen Menschen, schaut. Wenn man die Kinder und ihre Chancen durch eine gute schulische Bildung ideologisch betrachtet, kommt man zu den Lösungen, zu denen die Mitglieder der LINKEN kommen. Auch große Teile der SPD-Mitglieder kommen dazu. Man kommt dann zu der Einheitsschule, zu den Einheitslehrern und zur Gleichmacherei.

Man kann sie aber auch vom Individuum her betrachten. Dann muss man festhalten: Wir brauchen Chancen für alle. Wir brauchen für jedes Kind individuelle Chancen. Wir brauchen Vielfalt in den Schulformen. Herr Schalauske, das dreigliedrige Schulwesen, von dem Sie immer noch sprechen, gibt es in Hessen schon lange nicht mehr. Das Schulwesen ist sehr vielgliedrig. Wenn Sie einmal aus den Siebzigerjahren in die 2020er-Jahre vorspulen würden, würden Sie sehen, dass es in diesem Land eine Vielzahl an Angeboten gibt. Wir wollen jedem Kind und allen Eltern in diesem Land gerecht werden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen auch niemandem ein Lebensmodell vorschreiben. Richtig ist: Geänderte Herausforderungen erfordern auch geänderte Angebote. Herr Kultusminister, es ist richtig, dass es künftig mehr Schulen mit Profil 3 geben soll. Das wird ein riesiger Kraftakt hinsichtlich der Ausstattung und der Pädagogen werden, die dort tätig sein müssen. Wir brauchen also echte Ganztagschulen, wenn – das hat der Herr Ministerpräsident zu Recht gesagt – die Schulgemeinde vor Ort das will.

Auch da setzen wir auf die freie Entscheidung vor Ort anstelle des Zwangs. Die Zwangsganztagschule für alle wird es mit uns, den Mitgliedern der CDU in Hessen, sicherlich nicht geben.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinsichtlich der Schulen ist in den letzten 23 Jahren unter der Verantwortung der CDU-geführten Regierungen viel erreicht worden. Die Bildungssprache Deutsch wurde angesprochen. Auch da möchte ich einen großen Dank an den Kultusminister richten, der dieses Thema immer wieder anspricht und durch viele kleine und große Maßnahmen dazu beigetragen hat, die Bildungssprache Deutsch zu stärken, indem er die Schülerinnen und Schüler anhält, frühzeitig die Rechtschreibung zu erlernen.

Die Erfolge geben uns am Ende recht: Hessen hat eine geringere Zahl an Schulabbrechern, gerade auch unter den Kindern mit ausländischer Herkunft. Wir sind da viel besser als unser Nachbarland Rheinland-Pfalz. Ich glaube, das ist das Beste, was man den Kindern mit auf den Weg geben kann: einen soliden Schulabschluss, der ihnen Chancen im Leben eröffnet.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man alles einmal zusammenbindet, dann ist Politik zum einen sicherlich gutes Handwerk. Sie ist aber auch gute Ausstattung mit Personal und Ressourcen sowie gute Gesetzgebung. Außerdem braucht man die richtigen Grundlagen.

Es geht dabei auch um die richtige Herangehensweise. Eines ist klar: In den vergangenen Jahren hat diese Koalition viel getan. Diese Koalition arbeitet erfolgreich. Wie ich eingangs schon gesagt habe, war vergangene Woche der Auftakt mit Wumms, den wir gebraucht haben. Wir haben 74 Stimmen erhalten. Das ist prima. Ich bedanke mich bei den fünf Kolleginnen und Kollegen, die nicht der Koalition angehören, ausdrücklich für ihre Unterstützung.

Der Ministerpräsident hat heute gesagt, was diese Koalition in den nächsten gut 18 Monaten noch vorhat. Wir haben einen Plan, wie es in Hessen bis 2024 und darüber hinaus weitergeht. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Herr Abg. Heinz, vielen Dank. – Als Nächster erhält der fraktionslose Abg. Kahnt für vier Minuten das Wort.

Rolf Kahnt (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie könnte es anders sein: Die erste Regierungserklärung des neu gewählten Ministerpräsidenten Boris Rhein wurde mit Spannung erwartet, nachdem in der vergangenen Woche Volker Bouffier sein Amt als Ministerpräsident niederlegte und diesem Hohen Haus nicht mehr angehört. Berufener haben dem Ausgeschiedenen bereits für seine jahrzehntelange politische Laufbahn bis in die höchsten Ämter hinein gebührende Anerkennung, Respekt und Wertschätzung ausgesprochen, und zwar für eine herausragende Lebensleistung, die ihresgleichen sucht. Der Homo politicus Volker Bouffier hat sich höchste Verdienste um unser Land erworben. Er ist und bleibt ein Glücksfall für Hessen. Ihn deshalb auch heute mit einem besonderen Dank zu würdigen, ist mir ein persönliches Anliegen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wie man der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten entnehmen kann, erfolgt die Staffelübergabe in einer nicht eben leichten Phase. Sie erfolgt in der Erkenntnis, den aktuellen gewaltigen Herausforderungen jetzt und in naher Zukunft gerecht zu werden. Der Ministerpräsident hat mit dem ihm eigenen Schwung und Elan und auch dem ihm eigenen Charme erklärt, sich mit den Sachthemen intensiv und nachhaltig zu beschäftigen und sie vor allen Dingen weiterzuentwickeln, um unser starkes Land Hessen weiter voranzubringen.

Dabei ist die Handschrift von Boris Rhein sehr deutlich zu erkennen. Das ist eine Handschrift, die ihn bereits als hoch geachteten Landtagspräsidenten ausgezeichnet hat. Es ist eine Handschrift, die für die erforderlichen Maßnahmenpakete und Ziele mit Entschlossenheit, Glaubwürdigkeit und Überzeugung wirbt.

So gesehen, stellt die Regierungserklärung neben der klaren politischen Botschaft eine Programmatik dar, die für die kommenden Landtagswahlen und darüber hinaus Impulse und Maßstäbe setzt.

Es ist erfreulich, dass der Ministerpräsident an den Anfang seiner Regierungserklärung die umfassenden Themen innere und äußere Sicherheit grundsätzlich vorangestellt hat. Denn nach den Jahrzehnten von relativer Sicherheit

und Frieden stellt uns der verbrecherische Angriffskrieg Putins vor eine bisher nicht zu bedenkende existenzielle Bedrohung, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht und hinsichtlich des Weltfriedens.

Die innere und äußere Sicherheit ist ein Thema für unsere Zukunft. Für die innere Sicherheit brauchen wir eine starke Justiz und einen starken öffentlichen Dienst. Hier wurden mit der Berufung des neuen Justizministers Roman Poseck Akzente gesetzt. Nebenbei gesagt, ich schätze ihn persönlich sehr. Ich wünsche ihm bei seiner Aufgabe und der Landesregierung alles Gute und viel Erfolg.

Ein weiteres Zukunftsthema ist der Klimaschutz. Wir stehen da in sehr großer Verantwortung. Denn es ist eine unserer vordringlichsten Aufgaben, unseren Kindern und Enkeln ein lebenswertes Hessen zu hinterlassen.

Es wurde zu Recht gesagt: Hessen ist ein starkes Land. Es wird sich deshalb den Herausforderungen für unsere Wirtschaft, der Digitalisierung, der Dekarbonisierung und der demografischen Entwicklung stellen.

Hessen befindet sich mit dieser Agenda auf einem guten Weg. Es ist erfreulich, dass die Stärkung des ländlichen Raums zunehmend Bedeutung gewinnt.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Einen kleinen Augenblick, bitte. Sie haben nur vier Minuten Redezeit. Deswegen bitte ich auf der Regierungsbank um ein bisschen Ruhe.

Rolf Kahnt (fraktionslos):

Das trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zu gleichwertigen Lebensverhältnissen bei.

Was die Integration gut integrierter Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus betrifft, geht die Landesregierung in die richtige Richtung. Für diese Menschen müssen endlich Bleibeperspektiven geschaffen werden. Deshalb ist es gut, dass man über das Chancen-Aufenthaltsrecht die Voraussetzungen für ein Bleiberecht erfüllen will.

Gleichermaßen ist es wichtig, dass mit dem Masterplan Kultur die Kulturpolitik neu geordnet werden wird, hat es doch während der Pandemie erhebliche Einbußen für die Kulturschaffenden und für deren Konsumenten gegeben.

Zur Kultur gehört selbstverständlich auch die Bildungspolitik. Es ist erfreulich, dass die Landesregierung das Fach Politik und Wirtschaft in der Oberstufe stärken will. Neben einer Stärkung der MINT-Fächer soll auch das Fach Informatik ausgebaut werden.

Mit der Stärkung der Bildungssprache Deutsch hat bereits die vorhergehende Landesregierung entscheidende Akzente gesetzt.

Es gäbe noch vieles zu berichten bzw. zu erwähnen, was hinsichtlich der Zukunftsthemen wichtig und bedeutsam ist. Abschließend möchte ich sagen: Der Ministerpräsident hat die wichtigsten Themen angesprochen. Er hat gut gesprochen. Er hat das Richtige gesagt. Er hat die richtigen Worte gewählt. Er hat Antworten auf die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen gegeben. Das wird das Land Hessen voranbringen.

Als Resümee bleibt: Das war eine Regierungserklärung, die Vertrauen bewirkt. Sie hat nicht nur den Verstand angesprochen. Sie hat auch Gefühle erobert. Sie ging manchem von uns zu Herzen. Umfassende Akzente und Signale wurden gesetzt. Die richtigen Schlussfolgerungen wurden gezogen. Kurzum: Heute ist für Hessen ein guter Tag. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Herr Abg. Kahnt, vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Regierungserklärung abgehalten.

Ich bitte noch um ein wenig Ruhe. – Die Fraktion DIE LINKE hat angekündigt, dass ihr Dringlicher Antrag abgestimmt werden soll. Das machen wir jetzt. Wer für den Dringlichen Antrag der Fraktion DIE LINKE, Übergewinnsteuer einführen, Drucks. 20/8604, ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Mitglieder der Fraktionen DIE LINKE und der SPD. Wer stimmt gegen den Dringlichen Antrag? – Das sind die Mitglieder der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU, der Freien Demokraten, der AfD und der fraktionslose Abg. Kahnt. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Damit ist der Dringliche Antrag abgelehnt.

Wir sind am Ende der Tagesordnung angekommen. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

(Schluss: 17:44 Uhr)